diskus

frankfurter Studentenzeitung

27. Jahrgang
Heft 2/3
27.6.1977
DM 2,–

nachrichten★magazin

Dozenten ohne Arbeit

600 Dozenten an den hessischen Hochschulen haben dagegen protestiert, daß sie nach Ablauf ihrer befristeten Verträge nicht mehr weiter beschäftigt werden sollen. Dabei beriefen sich die Dozenten auf einen Brief aus dem Kultusministerium an den Kanzler der Marburger Universität, demzufolge kein Dozent mit einer Verlängerung seines Dienstvertrages rechnen könne.

Bei der augenblicklichen Lage auf dem Akademikerarbeitsmarkt und einem Durchschnittsalter von fast 40 Jahren ist für die Betroffenen ein anderweitiges Unterkommen schwierig. Die geplanten Entlassungen widersprechen zudem der sonst im Kultusministerium geläufigen demografischen Argumentation: in den nächsten zehn Jahren sind für bis zu 70 % mehr Studenten entsprechende Lehrkräfte erforderlich!

Der Status der Dozenten wurde 1971 in Hessen geschaffen, um den Nachwuchs an qualifizierten Hochschullehrern zu fördern. Es ist abzusehen, daß die Dozenten bei Auslaufen ihrer Verträge vor die Tür gesetzt werden, um sie eventuell später als billige Lehrbeauftragte (die zur Forschung keine Möglichkeit haben) an die Hochschulen zurückzuholen.

Auf der anderen Seite soll in der BRD mit dem auf 10 Jahre datierten und 748 Millionen DM teuren Heisenberg-Programm der Forscher-Nachwuchs gefördert werden. 300 Doktoranden und 200 „Heisenberg-Professoren" sollen nur forschen; sie werden nicht im Lehrbetrieb eingesetzt. Dadurch werden zwei Klassen von Wissenschaftler gezüchtet: Materielle Bedingungen, personelle Sicherung (3 bzw. 10 Jahre) und Arbeitsbedingungen, die die Geförderten in einem Maße begünstigen, das der Nicht-Auserwählte unter normalen Bedingungen (etwa im Uni-Betrieb) unmöglich aufholen kann.

Es wird sich zeigen, daß in der Zeit einer bundesweiten „Überlastungsquote" die Forschung der Hochschullehrer mit der der „Heisenbergs" nicht konkurrieren kann, zweitrangig ist. Kommt dazu noch die Ersetzung von Teilen der Dozenten durch Lehrbeauftragte, so kann von einer Hochschule im Spannungsfeld zwischen Forschung und Lehre gar nicht mehr geredet werden; die Unis werden in Lernfabriken verformt.

Amerikaner stellen Neutronen-Bombe her

Wie die Washinton Post am 6.6.1977 berichtete, wollen die USA mit der Produktion von Neutronenbomben beginnen. Die Neutronenbomben sollen als Sprengkopf für die Lance-Raketen dienen. An dieser „Entwicklung" haben amerikanische Wissenschaftler seit Jahren gearbeitet. Die Bombe hat nur geringe Sprengkraft und Hitze-Entwicklung, sendet aber dafür große Mengen von den tödlichen Neutronenstrahlen aus. Ihre Wirkungen auf den Organismus sind denen der Röntgenstrahlen und -Strahlen ähnlich. Bei größerer Intensität oder längerer Zeitdauer kann die von rasch bewegten Neutronen verursachte Strahlung tödlich wirken. Während die Neutronenbomben ausreichen, um Menschen zu töten, werden Kriegsmaterial und Gebäude nicht zerstört. Die Anweisung zum Bau dieser Bomben, die Gewalt gegen Sachen ausschließen und sich auf das Umbringen von Menschen „beschränken", wurde noch von Präsident Ford unterzeichnet. Die in Mitteleuropa stationierten Lance-Raketen sind im Augenblick noch mit „herkömmlichen" Atomköpfen bestückt.

Die Umrüstung der Lance-Raketen ist wohl als Erweiterung der Eskalationsleiter der NATO zu sehen; es werden jedoch keine neuen konventionellen Stufen eingeführt, sondern die Skala der nuklearen Reaktionen erweitert. Die USA rechnen wohl damit, in einem bewaffneten Konflikt mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr auszukommen und diese Neutronenbomben einzusetzen. Das damit von Menschen befreite Gebiet könnte nach einiger Zeit wieder neu kolonisiert werden, ohne grössere Aufbauleistungen. Diese Kalkulation mit Menschenleben machen den Wahnsinn der Eskalationsstrategien deutlich, der Basis für die Profite des militärisch-industriellen Komplexes.

Studium auch in den Ferien

Am 1. Juni beschloß der Haushaltsausschuß der Johan Wolfgang Goethe-Universität, den Fachbereich Chemie (augenblicklich in Niederursel, Niederrad und im Kernbereich) in Niederursel zu vereinen. Dabei wurden die Bedenken der Sozialistischen KonventsInitiative übergangen, die an die alten Beschlüsse der Universitätsorgane erinnerte: 1971 wurde eine Teilung in zwei Universitäten projektiert; nach einem Teil der Chemie sollten am niederurseler Hang in ein „Mehrzweckgebäude Geisteswissenschaften" die Fachbereiche Informatik, Ökonomie, Wissenschaftstheorie, Erwachsenenbildung und Kommunikationsforschung (eventuell auch Ökologie) untergebracht werden.

Vor diesem schon fertig geplanten „Mehrzweckgebäude" soll nun allerdings ein zweites Gebäude für die Chemie errichtet werden. Schon vor dessen Baubeginn sollen ab diesem Sommer fast alle chemischen Arbeitsgruppen aus Niederrad nach Niederursel umziehen. Die freien Räume in Niederrad werden von der Pharmakologie und der Mikrobiologie bezogen. Damit ist den Fachbereichen Pharmazie und Biologie bei der Bewältigung ihrer Raumnot geholfen, während im Fachbereich Chemie eine Raumnot neu geschaffen wird.

Dieses Dilemma soll durch Einführung von Ferienpraktika „gelöst" werden! Die Nebenfachpraktika sollen künftig „als Intensiv-Praktika im Block in der vorlesungsfreien Zeit durchgeführt werden. Dies hat den Vorteil, daß Stundenplanüberschneidungen vermieden werden, Verlustzeiten durch Fahrten während des Semesters wegfallen und eine Abstimmung mit den Stundenplänen anderer Fachbereiche sich weitgehend erübrigt." (SAPCO-Plan, S. 29) Hierbei wird weder berücksichtigt, daß viele Studenten wegen mangelhafter Studienförderung bzw. Go-Slow der BAFöG-Ämter jobben müssen und Schulpraktika, Exkursionen, EDV-Kurse etc. schon in den Semesterferien stattfinden, noch daß zu dieser Zeit der Lehrstoff kritisch durchdacht werden müßte.

Nach den SAPCO-Plänen werden gerade „drei Wochen Nichtbelegung für Weihnachten und Ostern" projektiert! Die Universitätspläne wollen versuchen, die Zahl der Ferienpraktika demgegenüber zu reduzieren; Berechnungen hierüber liegen bisher aber noch nicht vor. Die Logik, die eine „betriebswirtschaftliche Organisation" der Hochschule (mit „Studenten- und Per-

editorial

Auf den letzten Diskus hin haben wir bis auf das hier abgedruckte Gedicht keine schriftlichen Reaktionen erhalten. Im Diskus 1/77 haben wir den Anspruch gestellt, eine Studentenzeitschrift zu machen, die nicht nur *für*, sondern *von* vielen, auch studentischen Autoren Beiträge veröffentlicht. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen wir in der nächsten Nummer des Diskus, die zu Beginn des Wintersemesters erscheinen soll, Beiträge zum Streik an der Frankfurter Universität und zu den Streiks an den anderen Hochschulen in der BRD veröffentlichen.
Wie wir erfahren haben, sucht der Vizepräsident Schlosser nach einem neuen Auto. Wir würden uns freuen, wenn jemand in einem Beitrag den Zusammenhang zwischen Beförderungen, Gehaltserhöhungen und dem Autokonsum (streng wissenschaftlich und nicht verunglimpfend – § 88a schützt jedenfalls Autos vor Gewalt!) erhellen würde.
Diskus-Redaktionssitzung ist immer Mittwochabend um 20 Uhr im Raum 105 im ersten Stock des Studentenhauses. Wer über von uns veröffentlichte Artikel diskutieren möchte oder Vorschläge machen will, sollte dort hinkommen.

Die Redaktion

diskus, frankfurter studentenzeitung
Heft 2/3, 27. Jahrgang, 27 Juni 1977

diskus-verlag, 6ooo Frankfurt/M.
Jügelstrasse 1 / Studentenhaus
Telefon: o611-798 31 88

Herausgeber: Wolfgang Bock, Lutz Janecke, Klaus Schäffer, Engelbert Schramm, Monika Weber-Nau

Redaktion: Heipe, Harry, Til

Anzeigen: T. Schulz

Lay-out: Wolfgang, Heipe, Mike, Til u.a.

Druck: Druckladen GmbH
6 Frankfurt
Hamburger Allee 45

Satz: Verlag Neue Kritik
6 Frankfurt/Main, Myliusstrasse 58

Auflage: 1o ooo

Erscheinungsweise: 6 mal im Jahr

Preis: 2,– DM

Inhaltsverzeichnis

Seite	Titel	Autor
1	Nachrichten	Red.
6	Demokratie zum Beispiel	Brigitte Heinrich
8	2. Juni 67	Karl Heinz Roth
13	Verfahren gegen H. Brandt	Jens Huhn
17	Minister Posser informiert	Harry Oberländer
21	Schmidt-Schnauze 1957	Röhl/Schmidt
23	Frage und Aufruf	th.
24	Plädoyer	Otto Schily
32	Die Kuh auf der Ottomane	Harry Oberländer
33	Menschenjäger	P. P. Zahl
37	Unser Rechtsstaat	Wolfgang Bittner
38	Zur Unkenntlichkeit verändert	Wolfgang Bock/Erich Fried
41	Liebet Eure Feinde	Klaus Figge
45	„sb objektiv für berufsverbote“	N.N.
47	„. . . . . wünsche weiterhin fröhliche rechtsbeugung	Friedrich Luft

nachrichten★magazin

sonaloperationssystem", „Einführung der Kostenrechnung an den Hochschulen" etc) befürwortet, läßt eine kritische Verarbeitung des Lehrstoffs nicht nur außer acht; wenn Studenten sich wegen Regelstudienzeit und Ferienveranstaltungen den Stoff nur noch einpauken und ihn anwenden können, ohne ihn zu beherrschen, so sind sie nach dem Bedarf der Industrie ausgebildet, die neben wenigen selbständig arbeitenden Akademikern eine große Zahl von „Anwendern" verfügbaren Wissens benötigt.

GESETZ PER COMPUTER?

Eduard Pestel ist nicht nur der niedersächsiche Wissenschaftsminister, der nach dem Abdruck des „Mescalero"-Artiekls im Göttinger AStA-Info überlegt, wie er die verfaßte Stundentenschaft abschaffen kann, sondern entwickelte für den Club of Rome das zweite „Weltmodell". In den Mitteilungen 1/77 der Deutschen Forschungsgemeinschaft veröffentlichte er einen Artikel „Prognose und Systemforschung": Ausgehend davon, „daß praktisch alle wesentlichen Probeleme, die unsere moderne Gesellschaft erzeugt hat und an deren Lösung sie brennend interessiert ist bzw. sein sollte . . . nicht voneinander isolierbare Phänomene, sondern Symptome einer komplexen Problematik" sind, glaubt er, es könne prognostisch festgestellt werden, wo das Gesamtsystem durch einen Eingriff gestört würde.

„Warum machen wir also mit den Gesellschaftssystemen nicht ebenfalls Modellversuche, ehe neue Gesetze und Regierungsmaßnahmen in Kraft gesetzt werden? Zumeist hört man die Antwort, wir wüßten viel zu wenig von unseren Gesellschaftssystemen, um von ihnen Modelle zu erarbeiten. Für lebenswichtige politische Entscheidungen scheint dieses Wissen allerdings den Beteiligten auszureichen.

Daß wir nicht allzu viel gesichertes Wissen über das Verhalten komplexer Gesellschaftssysteme besitzen, ist unbestritten. Gerade hier wird uns die Computersimulation weiterhelfen, indem wir über die verschiedenen Elemente eines Gesellschaftssystems und seine Struktur Annahmen treffen, die sich im Computer-Modell niederschlagen, und dann die vom Computer errechneten Folgen beobachten."

Selbst Alternativrechnungen, wie Pestel sie vorschlägt, können nur dann zum Ziel führen, wenn Gesellschaft in ihrem Wesen richig erkannt und in einen kybernetischen Regelkreis übertragen werden könnte. Derartige Berechnungen, fallen momentan äußerst fehlerhaft aus (vgl. die „Kapazitätsberechnungen"). Im gesellschaftlichen Rahmen durchgeführt verlangen diese Berechnungen eine Erhebung aller „zugänglichen Informationen", können also zur weiteren Legitimation der Datenbänke des BKA dienen.

Öko-Liste zur Europa-Wahl?

Im kommenden Jahr finden die ersten Direktwahlen zum europäischen Parlament statt. Dazu wird momentan diskutiert, ob sich die BRD-Linke beteiligen soll.

Die Basis einer Linken-Ökologie-Liste „sollen die Kräfte bilden, die sich im Kampf für die Erhaltung der Bürger- und Menschenrechte unf für eine menschenwürdigere Umwelt befinden." „Wir sollten uns . . . grundsätzlich darüber im Klaren sein, welche historische Bedeutung diese Europawahlen für die freie Linke, für die Deomokraten und Umweltschützer in unserem Lande aber auch anderswo haben. Es wäre falsch, den verschiedenen Splittergruppen, mangels einer ‚freien linken Alternative', die Stimmen der Unzufriedenheit und des Protests gegen die restaurative Tendenzen, die Verfolgung von Demokraten, den Sicherheitswahn und die Zerstörung der Umwelt zu überlassen.

Es gibt eine Chance. Die Wähler wären nicht mehr gezwungen, eine Scheinalternative oder das ‚kleinere Übel' zu wählen. Bei den Europawahlen gibt es dann nicht als einzige Alternative Schmidt oder Strauß."

Bei Überspringen der 5 %-Klausel hätten die wenigstens 4 Abgeordneten „dann eine Plattform (Bürogemeinschaften, Kooperation mit SPD/FDP-Linken, Eurosozialisten und Eurokommunisten), um einen Organisations- und Vorbereitungskern für die Bundestagswahlen 1980 zu bilden."

(Weitere Informationen können über die in Frankfurt erscheindenden Listy-Blätter, Postfach 3602, erhalten werden.)

KASERNEN FÜR ZIVILDIENSTLEISTENDE

Im September 1976 gab der Bundesbeauftrage für den Zivildienst, Hans Iven, bekannt, der Bund wolle den Vinckehof anmieten, um dort Zivildienstleistende (ZDL) unterzubringen. Die dortigen ZDL sollen dann in der offenen Alten- und Behindertenarbeit eingesetzt werden. Hans Iven weiter: „Wir wollen nicht, daß die bisher gängige Nähe zum Elternhaus oder zur Freundin die Hauptmotivation für den Zivildienst bleibt." (Westfälische Rundschau, 29.9.76)

Das ehemalige Lehrlingswohnheim Vinckehof ist von einem 2 Meter hohen Zaun umgeben und besteht aus 8 Wohnhäusern, einem Verwaltungsbau, einer Art Kantine und einem Eingang, der durch eine Pforte kontrollierbar ist. Nach offiziellen Vorstellungen können soziale Einrichtungen und evtl. Privatpersonen im Vinckehof anrufen und nach einem ZDL fragen, der ihnen dann bei der Arbeit helfen muß. Die ZDL werden daraufhin morgens mit Bussen zur Arbeit gefahren und abends wieder abgeholt.

Das Projekt Vinckehof hat im April mit 50 ZDL angefangen und soll bis auf 380 ZDL ausgeweitet werden. Zusätzlich sollen dort Lehrveranstaltungen für ZDL durchgeführt werden. Weitere derartige Kasernen sind für Obernhausen und Essen geplant.

Damit werden die militärischen Strukturen auf die übertragen, die sich dagegen schon bei der Verweigerung ausgesprochen haben, um ZDL zunehmend zu kontrollieren. Waren die ZDL schon bisher Lükkenbüßer im sozialen Bereich, so werden sie zukünftig als Ware Arbeitskraft vermietet.

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (Hochstr. 56, Frankfurt/M.) wendet sich daher „gegen jegliche Kasernierung - der Zivildienst wird dadurch noch weniger Friedensdienst als vorher, sondern trägt vermehrt dazu bei, soziale

nachrichten★magazin

Mißstände zu verschleiern und die Umwandlung des Zivildienstes in einen Arbeitsdienst voranzutreiben."
Es ist zu hoffen, daß die im Vinckehof „stationierten" ZDL sich ihrer Situation bewußt werden; ein ähnlicher Kasernierungsversuch in Schwarmstedt 1969 mußte aufgrund des Protestes der ersten 17 dort „Stationierten" und eines bundesweiten Solidaritätsstreiks abgebrochen werden.

„HOREN" VERSTOSSEN GEGEN KNAST–ORDNUNG

Beschlagnahmen von Druckerzeugnissen sind im bundesrepublikanischen Gefängnisalltag keine Neuheit. Neben den „Briefmarken-Erlässen" in Bayern (Gefangene dürfen höchstens eine Fünfzigpfennigsmarke zugeschickt bekommen - ID 178,179) markieren die Zensurmaßnahmen in Remscheid eine neue Qualität im „normalen" Strafvollzug.
Die Ausgabe 105 der Literaturzeitschrift „die horen" wurde zwei Remscheidener Gefangenen nicht ausgehändigt, sondern „zur Habe genommen" (erst wenn die Gefangenen das Gefängnis verlassen, bekommen sie die Zeitschrift ausgehändigt). Die formelhaft-abstrakte Begründung dafür wird nicht weiter bewiesen: „Mehrere in der Zeitschrift abgedruckte Beiträge enthalten tendenziöse Aussagen, die dem Ziel des Vollzugs entgegenstehen. Auch sind die Beiträge zum Teil beleidigend und diffamierend." Einem der beiden Gefangenen wurde als weitere Begründung gesagt, in den „horen" sei ja die 1975 beschlagnahmte Ausgabe der Gefangenenzeitschrift „Kassiber" abgedruckt; bei Aushändigung der „horen" sei die damalige Beschlagnahme unterlaufen. Obwohl bekannt ist, daß der Gefangene, Klaus D. Mahn, den „Kassiber" ohnehin kennt, da er ihn mit seinen damaligen Redaktionskollegen geschrieben hat!

„Gewerkschaftlich orientiertes" Demokratieverständnis

Eine studentische Vollversammlung der Universität Münster wollte sich nicht nur aus der bürgerlichen Presse über den göttinger ‚Mescalero'-Artikel informieren und beschloß mehrheitlich, daß der AStA den Artikel abdrucken solle. Obwohl der „gewerkschaftlich orientierte" Juso/MSB/lhv-AStA verbal die direkte Demokratie bejaht, weigerte er sich jedoch, den Beschluß der Vollversammlung zu erfüllen.

Als daraufhin einige Besucher der Vollversammlung zur Selbsthilfe griffen und den ‚Mescalero'-Artikel unter dem AStA-Infokopf verteilten, machte der AStA Münster sogar noch eine Strafanzeige gegen die, die den Beschluß der Vollversammlung erfüllten!

DEFORMIERTE INFORMATIK

Die Kruppsche Neugründung, der Fachbereiche Informatik, soll bereits zum Wintersemester seine Arbeit aufnehmen. Bei der diesjährigen „Kapazitätsberechnung" wurde festgestellt, daß dort zum Herbst 18 Erstsemester ihr Studium aufnehmen können.
Kritik der Sozialistischen-KonventsInitiative hieran konnte nicht vorgebracht werden, da mittels Geschäftsordnungsanträgen der Mehrheitsfraktion eine Aussprache verhindert wurde und die Kapazitäten von 11 Fachbereichen en bloc abgestimmt wurden. Aufgrund von *freigegebenen* Hochschullehrerstellen, die bis zum Herbst kaum besetzt sind (da jetzt erst ausgeschrieben), wurde eine „Nachfrage" von 18 Studenten errechnet. Zusätzlich zu einer mangelnden Betreuung läßt sich die Kruppsche Planung auch dadurch charakterisieren, daß noch kein Curriculum festgelegt ist, ja noch nicht einmal, ob das Studium mit einem Diplom oder Magister abschließen soll.
Die 18 Informatiker werden ausbaden müssen, daß Krupp mit einem Kraftakt den Fachbereich öffnet, „um gegenüber dem Kultusminister einen Trumpf in der Hand zu haben."

Nimmt das denn kein Ende? Ich sagte euch doch, er ist gefährlich!

Brasilien: 500 Studenten verhaftet

Am Samstag den 4.Juni wurden in Bele Horizonte (300 km nördlich von Rio de Janeiro) etwa fünfhundert Studenten verhaftet, als sie ihre von den Behörden verbotene nationale Versammlung abhalten wollten. Die meisten der verhafteten Studenten kamen aus verschiedenen brasilianischen Staaten, um am dritten nationalen Studententreffen teilzunehmen. Andere wurden im Verlauf einer Demonstration in der Innenstadt festgenommen. Die Studentenbewegung, die die Einführung demokratischer Freiheiten fordert, hat seit Anfang Mai in Rio, Sao Paulo, Salvador, Belo Horizonte und Brasilia einen bedeutenden Umfang angenommen. In der brasilianischen Hauptstadt sind seit Anfang Juni zwanzigtausend Studenten im Streik, um gegen die Relegation eines Kommilitonen zu protestieren. Die Rektoren der Universitäten von Brasilia und von Minas-Gerais haben den Vorlesungsbetrieb für eine Woche unterbrochen. Beobachter stimmen darin überein, daß diese Verhaftungen zu dem Zweck erfolgten, eine grosse nationale Demonstration, die für den 15. Juni vorgesehen ist, zu verhindern. Die Studenten haben in einer Erklärung dazu aufgerufen, in aller Welt vor den diplomatischen Vertretungen Brasiliens Protestdemonstrationen zu veranstalten.
(Liberation vom 6.6.77)

Terras, Stadhuisbrug, Utrecht

Wer DRUM dreht, hat seinen eigenen Geschmack.

Wer sich zu diesem echten Halfzware bekennt, weiß, daß er schmeckt.

Daß er womöglich frischer als andere zu kaufen ist und sich leicht dreht, ist selbstverständlich. Sein Preis von 2,75 für ca. 40 Stück ist angemessen. Das reicht.

De echte Halfzware uit Holland.

Demokratie zum Beispiel

paar Gedanken zum 2. Juni '67 und so . .
Zunächst hatte es geheißen, bei den Demonstrationen in Berlin gegen den Besuch des Schah von Persien sei jemand erschlagen worden: der Germanistikstudent Benno Ohnesorg. Presse, Rundfunk und Fernsehen gaben die Schuld prügelnden und Steine werfenden Demonstranten, veröffentlichen Fotos von angeblichen linken Schlägern, die mit langen Latten in der Demonstration eine Schlägerei provozierten. Erst zwei Tage später bekam der SDS einen Tip, wonach Ohnesorg erschossen worden war. Erst am 5. Juni gaben die Berliner Behörden das Obduktionsergebnis „Einschuß im Hinterkopf" bekannt. Gleichzeitig verbreiteten sie die Version, daß der Polizist, der Ohnesorg erschossen hatte, in Notwehr gehandelt habe. Wir wußten hingegen von der Frau Ohnesorgs, daß dieser zum ersten Mal zu einer Demonstration gegangen sei, um herauszubekommen, ob es stimmte, was die linken Studenten in der Uni auf Flugblättern über die brutalen Polizeieinsätze berichteten. Und wir wußten von Zeugen, die gehört hatten, daß jemand, bevor die Schüsse fielen, gerufen hatte, „bitte nicht schießen." Spätere Untersuchungen ergaben; der Polizist Kurras erschoß Ohnesorg von hinten, während dieser von mehreren anderen Polizisten festgehalten wurde. Und noch eine Weile später wurde bekannt, daß es sich bei den angeblichen Demonstranten, die, mit Schlagstöcken ausgerüstet, die Massenschlägerei ausgelöst hatten, in Wirklichkeit um Agenten des persichen Geheimdienstes SAVAK handelte, die im Gefolge des Schah in die Bundesrepublik eingeflogen worden waren. Die Massenpresse spielte noch wochenlang diese Provokateure der Ereignisse am 2. Juni als Jubelperser herunter.

An diesem 2. Juni 1967 brach für viele von uns eine Welt von Illusionen zusammen, Illusionen in ein System, von dem wir glaubten, es habe die faschistische Vergangenheit überwunden. Wir hatten zwar schon zu begreifen begonnen, daß diese Gesellschaft, das Land, in dem wir lebten, nicht das war, was es vorgab zu sein, demokratisch und freiheitlich. Die Abhöraffäre einige Jahre zuvor, Vietnam . . . hatten eine winzige Minderheit von Studenten in radikalen Gegensatz zur herrschenden Gesellschaftsordnung gebracht. Bei vielen anderen hatte ein Prozeß des Zweifelns und Umdenkens begonnen. Hier und da waren schon kleinere Protestaktionen gelaufen, Vietnam-Demonstrationen und die Kampagne gegen die geplanten Notstandsgesetze, antiautoritäre Revolten mit moralischem und radikal-demokratischem Hintergrund. Wir protestierten, weil die Amerikaner in Vietnam Napalm auf die Zivilbevölkerung warf und weil die Bundesregierung dazu schwieg, ohne zu wissen, daß ein Teil der chemischen Kampfstoffe, die die USA in Vietnam einsetzten, aus der BRD stammten. Wir protestierten gegen den Imperialismus der USA, ohne konkret erfahren zu haben, was Imperialismus ist, ohne ein breites Bewußtsein

davon, welche gesellschaftliche Basis Erscheinungen wie den Krieg in Vietnam oder den Krieg im Nahen Osten (der 3 Tage nach den Ereignissen in Berlin ausbrach) und den Notstandsgesetzen zugrundeliegen. Wir wollten verhindern, daß sich hier wieder eine Entwicklung anbahnt, die auch nur den Schatten von Erinnerungen an Zeiten wachrief, die wir selbst nicht kannten, die wir aber in den Strukturen, in denen wir lebten und aufgewachsen waren, glaubten nachempfinden zu können. Die Schüsse vom 2. Juni 1967 haben uns schlagartig radikalisiert. Wir protestieren nicht mehr gegen das Werfen von Napalmbomben in Vietnam, weil wir erkannten, daß sowas das Wesen des Kapitalismus ist. Stattdessen machten wir eine Kampagne „Waffen für den Vietcong". Wir lamentieren nicht mehr über die Verleumdungskampagnen der bürgerlichen Presse, weil wir begriffen, daß diese die Funktion hat, die Öffentliche Meinung dahin zu kriegen, wo der Staat sie braucht. Stattdessen machten wir eine Kampagne „Enteignet Springer". Wir begriffen, daß auch die Notstandsgesetze nur Ausfluß der kapitalistischen Ordnung waren. Wir kämpften zwar weiter gegen die geplanten Gesetze, aber wir konnten damals nur ahnen, wie eine mit Notstandsgesetzen ausgerüstete Staatsgewalt der Verschärfung politischer und sozialer Konflikte begegnen würde.

Aus der „kleinen radikalen Minderheit" wurde eine Studentenbewegung. Und während Che Guevara und Ho Chi Minh für uns zu Vorbildern des antiimperialistischen Kampfes und einer sozialistischen Revolution wurden, begannen wir dort, wo wir arbeiteten, also vor allem an den Universitäten und Schulen, Strukturen zu bekämpfen, in denen wir zu funktionsfähigen Unterstützern des kapitalistischen Systems herangezüchtet werden sollten. Das hat zugleich auch unser tägliches Leben verändert. Damals entstanden die ersten Kommunen, Wohngemeinschaften. Und wir suchten nach Wegen, das Ghetto Universität zu sprengen, weil wir merkten, daß wir isoliert bleiben würden, wenn es nicht gelänge, unsere Probleme so darzustellen, daß sich andere Teile der Bevölkerung darin wiederfinden. Betriebsarbeit, Arbeit mit Emigranten, Obdachlosen, Knastarbeit, Häuserkampf – da gab es sehr positive Erfahrungen, in denen sich die Genossen selbst weiterentwickelten und neue Ansätze fanden, und da gab es Enttäuschungen, und zwar eigentlich immer dort, wo die Genossen sowas Ähnliches hatten wie die Rolle einer Avantgarde. Und schließlich gab es Genossen, die zogen radikalere Konsequenzen, nahmen die Knarre, gingen in den Untergrund. Die meisten von ihnen wurden gefangen .... Und wieder ganz andere, haben noch den Absprung in irgendeine bürgerliche Karriere geschafft – und wir wissen nur wenig darüber, wie sie sich dabei fühlen.
Benno Ohnesorg blieb nicht der einzige politische Mord in der BRD. Der Staatsapparat hatte im Anschluß an die Notstandsgesetze – bis heute – in einem unvorstellbaren Ausmaß aufgerüstet und er schlug zu in einem Ausmaß, das in keinem Verhältnis zu der Gefahr stand, die von Gruppen ausging, die diesem System den bewaffneten Kampf angesagt haben. Viele Genossen, die wie wir aus der Bewegung nach dem 2. Juni 1967 kommen, sitzen heute im Gefängnis oder sind tot. Aber dieser Gewaltapparat wurde bald nicht mehr nur gegen illegale Gruppen sondern nach und nach gegen die gesamte Linke, und inzwischen nicht mehr nur gegen Linke, sondern überall dort, wo Leute begonnen haben, sich aktiv für ihre Interessen einzusetzen. Das wissen wir nicht erst seit Brokdorf.

Heute, 10 Jahre später, wissen wir: der Staatsapparat hat sich vor uns radikalisiert. Verdrehungskampagnen wie damals kennen wir heute aus nahezu allen politischen Prozessen – nur in ungleich größerem Umfang. Die Notstandsgesetze, damals in der Vorbereitungsphase, sollten nur den Rahmen für noch viel weitergehende Kompetenzen der Exekutive schaffen: die Legalisierung staatlicher Bespitzelung, Berufsverbote, Zensurparagrafen, „Terroristen"-gesetze, Schießbefehl, Vernichtung von Gefangenen durch Isolationshaft, Kriminalisierung von Widerstand, Verhinderung von politischer Verteidigung – das sind nur Stichworte, hinter denen sich eine gezielte und umfassende Repression verbirgt, eine Repression, die allerdings präventiv ist. Man braucht heute keine größere Aktionen zu bringen, der Konflikt mit dem Staatsapparat beginnt schon beim geringsten abweichenden Verhalten. Das soll nicht demoralisieren. Wir alle wissen, daß wir uns abweichend verhalten wollen, und das täglich auch tun, abweichend von den Normen dieser Gesellschaft, die uns kaputt macht. Was mir in der gegenwärtigen Situation als Problem erscheint, daß der Rechtsdruck hier bei vielen Genossen zu Resignation geführt hat und diese Resignation zu massiven Entpolitisierungserscheinungen. Wir müssen uns aber im KLaren darüber sein, daß dieser Staat hervorragende Voraussetzungen dafür hatte, diesen Rechtsruck so reibungslos durchzuziehen, Voraussetzungen, die er so schnell nicht wiederfinden wird: die jahrelange politische und ökonimische Stabilität. Und als es dann in der BRD zu kriseln begann, war dieser Staat gezwungen, seine neuen Gesetze so exemplarisch gegen Linke anzuwenden, um der Masse der Bevölkerung zu demonstrieren, wie es Leuten ergeht, die ihre verschärften Lebensbedingungen nicht stillschweigend hinnehmen. Wir sehen jetzt schon, daß der Staat damit nicht bis zum Sanktnimmerleinstag Erfolg haben kann. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung immer damit beruhigt, die Krise sei bald zu Ende, wir wissen aber jetzt, das damit so schnell nicht zu rechnen ist. Und es kommt noch was hinzu. Die Bevölkerung selbst beginnt sich zu wehren, und zwar nicht unter der Vormundschaft irgendwelcher selbsternannten Avantgarden.
Deshalb meine ich, wenn wir unser Leben verändern wollen, geht das nicht in irgendeinem entpolitisierten Ghetto. Wenn die Rechtsentwicklung hier so weiter geht, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann Wohngemeinschaften auch zu kriminellen Vereinigungen erklärt werden. Deshalb kann die Veränderung von unserem Leben nur im Zusammenhang mit unserem Widerstand gegen das, was sich hier in der BRD entwickelt hat und weiter entwikkelt, laufen. Dann ist Politik auch nicht einfach eine abgehobene Sache. Um noch ein Beispiel zu bringen: Wenn hier in der BRD der SAVAK die persichen Studenten bespitzelt, dann hat das eine Menge mit deren täglichem Leben zu tun. Aber der Hintergrund davon ist politisch, nämlich die Interessen der BRD in Persien. Oder ein anderes: Wenn es vor zwei Jahren der westdeutschen Sozialdemokratie gelang, in Portugal ihre Konzeption von dem, was da jetzt als Demokratie verkauft wird, durchzusetzen, dann gelang auch das nur vor dem Hintergrund, daß dieser Staat hier Ruhe und Ordnung demonstrieren konnte, eine Sache, die jetzt überall als „Modell Deutschland" angepriesen wird. Und so gesehen, denk ich, hat unser tägliches Leben mit Politik doch noch ziemlich viel zu tun.

Brigitte Heinrich

(Beitrag auf dem teach-in am 2.Juni 1977 in Frankfurt)

Der 2. Juni 1967: 10 Jahre danach

Als ich am Nachmittag des 2. Juni 1967 auf dem Nachhauseweg von einer Universitätsklinik in einem Düsseldorfer Arbeiterviertel in die Straßenbahn umstieg, fiel mir eine Gruppe älterer Leute auf, in der eine ziemlich heftige Auseinandersetzung geführt wurde. Ein Name fiel mehrfach, und dann hieß es immer: ‚Dazu können wir nicht das Maul halten'. Und: ‚Max muß dazu was sagen'. Noch vor der Straßenbahn löste sich die Gruppe auf. Zuhause, bei den Nachrichten, begriff ich schnell, worum es bei der Debatte der KPD-Zelle gegangen war. Benno Ohnesorg war in West-Berlin bei einer Demonstration gegen das iranische Schah-Regime von einem Polizisten erschossen worden. Die Tragweite des Ereignisses war klar. Die KPD-Zelle hatte nicht ohne Grund fast-öffentlich getagt. Sie war lediglich Teil hektischer Aktivitäten, die noch am gleichen Abend in Gang kamen. Leute, die oft jahrelang nebeneinander gewohnt hatten, ohne sich kennenzulernen, vereinbarten innerhalb von Minuten langfristige Initiativen. Politische Zirkel, die hoffnungslos dahinvegetiert hatten, reaktivierten sich. Haudegen der alten Arbeiterbewegung, die allenfalls voreinander ausgespuckt hatten, wenn sich eine Begegnung nich vermeiden ließ, setzten sich gemeinsam an den Tisch. An diesem Abend lernte ich Dutzende von Menschen neu kennen. Die Gründung einer SOS-Gruppe an der Medizinischen Hochschule, die zuvor trotz monatelanger Arbeit nicht gelungen war, war plötzlich eine Sache von Tagen. Sie war aber auch gar nicht mehr wichtig.

War der am 2. Juni ausgeführte Mord am Demonstranten Ohnesorg tatsächlich ein historischer Einschnitt, oder waren die Folgen, wie ich sie in einer Provinzstadt der APO miterlebte, untypisch für die Entwicklung dieser Junitage? Sicher nicht. Die herrschende Macht hatte durch einen Kriminalbeamten einen Manifestanten bei offener Demonstration erschossen. Die Tat war die logische Folge einer Regie, die damals genau aufgeklärt und sofort massenhaft begriffen worden ist. Daß die Zeremonie des Kopfschusses Benno Ohnesorg getroffen hatte, war willkürlich, statistisch, zufällig; die Zehntausende, die bis dahin an den Manifestationen der aufkommenden Massenbewegung teilgenommen hatten, begriffen schlagartig, daß sie für die herrschende Macht alle Ohnesorg darstellten. Wir wurden damals mit einer Leberwurst verglichen, die es durch besondere Arten des Draufdrückens an bestimmten Stellen zum Platzen zu bringen galt, wenn wir demonstrierten. Das waren damals neue Lebenserfahrungen. Heute handelt es sich um Alltäglichkeiten für die Massen, denn Putativ-Erschießungen und großangelegte Razzien werden heute von der Polizei praktisch an jeder Straßenecke ausgeführt. Freilich dat die herrschende Macht das Ritual des Tötens inzwischen verfeinert. 1967 vermochte sich niemand das lautlose Sterben in Etappen auszumalen, das heute in westdeutschen Gefängnissen praktiziert wird. Und obwohl viele von uns sehr früh von Albträumen geplagt wurden, hat sich wohl keiner vorzustellen vemocht, daß die militante wie renommierte konkret-Kolumnistin Ulrike Meinhof unter einer SPD-Regierung im Zuchthaus eines gewaltsamen Todes sterben würde.

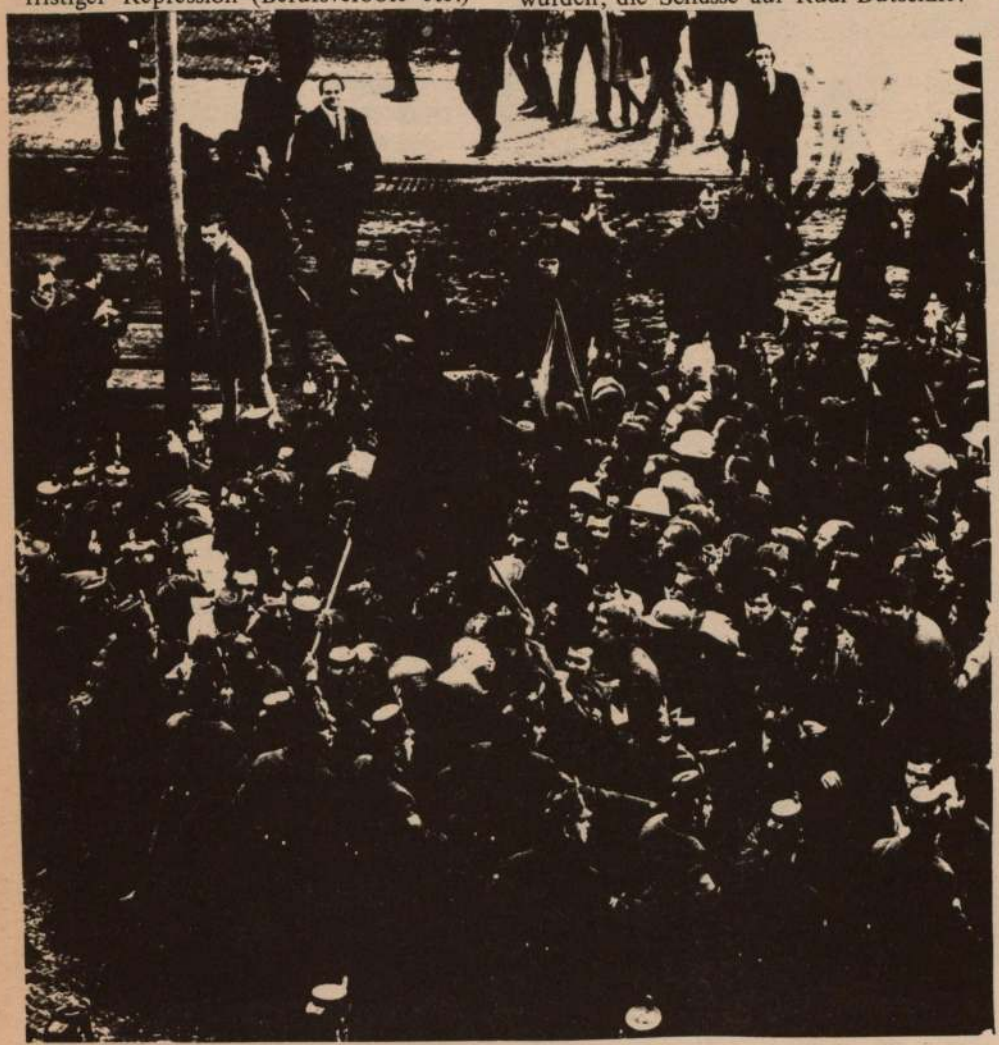
Nun stellt sich die Frage, was seit in der BRD geschehen war, um die Obrigkeit nach 15-jähriger Pause zu einer neuen Serie gezielter Todesschüsse zu veranlassen. Denn vorgefallen mußte etwas sein, wenn ehrbare CDU-, FDP-, SPD-Minister und Familienväter Massendemonstrationen mit Leberwürsten verglichen, politische Morde rechtfertigten und in Anlehnung an den noch ehrbareren Promoter Springer eine Blumen streuende und allenfalls Tomaten werfende Bewegung der Disziplinlosigkeit mit den Wortausdrücken des SS- und Gestapo-Terrors im ‚europäischen Großwirtschaftsraum' zwischen 1940 und 1944 würdigten. Bis zu den Springerblokkaden von 1968 war die als ‚Studentenbewegung' bezeichnete Masseninitiative wirklich gewaltlos. Sie entwickelte sogar mir schier unerschöpflicher Phantasie Formen gezielter und begrenzter Regelverletzungen, um Situationen zu vermeiden, in denen für sie, in die Ecke getrieben, nur noch der aussichtslose Widerstand gegen eine bombastisch auftrumpfende staatliche Gewaltmaschine übrigzubleiben schien. Diese Phantasie fehlt heute oft, die Erinnerungen an sie ist merkwürdig verschüttet. Daß das so ist, liegt kaum an der Weiterentwicklung des Polizeistaats: zwischen Grohnde und beispielsweise der Eroberung der Hamburger Universität durch die Polizei im Jahre 1969 besteht kein Unterschied. Ich glaube, der zentrale Inhalt, der die außerparlamentarische Massenbewegung bis zum Rückschlag 1969/70 beflügelt, ist inzwischen so weit in Vergessenheit geraten, daß ein unmittelbares Verständnis der damaligen Ausdrucksformen der Massenautonomie nicht mehr möglich ist. Zumindest bis vor kurzem hätte kaum einer zu vermitteln gewagt, daß es der Arbeiterjugend, den Schülern und Studenten zwischen 1965 und 1969/7o banal darum ging, einen von neuen sozialen Lebensformen getragenen Alltag zu verwirklichen. Sie entdeckten in einer Zeit krisenhaft gesteigerter Mobilität, in der das System der kapitalistischen Macht alte Methoden der Disziplinargewalt einschränkte und noch über keine neuen verfügte, völlig neuartige Bedürfnisse. Innerhalb der Knotenpunkte des Systems kam es zu massenhaften Ausbrüchen aus einem Zustand, wo der Ellbogen mehr galt als der Kopf, wo Gewalt als Liebe, die über Lohn und Leistung vermittelte Abkapselung der Menschen voneinander als höchste Tugenden verkauft wurden. Der Marsch *aus* dem Herrschaftsgeflecht Schule, Fabrik, Hörsaal, Kernfamilie und gegen den politschen Machtkörper kam nicht von ungefähr. Am Horizont drohte eine weitere Verfeinerung, drohten noch genauere Verästelungen und noch absurdere Verpuppungen sozialer Individualität in einem Prozeß, bei dem sich die herrschende Macht um neue technisch-ökonomische Gewaltformen bereicherte. Die kybernetisierte Leistungsgesellschaft war angekündigt, eine neue Ära sozialer Reformen wurde propagiert. Das ‚Modell Deutschland' nahm im Zentrum kapitalistischer Planung erstmals Konturen an. Die westdeutsche Bevölkerung sollte in ihren arbeitenden Klassenschichten vermehrt, die Techniken der Machtergreifung über die Körper sollten noch abstrakter, gleichförmiger, gesetzmäßiger werden. Der massenhafte Ausbruch war eine vorverlegte Antwort. Die ideologischen Kulissen der Formierer, allen voran die These, daß die potenzierte Erzeugung, Auspressung und Stillegung von Arbeitskraft auf Kosten weiterer Anteile von Subjektivität nichts mit Proletarisierung zu tun habe; die Behauptung also, die verschärfte und verbreiterte Konstituierung der – freilich völlig neu zusammengesetzten – Arbeiterklasse führte zum Gegenteil, zu einer Art dienstleistender klassenloser Gesellschaft, hatten ihre Wirkung verfehlt.

1965/66 fand also eine massenhafte Abkehr von der Leistungsgesellschaft statt, ausgehend von einigen Kernen in allen Bereichen des sozialen Lebens kam es zu einer Kettenreaktion, deren Ablauf uns heute, ein Dutzend Jahre später, noch immer weitgehend unbekannt ist. Dieses Ausbrechen aus den alten und den noch unfertigen neuen Normen des Abteilens, der deterministischen Begradigung von Arbeit, Transport und Freizeit, der Prüfungen, der Tests und der zu durchlaufenden Hierarchien zwecks Verfügung über eine modernisierte Arbeitskraft, ist wörtlich zu nehmen. Instinktiv verbreiterte sich das Wissen von einer Reform der Unterwerfungsarten unter kapitalistische Gewalt, bei der die Methoden in Lehrwerkstatt und Fabrik, Fürsorgeheim und Knast, im Kernfamilien-Beton der Trabantenstädte und in immer größeren Sektoren der Hoch-

schulen merkwürdigübereinstimmten. Und es war eine weit verbreitete, wenn auch kaum theoretisierte Erfahrung, daß dieser Prozeß, der in den Aufrissen und Memoranden der Planer der Reformhochschulen, der Kreisförderer und den vorbestimmten Zeiten in den Fabriken, den neuen Knästen Ossendorf und Preungesheim, den neuen Fließbandkliniken und den neuen Städten Gropiusstadt, Steilshoop, Neue Vahr, Chorweiler und Perlach Gestalt annahm, einen gemeinsamen Ausgangspunkt hatte: die Kernfamilie des neuen Massenarbeiters, dem als Kompensation für exzessiv gesteigerte Auspresserei die patriarchalische Despotie über unbezahlte Hausarbeit, Kinderaufzucht und ‚liberalisierten' Sex angedient wurde. Die Bedrohung des bisherigen status quo zwischen der sozialen Individualität der arbeitenden Massen und der kapitalistischen Macht wurde intensiv erlebt, wenn auch kaum auf den Begriff gebracht. Trotzdem lagen hier – und nur hier – die wirklichen Voraussetzungen der Revolte. Sie schlug zur Qualität um, als es um die Abwehr der Bestrafung ging, des exemplarischen Kopfschusses für diese „arbeitsscheuen langmähnigen Typen", als der Tod Ohnesorgs uns alle zu Ohnesorgs gemacht hatte. Der 2. Juni 67 wurde zum Nadelöhr, zum historischen Augenblick, wo Hunderttausende zwischen der Unterwerfung unter die an die Wand gemalte neue Knechtschaft und dem endgültigen Bruch zu wählen hatten. Der Umschlag vom sporadischen Protest zur Umwälzung des sozialen Alltags fand an diesem 2. Juni 67 statt. Es waren lauter Ohnesorgs, Frauen und Männer, die seither freie Kinderläden, Jugendzentren, Wohngemeinschaften, free clinics und andere sozial-revolutionäre Kommunalprojekte gründeten. Diese Ohnesorgs gingen dann auch in die Betriebe und in die Ausländergettos. Sie verbündeten sich mit den Arbeitsemigranten, den überausgebeuteten äußeren Stützpfeilern des ‚Modell Deutschland'. Sie machten auch nicht vor den kommunalen Verästelungen der herrschenden Macht halt, die mit ihrer Sozialpolitik so unendlich dicht in das Gemeindeleben hineinragt. Sie handelten massenhaft. Keine Partei hatte es beschlossen. Kein revolutionäres Genie hatte es geplant. Dennoch war nichts davon spontan. Die Masseninitiative verausgabte sich in einer Serie selbstorganisierter Experimente, um Realisierungsformen für eine vom Arbeits- und Leistungszwang befreite soziale Selbstverwirklichung zu finden. Sie mußte schreckliche Rückschläge hinnehmen. Aber sie ist noch lange nicht ausgereift, geschweige denn gescheitert. Ohne die Erfahrungen seit 1967 sind die aktuellen kommunalen Bewegungen undenkbar.

Das war das Wichtigste an der Außerparlamentarischen Massenbewegung bis 1969/70. Die Studentenbewegung war nur ein Teil davon, und keineswegs der wichtigste. Die Massenbewegung profitierte anfänglich einiges von den ‚Hochburgen der Studentenrevolte', aber sie ist keineswegs vom Campus ausgegangen. Wenn ich die erscheinenden Erinnerungsbücher über die SDS-Zeit in die Hand nehme, dann muß ich feststellen, daß sich die SDS-Studenten zwar ziemlich lautstark als führender Kern der APO verstanden, sie aber praktisch nicht verkörperten. Die Universitätsstudenten waren eine starke Strömung innerhalb dieser Masseninitiative, die besonders weit in die Mittelklasse hineinragte. Umso weniger waren sie in der Massenautonomie, die sich gegenwärtig, nach einem fünfjährigen Rückschlag zwischen 1970 und 1975, mit neuer Qualität verbreitert, verankert. Eine erfolgreiche Abwanderung in die Quartiere und die Herstellung eines funktionsfähigen alternativen Zusammenhangs zwischen den Regionen und den Hochschulen kam erst zustande, als der SDS und die übrigen linken Studentenorganisationen zu Spielwiesen überkommener sozialistischer Dogmenstreite degenerierten, die mit der Klassenwirklichkeit von 1965/67 oft bemerkenswert wenig zu tun hatten. Selbst im ‚antiautoritären' Flügel des SDS fanden die wirklichen Triebkräfte der multizentrischen Massenkämpfe, das Heraustreten aus dem etablierten Disziplinarnetz zur Erzeugung der neuen Arbeitskraft des kybernetischen Zeitalters und der Aufbau autonomer Lebensformen, kaum Widerhall. Sie sind noch am ehesten von der Debatte um die ‚Verweigerungsrevolution' gestreift worden, die im Zusammenhang mit der Rezeption einiger Schriften von Herbert Marcuse und Peter Brückner in Gang kam. Neidlos muß ich selber feststellen, daß ich der ‚Subversiven Aktion', der zweifellos produktivsten Strömung innerhalb des damaligen SDS, leider nicht angehört habe, und daß ich hoffe, demnächst hier in der Haft die Bücher von Herbert Marcuse kennenzulernen. Auch außerhalb des SDS fand nirgends eine befriedigende Reflexion der Inhalte der neuen Massenbewegung statt, und ich habe bis heute keinen Text gelesen, der einen überzeugenden Zusammenhang zwischen der 1967 entstandenen Massenautonomie und den zweifellos vorhandenen sozialrevolutionären Vorläufern der Arbeitergeschichte gestiftet hätte. Die Aktivisten der ersten Stunde waren überhäuft mit den Problemen, Realitäten und Rückschlägen des aufkommenden alternativen Alltags; sie waren immerhin kompetent genug, um die Agitatoren zu bändigen, die meistens ziemlich konfus schwätzten. Auf jeden Fall hatte die Unfähigkeit, aus der Selbstorganisation heraus zu weitertreibenden Initiativen zu kommen, einschneidende Folgen. Die Massenbewegung erarbeitete kein konzeptionelles Selbstverständnis, das geplante Verhaltensweisen gegenüber

der rasch einsetzenden Eindämmungspolitik der herrschenden Macht ermöglicht hätte. Eine prinzipiell delegations- und repräsentationslose Selbstorganisation ist mitnichten notwendig spontaneistisch. Gerade weil die traditionell-linken Organisationen wie etwa der SDS im Mobilisierungsprozeß untergingen, wäre es 1968/69 möglich gewesen. Ausgehend von der dezentralisierten Vielfalt der kommunalen Einzelprojekte in praktisch allen westdeutschen Ballungsgebieten ein Netz autonomer Selbstorganisation aufzubauen, das den stürmischen Verbreiterungsprozeß in der Provinz hätte stabilisieren können. Die Dringlichkeit eines solchen Projekts wurde nirgends ernsthaft zur Diskussion gestellt. Als der Gegenangriff der herrschenden Macht mit der sozialliberalen Koalition 1969 erkennbare Strukturen bekam und der polizeistaatliche Ausnahmezustand sich zur Doppelzange langfristiger Repression (Berufsverbote etc.)

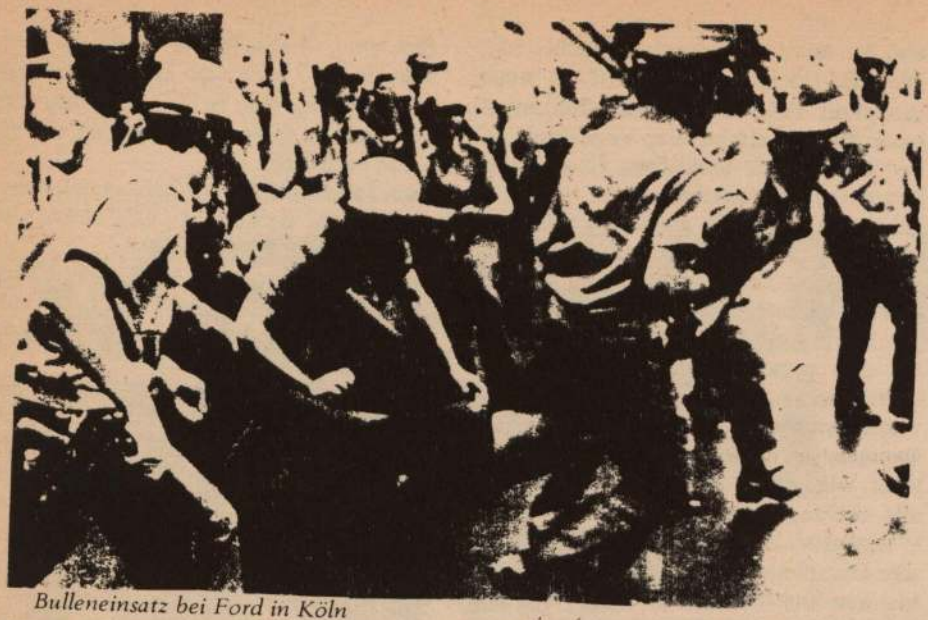


und sozialpolitisch gepufferter Modernisierung der Disziplinar- und Machtstrukturen im Sinn der Leistungsgesellschaft verlängerte, stürzten sich die meisten dezentralisierten Kerne der Massenbewegung in eine verkürzte Organisationsdebatte. An den Folgen laborieren wir heute noch.

Nachträglich will es mir scheinen, daß die Funktionsträger der Macht die sozialrevolutionäre Perspektive der Massenbewegung viel früher und präziser erfaßt haben als wir, die wir ihr zeitweilig Ausdruck gaben. Sie haben mit *ihrem* 2. Juni *unsere* Autonomie öffentlich gemacht und sie als vernichtungswürdig angeprangert, bevor sie voll ausgereift war; jeder, der wie ich auch die zwei Jahre davor miterlebt hat – Jahre intensivsten Lernens und hektischer Strategiedebatten – wird mich bestätigen. Unsere Verweigerungsrevolution wurde zum Hauptskandal im Geschäft der Mehrwertabpressung durch Disziplinierung. Die Ministerial-, Generaldirektoren und Polizeipräsidenten handelten eingedenk ihrer historisch so bewährten Maxime, so erbarmungslos und präventiv wie möglich anzugreifen. Ihr gigantischer Aufmarsch erschien vielen von uns als Popanz; wir nahmen sie nicht ganz ernst, als sie die Massenbewegung ohne Umschweife mit den heftigsten Arbeitermeuten der Vergangenheit gleichsetzten. Wir glaubten ihnen erst, als erneut Kopfschüsse abgefeuert wurden, die Schüsse auf Rudi Dutschke.

Zu einem der vielen Ohnesorgs zu gehören, war bislang trotz allem auch ein Problem der statistischen Normalverteilung und einer gegen die Angst anarbeitenden Masseninitiative gewesen. Aber Ostern 68 fand ein gezielter Akt individuellen Terrors statt, der keinen der vielen Ohnesorgs, sondern eine unumstrittene Symbolfigur herrschenden Macht noch viel systematischer vorbereitet und in ihren Medien vorweggenommen worden als die Ermordung Ohnesorgs. Die Bedrohung war jetzt viel realer, praktischer, direkter. Die Alternative zwischen Selbstaufgabe oder Fortführung der neuen Identität von Leben und Kämpfen stellte sich jetzt dringlicher, auf der Ebene der Projekte selbst. Wir demonstrierten unsere Entscheidung buchstäblich, aus Massenversammlungen heraus, weiterhin ohne repräsentative Planung und ohne Leitungsbeschlüsse. Wir ergriffen zum letztenmal eine bundesweite Initiative mit den Springerblockaden – die Anti-Notstandskampagne im weiteren Verlauf des Jahres 68 mit ihren repräsentativen Halbheiten und Mythen glich dagegen dem verwalteten Rückzug in politische Abstraktionen. Nach einer Gewaltdiskussion, die wir mit großem Ernst und auf Massenbasis führten, erweiterten wir unsere Kampfformen auf die kollektive, in ständiger Massendiskussion überprüfte Gewaltanwendung gegen Sachen. In Konfrontation mit einem ständig sich verschärfenden Ausnahmezustand wurden die Autonomie-Experimente von 1967 fortgesetzt. Aber auch jetzt stabilisierte sich nirgends ein übergreifendes Netz der Massenbewegung; die Fabrikarbeiter, die im September 1969 erstmals mit neuen Kampfinhalten in Aktion traten, bewegten sich sehr wohl in ihrem Rahmen, aber der entscheidende qualitative Sprung, der wie etwa die italienischen Arbeiter-Studenten-Versammlungen die Kontinuität der neuen Massenautonomie endgültig garantiert hätte, ist ausgeblieben.

1968/69 waren Berlin, Frankfurt und Hamburg Zentren der Massenbewegung. In dieser Zeit machten die dort aktiven Basisgruppen eine Praxis, die sicher zum Wichtigsten zählt, was von den vergangenen zehn Jahren vererbt werden sollte. Während die politisierenden Funktionsflügel der Studentenbewegung im Verbandschaos versanken und, je nach Radikalisierungsgrad, entweder den SDS auflösten oder zum langen Marsch durch den Enddarm der SPD antraten; und während auch die DKP stark gemacht wurde, kämpfte die Massenautonomie ums Überleben. Es gab dezimierte Bündnisse zwischen der Arbeiterjugend, militanten Randströmungen der Arbeiterklasse und den Studenten. Wenn ich heute von den Aktionen der ‚Stadtindianer' in Italien lese, klingt mir manches sehr vertraut. Ich glaube seither, daß wir denen, die heute in Westdeutschland erneut zu einer autonomen Masseninitiative drängen, einiges zu sagen haben. In den Jahren der Repression nach 1969 wurden freilich die Triebkräfte und Ausdrucksformen dieser Kämpfe fast vollständig wieder zugedeckt. Wir verloren die Initiative, es gelang nicht mehr, sie zurückzuerobern. Die Zeit, die uns seit 1965/66 so unendlich zur Verfügung gestanden und uns einen langen Atem zu endlosen Debatten und immer neuen Experimenten gegeben hatte, empfanden wir mehr und mehr als Diktat. Wenn die Jugendpolizei die Arbeitervorstädte tyrannisiert, wenn die Sonderkommandos der Polizei die besetzten Häuser sofort angreifen, wenn die Universität von 1000 Polizeibeamten er-



Bulleneinsatz bei Ford in Köln

stürmt und geschlossen wird, und wenn das Inventar der Jugendzentren regelmäßig zerstört wird – das war die Situation im Ausnahmezustand 1969/70, er wiederholte sich im Kontext der multinationalen Arbeiterkämpfe 1973/74 – dann wird die Zeit knapp. Dann wird es verständlich, daß nach Rückzugsgebieten gefragt wird, in denen der alternative Lebensprozeß überwintern kann. Ohne Abstriche weiterzumachen erscheint ausgeschlossen: die Zeit ist zerstückelt in ständigen Abwehraktionen, die Räume hat der Polizeistaat in Regie genommen. Der sozialpsychische Prozeß, der seit 1970 abstrakte Arbeitsdisziplin, Asketismus, Hierarchiedenken und das Bedürfnis nach lückenlosen Erklärungsmustern für diese so schrecklich zugerichtete Welt bis in die Wohngemeinschaften vorkriechen ließ, war falsch, aber verständlich. Wir sollten uns heute vorurteilslos mit jenen dramatischen Monaten auseinandersetzen, während welcher innerhalb der Kollektive die Schutz- und Abwehrreaktionen vor dem Ausnahmezustand abliefen. Verschonen wir auch nicht die Denkprozesse, die dies nachträglich auf falscher Ebene rechtfertigen sollten: die bisherige Verankerung in der so konkret ‚anderen' Massenautonomie wurde durch die Orientierung an falsch überhöhten und idealisierten Vergangenheiten einer ihrerseits geschlagenen Arbeiterbewegung ersetzt, aber sie war als Schritt der Selbstdisziplinierung durch ein schicksalhaft verkehrtes Unterdrückungserlebnis notwendig konsequent. Dies war die eine Seite des seit 1970 einsetztenden Rückzugs, der uns das ganze geschichtliche Spektrum der geschlagenen deutschen Arbeiterbewegung gleich auf einmal und in freundlichster Konkurrenz gegeneinander bescherte: der SDS als Sammelbecken all dieser Tendenzen erlebte im Augenblick seiner Auflösung eine merkwürdige Wiederauferstehung. Die andere Seite hat uns vor nicht weniger gravierende Probleme gestellt. Sie entschloß sich nach einer Analyse des Ausnahmezustandes von 1969/70. aus der Massenbewegung heraus zum bewaffneten Kampf überzugehen. Über den Inhalt der Diskussionen, die zu dieser Entscheidung führten, bin ich sehr schlecht unterrichtet. Auch sie erschien mir als Ausdruck eines zu kurzen Atems, einer unhistorischen Verkürzung und Verkleinerung des Neuen, für das und von dem wir lebten. Und auch auf dieser Seite der Entscheidung sind die gemeinsamen Wurzeln mit dem Neo-Leninismus/Stalinismus nicht zu verkennen. Wir werden, so wurde wohl auch hier festgestellt, im Kampf für freie soziale Individualität jenseits des sich modernisierenden Arbeitszwangs massiv unterdrückt. Da das so ist, müssen wir den alternativen Lebensalltag von den Kampfformen trennen. Der ‚Fighter' wird vorrangig. Effektiver Widerstand ist nur noch möglich, wenn wir einen Teil des Disziplinarkodex der herrschenden Macht übernehmen, zweifellos nur, um ihn in den Dienst einer vorübergehenden historischen Etappe zu stellen. Die Entfremdung von der durch die alternativen Bedürfnisse gespeisten Identität von Leben und Kämpfen war die gleiche wie bei den K-Gruppen-Gründern. Allerdings verschwand hier die Arbeiterklasse als Triebkraft der Massenautonomie völlig aus dem Konzept zugunsten des intellektuellen Stadtguerilleros, der nunmehr als verlängerter Arm der Befreiungsbewegungen der ‚Dritten Welt' in der Metropole aktiv wird; während sie bei den Parteigründern in einer sozialen und politischen Zusammensetzung wiederkehrte, wie sie vielleicht tatsächlich einmal vor der Jahrhundertwende geschichtliche Wirklichkeit gewesen ist – freilich auch dies nur aus einer sehr fragwürdigen sozialistischen Optik, die durch die jüngste Arbeitergeschichtsschreibung widerlegt ist. Indes wurden die sozialen Barrieren, die seither gegenüber der heutigen wimmelnden Realität der Klasse aufgerichtet wurden, unterschiedlich gerechtfertigt. Die Einsamkeit des Stadtguerilleros hat sich seit 1970/71 in immer neuen Akten in der Einsamkeit des Parteiaufbau-Aktivisten gespiegelt und umgekehrt. Was dem einen der Kampf um Bewußtseinsaufklärung und parteidisziplinierte Erzeugung von Klassenbewußtsein, das galt dem anderen als logistisches Problem mit der Folge, daß sich die Maschinerie staatlicher Repression als ausschließliches Mobilisierungshemmnis entgegenstellte. Ein derart hohes Maß an Einsamkeit produziert für beide strategische Konzeptionen eine gefährliche inner-individuelle Dynamik der Selbstangleichung an die sprachlose Gewaltsamkeit der herrschenden Macht. Sie darf nicht länger kritiklos hingenommen werden.

Gleichwohl hat auch das, was die neuen Inhalte der Massenautonomie vor 1969/70 ausmachte, das folgende bittere Jahrfünft und selbst den brutalen Einstieg der Schmidt(chen)-Schleyer ins Geschäft der Klassenherrschaft seit 1974 überlebt. Dabei gibt es zweifellos schreckliche Verwirrungen in die Richtung einer neuen Innerlichkeit, absurde Tendenzen zur Geschichtslosigkeit. Eine innere Emigration, die die Einheit sozialer Befreiung als Leben und Kämpfen sozusagen in der Umkehrung angeht, hat nichts mit dem zu tun, was uns in den sechziger Jahren mobilisierte.

Die Entwicklung seit Herbst 1976 signalisiert, daß eine neue Massenbewegung bevorsteht. Für sie wird entscheidend sein, wie sie sich zu den vergangenen zehn Jahren verhält, die am 2. Juni 1967 explodierten. Sie wird auf diese historische Kontinuität nicht verzichten können: sie muß sie sich erkämpfen, sie aktiv herstellen. Es geht dabei um sehr viel mehr als um die Vermeidung vergangener Fehler. Aufzuklären ist, welche Kampfinhalte damals fehlten, und welche inneren Triebkräfte damals vernachlässigt worden sind.

Ich möchte dies kurz erläutern am Phänomen der ‚alten' und der ‚neuen' Studentenbewegung. Die ‚alte' Studentenbewegung hatte kurz gesagt den Fehler, daß sie abgesehen von einer sehr wackligen kritischen Wissenschaftstheorie a la Frankfurter Schule über keine wirkliche hochschulpolitische Konzeption verfügte, in der die studentischen Massen selbst eine Rolle spielten. Die Demokratisierung der Gremien usw. war ein naturwüchsiger Prozeß, der aus den gegen Selektion, Prüfungen und Hierarchien gespeisten Inhalten der Gesamtbewegung sozusagen von selbst resultierte. Es fehlte aber das konkrete Ziel, die Fähigkeit, die alternativen Bedürfnisse vom Studiengeld über das freie Wohnheim bis hin zur Umwälzung der von Zeitdruck und Selektionszwang befreiten Lern- und Forschungsprozesse zu summieren und als Kampfinhalt um alternative soziale Macht auszudrücken. Die kritische Universität stand neben der Gremienpolitik, der Streit ums Bafög wurde fernab von einigen Funktionären ausgefochten. Die Universität war zwar weitgehend erobert, sie wurde aber nicht umgewälzt. Der lahmgelegte Knotenpunkt, in dem das Gesellschaftskapital den Arbeitsmarkt mit hochqualifizierter Arbeitskraft belieferte, ging nicht mit seinen per-

sonellen, materiellen und last not least wissenschaftlichen Ressourcen in das aufzubauende Netz sozialrevolutionärer Macht auf kommunaler Ebene über. Diesem Ziel war der Kampfzyklus der Fachhochschulstudenten sehr viel näher, wenn auch in ausgeprägter Ambivalenz. Die Bewegung der Universitätsstudenden hatte ihm gegenüber ein auffällig herablassendes Verhältnis. Grund dafür war die eigene Unfähigkeit, die besetzten Institute als Machtstrukturen zu erfassen und geplant in die Massenautonomie einzubringen. Und aufgrund dessen gaben sich die Universitätsstudenten eine Blöße auf ureigenstem Terrain, deren Vermeidung zwar nicht die Polizeibesetzungen hätte verhindern, aber den reformistischen Begleitangriff illusorisch machen können, wie er seit 1969 gerade in den Hochburgen Hamburg, Frankfurt und Berlin in Gang gekommen ist. Sowohl die rein effizienzorientierte Umgestaltung der Universität in ein präsidialdiktatorisch verwaltetes Polster des in Fluß geratenen Arbeitsmarktes, die hinter dem Schlagwort ‚Demokratisierung der Ordinarienuniversität' lauerte, blieb lange unerkannt; als auch die Forderung nach einem gleichmacherischen und alle von familiärer Einkommensherrschaft befreienden Studentenlohn war

nachgerade verpönt. Die Entlohnung aller Verausgabung von Arbeitskraft, auch der im Stadium der Erzeugung befindlichen, ist aber ein entscheidendes homogenisierendes Kriterium für die heutige moderne Arbeiterklasse. Hier beginnt, wie ich zu sehen glaube, die ‚neue' Studentenbewegung mit einer wichtigen Veränderung der Prioritäten. Natürlich liegt das auch daran, daß die meisten Studenten inzwischen längere Perioden klassischer Ausbeutung von Arbeitskraft durchmachen, bevor sie einen Studienplatz erwischen, und daß sie in ihrer Studentenzeit fast ohne Einkommen existieren, also ökonomisch gesprochen zu den Unterschichten des Proletariats gehören. Aber was heute auf der Hand liegt, bahnte sich 1967 schon breit an, bedurfte also der Analyse, die es nicht gegeben hat. Die SDS-Hochschuldenkschrift ist noch verdammt nahe an preußisch-reformerischen Idealen effektiverer Verwaltung einer jenseits der wirklichen Gesellschaft betriebenen Wissenschaft.

Polemisch und auch ein wenig selbstironisch möchte ich sagen: zehn Jahre nach der Studentenbewegung gibt es endlich eine – Studentenbewegung. Gerade indem sie ihre alternativen Lebensbedürfnisse mit den entscheidenden sozialökonomischen Voraussetzungen alternativer Macht verbinden, können die neuen studentischen Basisgruppen zu einem gewichtigen Faktor jener wiederauftretenden Massenautonomie werden, die seit nunmehr zehn Jahren in dezentralisierter Vielfalt das kapitalistische Disziplinarnetz in Schulen-Fabriken-Kliniken-Kasernen-Knästen zersetzt und den Keim zu einer sozialrevolutionären Selbstorganisation der Massen auf kommunaler Basis legt.

Ich bin seit über zwei Jahren inhaftiert. Trotzdem hoffe ich, richtig zu hören, zu sehen und auch ein wenig zu riechen, daß es beim Denken an die Zehnjahresbrücke 1967-1977 um etwas mehr als eine trauernde Jubelfeier geht. Auch das Gefängnis, der düsterste und verschwiegenste Knotenpunkt kapitalistischer Disziplinierungsmacht ist alles andere als ein Randphänomen dieser Gesellschaft. Anfang 1977 wurde ich nach langer Isolation erstmals in die ‚Freistunde' der anderen Gefangenen gelassen. Ich war verwirrt über das Gewimmel, die Gespräche, den Rest von Vielfalt, der da herrschte, auch wenn das alles – wie ich bald bemerkte – durch ein enges Geflecht von Denunziation und Delinquenz bis heute noch unter Justizkontrolle gehalten wird. Ein Beamter bemerkte meine Verwunderung. Er sagte ziemlich gehässig: „Ja ja, da ist kein Schliff mehr drin, die reden wie sie wollen, da steht keiner mehr stramm. Das wart Ihr, die APO, seit 1967 ist die Luft raus." Diese Bemerkung machte mir ein wenig Mut. Ich begriff, wie wenig wir noch immer von den sozialen Dimension der Außerparlamentarischen Bewegung wissen. Wer denkt schon daran, daß 1966/67 auch eine kräftige Gefangenenbewegung von Berlin, Hamburg und Köln aus in Gang gekommen ist, die bis heute nachwirkt.

Zwei Jahre dieses Dezeniums muß ich also abstreichen, sie bestehen fast vollständig aus Bedingungen, unter denen individuelles Leben nur noch aus Vergangenheit besteht. Aber die Solidarität half mir entscheidend. Ich möchte bei dieser Gelegenheit meinen Dank abstatten.

Meine Freundinnen und Freunde aus der Zeit der Massenbewegung sind heute in allen Gruppierungen der neuen Linken aktiv. An sie wende ich mich zuletzt. Viele von Euch haben Einfluß in den K-Gruppen und in den Bewegungen des Parteiaufbaus. Wenn mich nicht alles täuscht, stehen wir am Anfang einer neuen und breiten antikapitalistischen Massenbewegung. Wir sollten uns nicht länger von ihnen abgrenzen, ihre Initiativen aufnehmen. Wir sollten den Mut haben, unsere meistens seit 1970 datierende Organisationsgeschichte historisch-kritisch zu überprüfen. Eine neue sozialrevolutionäre Masseneinheit der Klasse wäre für den jetzt anstehenden Kampfzyklus keine schlechte Perspektive. Es geht um völlig neue Orientierungen. Die Organisationsfrage sollte sich aus ihnen ergeben, nicht umgekehrt. Wir sollten aus unseren Fehlern von damals lernen.

Ich wende mich auch an die Genossen der Stadtguerilla. Jede Form des Widerstands, die beansprucht, für die soziale Befreiung der Massen einzutreten, muß von den Massen ausgehen. Sie kann von ihnen aber auch wieder eingefordert werden. Auch der bewaffnete Kampf kann sich nicht von Kritik ausnehmen und auch hier sollten aus unzweideutigen Erfahrungen Konsequenzen gezogen werden. Dafür ist viel Zeit nötig. Diese Zeit ist ein zentrales politisches Problem. Wer sie sich nehmen läßt, steht in Gefahr, sich zu verselbständigen und sich abstrakt-existentialistisch in einer völlig unnötigen Niederlage zu vollenden. Eine Art Waffenruhe sollte verkündet werden, die Kerne der neuen Linken sollten helfen, daß die seit den Massenkämpfen vom Herbst 76 dringlich gewordene Strategiedebatte von allen aufgenommen werden kann. Wir sollten einen Zustand herbeiführen, der niemand in die Verzweiflung und in Attentatspolitik treibt.

Es mag viele geben, die mir das Recht absprechen, mich überhaupt zu Wort zu melden. Aber gegenwärtig melden sich sehr viele zu Wort und sprechen über die vergangenen zehn Jahre. Ich war nicht mehr und nicht weniger als sie an den Erfolgen, den Rückschlägen und den Fehlern seit 1967 beteiligt. Wir haben keinen Anlaß zur Freude. Aber wir haben den aufrechten Gang gelernt, und dabei soll es bleiben: Wir waren – sind – wir werden sein.

Karl Heinz Roth

VERFAHREN GEGEN HEINZ BRANDT

Die IG Metall hat auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin gegen den pensionierten Redaktuer der Gewerkschaftszeitung „Metall" Heinz Brandt ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Nach Ansicht der IG Metall hat sich Heinz Brand des „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" verdächtig gemacht, als er auf der Izehoer Kundgebung gegen das AKW Brokdorf erklärte:

Seit Hiroshima wissen wir, was das ist - der Atompilz. Es gibt aber auch den Atomfilz. Gerade als Gewerkschaftler möchte ich Euch vor ihm warnen. Ich spreche im Namen vieler aktiver Mitglieder und Vertrauensleute der Gewerkschaften, vieler verantwortungsbewußter Lohnabhängiger. Unter Atomfilz verstehe ich den reich bezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Managern der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerlich verfilzt ist - zu unser aller Schaden.

Er kommt den Lohnabhängigen mit süßen Worten. Er ist es, der überall die Lüge verbreitet, daß dies fehlgeleitete Wachstum den Arbeitsplatz sichert, daß ohne diese hochgepäppelte Energieform die Lichter ausgingen. Wir wollen uns von diesen Atomfilzen, diesen Arbeiterverführern, nicht den Verstand oder gar das Lebenslicht ausblasen lassen.

Wenn solch ein Atomfilz den Mund öffnet, so fragt ihn, was er im Jahr einnimmt und ob ihm sein 300.000 DM - Jahreseinkommen flöten geht, wenn er Euch - statt lausen zu machen - die Wahrheit sagt.

Der „Atomfilz" reagierte rasch.

Berlin ist geradezu eine seiner Hochburgen. Der Berliner DGB-Vorsitzende Sickert hatte sich vor einiger Zeit nicht entblödet vor Unternehmern ein Atomkraftwerk in Berlin zu fordern. Berlin ist der Hauptsitz der SIEMENS, deren Tochter , die KWU, führend im deutschen AKW - Bau ist. Die Vermutung, hinter dem Berliner Ausschlußantrag gegen Heiz Brandt stünden diese Atomfilze ist nicht allzu kühn.

Die Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall ist zudem noch ein besonders rühriger Kämpfer gegen Gewerkschaftsschädlinge. So veröffentlicht sie in der „Metall" regelmäßig die aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen und erspart so den Berliner Metallunternehmern die Mühe, selbst schwarze Listen unliebsamer Personen zusammenzustellen. Möglicherweise waren auch noch alte Rechnungen mit Heinz Brandt offen: Er hatte sich früher einmal gegen die Berliner Rüstungsfilze gewandt. Einen makabren Anstrich bekommt der Berliner Antrag dadurch, daß Heinz Brandt einst wegen gewerkschaftlicher Betätigung bei SIEMENS - als Herausgeber einer Betriebszeitung - ins KZ verschleppt wurde.

Es geht aber um mehr als um den Amoklauf einer rechten Verwaltungsstelle und „alte Rechnungen". Der Fall Heinz Brandt ist inzwischen zu einem Fall „ westdeutsche Gewerkschaftsbürokratie" geworden. Er hat - wie kaum ein Ereignis vorher - deutlich gemacht, wie weit die Gewerkschaftsbürokratie in der Krise vor dem Kapital kapituliert hat:

Da gibt es z.B. in den Gewerkschaften heute den Atomfilz Hans Schwalbach aus Kiel, der im Aufsichtsrat der Nordwestdeutschen Kraftwerke sitzt, zugleich ÖTV-Bezirksleiter und SPD-Landtagsabgeordneter ist.

Da gibt es einen Matthias Breuer, im Vorstand der RWE bis 1974 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, der sich bei einem Jahresgehalt von 500 000 DM mit „Elektrogeräten und Arbeitsleistungen auf Firmenkosten" nebenbei versorgt haben soll und dabei vom Großbankier Abs wohlwollend gegenüber den Aktionären gedeckt wurde.

Da gibt es die Betriebsratsmitglieder der KWU-Mühlheim, zugleich im SIEMENS-Aufsichtsrat, die die Angst ihrer Kollegen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zur peinlichen Demonstration für Atomkraftwerke mißbrauchten, nicht ohne hier und da zusätzlich noch mit Drohungen nachzuhelfen.

Dies ist nur ein einigermaßen repräsentativer Querschnitt. Es gibt viel mehr Atomfilze.

Der Atomfilz aber ist keineswegs das Resultat persönlicher Charakterdeformation einzelner Betriebsräte. Eine Gewerkschaftspolitik, die vor der kapitalistischen Logik total kapituliert hat, die den Kohl des Kapitals nachbetet, man könne die Arbeitslosigkeit nur mit gesteigertem Wachstum bekämpfen, muß die übelsten Formen von Klassenkollaboration bis hin zur offenen Korruption hervorbringen.

Es ist nicht verwunderlich, daß es neben dem Atomfilz auch den Rüstungsfilz gibt,

der für Waffenexporte votiert, den Chemiefilz, der versucht, jede wirksame Umweltschutzmaßnahme zu hintertreiben. Die als großer Fortschritt gefeierte Mitbestimmung wird unter diesen Umständen nichts anderes bringen als eine Ausweitung institutionalisierter Korruption.
Das Ausschlußverfahren gegen Heinz Brandt aber macht noch etwas anderes deutlich. Bisher wollte sich die Gewerkschaftsbürokratie nicht ganz zum Büttel von Unternehmerverbänden und Regierung machen. So befand der DGB immerhin, daß Rüstung nicht deshalb schon zu begrüßen sei, weil sie Arbeitsplätze sichere. Wenn auch nur in Sonntagsreden, trat der DGB für eine saubere Umwelt und eine „Humanisierung der Arbeitswelt" ein. Dies war nicht mehr als ein Rumgefummel an Symptomen, die bestehenden Verhältnisse wurden dabei nicht in Frage gestellt. Immerhin aber gab es dadurch einen – wenn auch begrenzten – Spielraum für innergewerkschaftliche Kritik.

Damit scheint die Krise aufgeräumt zu haben. In der Gewerkschaftsspitze herrschte lange keine völlige Übereinstimmung in der Einschätzung des KKW-baues. Glühende Verfechter waren vor allem die Vorsitzenden der Gewerkschaften, deren Mitglieder unmittelbar am Bau und Betrieb der Atomkraftwerke beschäftigt waren – so etwa Sperner von der IG-Bau oder Schmidt von der IG-Bergbau und Energie. Vorsichtiger äußerte sich etwa die Gewerkschaftsspitze der IG-Holz und auch der Druck und Papier. Zu Anfang April kam es dann überraschend zu einem DGB-Beschluß: die bestehenden Kraftwerke sollten zügig weiter gebaut werden. Neue Genehmigungen sollten aber nur erteilt werden, wenn das Entsorgungsproblem gelöst wäre. Der Sieg des Atomfilzes war fast komplett. * Aber damit nicht genug. Einzelnen Spitzenbürokraten genügte es nicht die Mär von den Arbeitsplätzen der Zukunft, die die Atomenergie sichere, in Beschlüsse zu gießen, man befand darüberhinaus, daß Bürgerinitiativen abzulehnen seien. (so Loderer von der IG-Metall). Damit hatte man zusätzlich noch den bestehenden Parteien das Monopol auf politische Betätigung bescheinigt.
Um dem ganzen die Spitze aufzusetzen scheint die Bürokratie nun auch noch entschlossen zu sein die ganze Gewerkschaft auf den soeben geebneten rechten Weg mit administrativen Mitteln bringen zu wollen.

Für diese Entschlossenheit zeugt, daß man mit dem Vorgehen gegen Heinz Brandt eine ganz neue Qualität in der innergewerkschaftlichen Unterdrückung von Kritik zu erreichen gewillt ist. Wenn Gewerkschaftsausschlüße bisher nur solchen Gewerkschaftern galten, die im Sinne des DGB-Radikalenerlasses einer „feindlichen Organisation" angehörten, so trifft ein Ausschlußverfahren erstmals einen Kritiker, der nichts anderes getan hat, als für sich das selbstverständliche Recht auf Meinungsäußerung in Anspruch genommen zu haben. Außerdem hat Heinz Brandt in Itzehoe zu Recht für eine stattliche Zahl von Atomgegnern in den Gewerkschaften gesprochen.

Es gibt nicht nur zahlreiche Gewerkschafter, die an den Anti-KKW-Demonstrationen teilgenommen haben, es hat auch von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Gewerkschaftsmitgliedern selbst aus der Atomindustrie Erklärungen gegen den Bau von Atomkraftwerken gegeben.

Das Ausschlußverfahren gegen Heinz Brandt könnte der Auftakt einer schweren Zerreißprobe in den Gewerkschaften werden.
Wohl um diesen Effekt abzumildern hat man noch schnell eine andere „gewerkschaftsschädigende" Aktivität von Heinz Brandt nachgeschoben:

Im Februar 1977 hatte Heinz Brandt eine Anzeige im Berliner Tagesspiegel mit unterzeichnet, in der aufgefordert wurde nicht in rechtsstehende „neue" Berliner GEW einzutreten, sondern gegen die Auflösung der GEW-Berlin und gewerkschaftliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu kämpfen.

Aber auch dieses Ablenkungsmanöver hat eher schlafende Hunde geweckt. Die Anzeige wurde unter anderem auch vom Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes in der IG-Druck und Papier Ingeborg Drewitz mitunterzeichnet. Ganz sicher wird das Vorgehen gegen Heinz Brandt wegen dieser Unterschrift dazu beitragen den skandalösen Berliner Vorgängen um die Spaltung des GEW-Landesverbandes zusätzliche Publizität verschaffen.

Um ein übriges zu tun hat die Gewerkschaftsbürokratie mit einer Kampagne gegen Heinz Brandt begonnen.

So bezichtigen einige Gewerkschaftsbürokraten Heinz Brandt und einige Journalisten der Lüge. Zunächst sah es so aus, als ob Heinz Brandt mit dem Gewerkschaftsausschluß auch seine Betriebsrente d.h. die innerbetriebliche Rente der IG-Metall, für die er tätig war, verlieren würde. Dies so sagt man heute, sei nicht der Fall, da die Gewerkschaften die gesetzliche Sicherung von Betriebsrenten auch bei Arbeitsplatzverlust erkämpft hätten. Da bleibt dann die Frage offen, weshalb dies in den entsprechenden Bestimmungen der Gewerkschaft diese gesetzliche Regelung noch keinen Eingang gefunden hat. Die Gewerkschaft sollte einmal erklären, ob ihre Betriebsrente nun eine Betriebsrente im Sinne des Gesetzes ist, oder etwas anderes. Sie sollte einmal erklären, warum sie sich dazu nicht klar äußert. Will sie sich ein Disziplinierungsinstrument für Funktionäre nicht aus der Hand nehmen lassen?

Weiter sah es so aus, als ob Heinz Brandt mit seinem Ausschluß aus der IG Metall automatisch auch aus dem Schriftstellerverband in der IG-Druck und Papier herausfliegen würde. Dies so sagt man heute ist laut einem IG-Metall-Geheimbeschluß nicht der Fall. Der automatische Ausschluß gilt nur, wenn ein Ausgeschlossener versucht, in eine andere DGB-Gewerkschaft einzutreten, nicht aber für die Handvoll von Gewerkschaftern, die aufgrund ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaften etwa als Redakteur aus beruflichen Gründen Doppelmitgliedschaft in verschiedenen Gewerkschaften haben. Außerdem gelte im Schriftstellerverband eine Klausel, die ganz ausdrücklich die völlig freie Meinungsäußerung von Gewerkschaftsmitgliedern uneingeschränkt sichert.

Die Äußerung von Heinz Brandt in Itzehoe sei dadurch gedeckt. Der DGB sollte einmal erklären, warum eine solche Klausel nicht für alle Gewerschafter gilt; die IG-Metall sollte endlich ihren Geheimbeschluß über den automatischen Ausschluß von Gewerkschaftern offenlegen.
Die angeblichen Lügen waren zwangsläufig Irrtümer, die nur noch weitere skandalöse gewerkschaftliche Beschlüße und Zustände ans Licht brachten.

Indessen hat die Bürokratie bei ihrer Kampagne die seltsamsten Helfer bekommen:
Die „Roten Blätter" des MSB-Spartakus kommentierten die Itzehoer Rede:
„Dabei kann die Bundesregierung bei ihren Spaltungsmanövern auf Provokateure aus ihren eigenen Reihen zurückgreifen. Auf der Itzehoer Großkundgebung erfüllte der, das da'–Starautor Heinz Brandt dieses Geschäft. Anstatt die Profitgier der Energiekonzerne anzugreifen, hatte der pensionierte Gewerkschaftsfunktionär nichts besseres zu tun als die Gewerkschaften zu beschimpfen: ‚Unter Atomfilz (Wortspiel des Redners zu Atompilz, F.H.) verstehe ich den reichbezahlten Gewerkschaftsbürokraten...' "

Bisher war aus dieser Ecke lediglich zu hören, man sei zwar gegen die Atomkraftwerke hier, die Kernenergie in der Hand des sowjetischen und deutsch-demokratischen Volkes aber sei weniger radioaktiv. Nun beteiligt man sich offen am Kesseltreiben gegen hiesige AKW-Gegner. Auch hier also eine neue Qualität?

Vielleicht sind auch dabei alte Rechnungen im Spiel, für deren Begleichung sich der MSB-Spartakus funktionalisieren läßt. Der Republikflüchtling Heinz Brandt gehört heute zu den schärfsten Kritikern der östlichen Bürokratie, die ihn einst entführen ließ und in Bautzen inhaftierte.

Das Ganze ist ein sagenhafter Vorgang!

Comic: Alfred v. Meysenbug

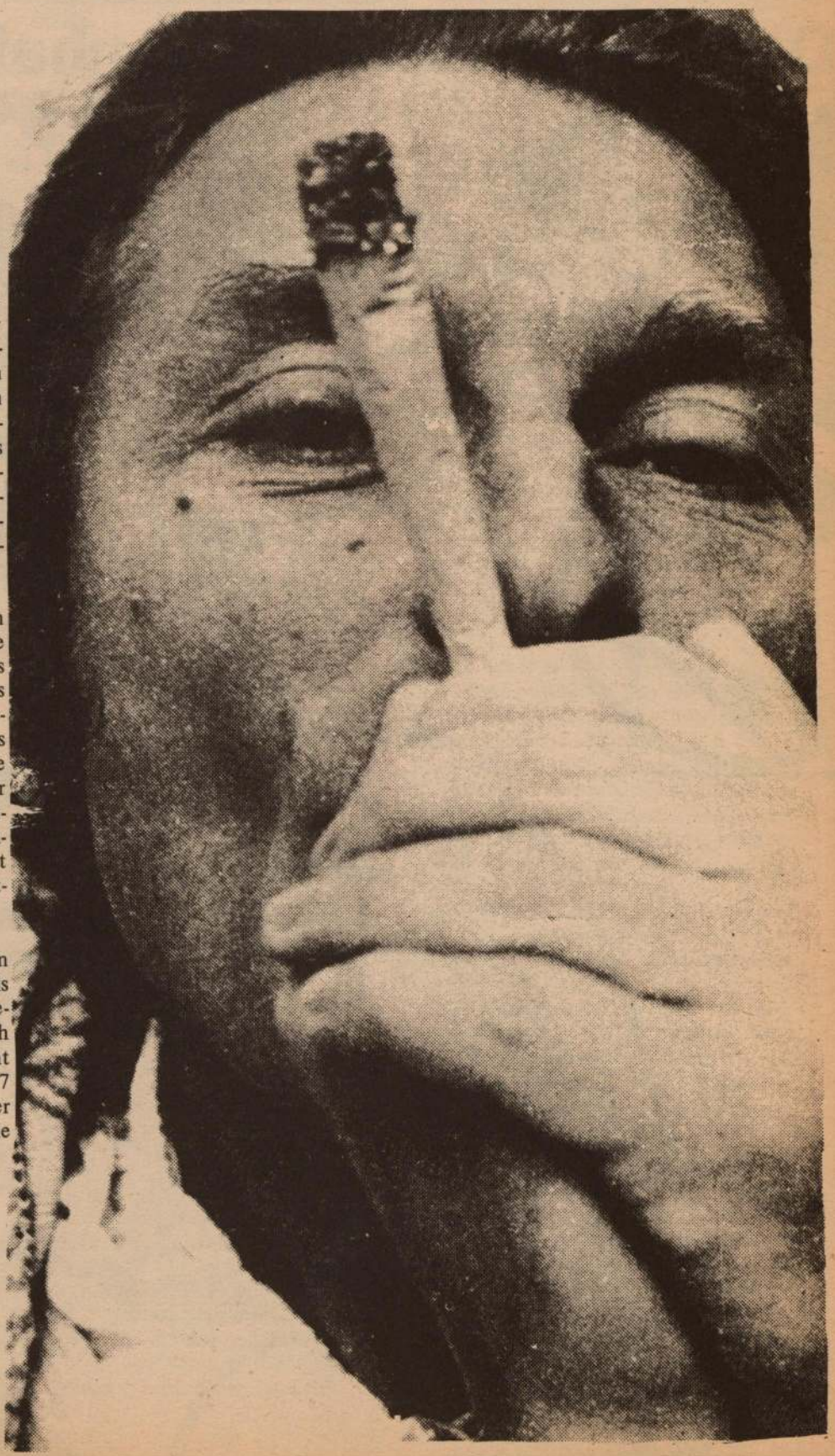
WER NICHT SPURT, FLIEGT RAUS!

Der andere Helfeshelfer in der Kampagne ist der Atomfilz Hans Schwalbach, der gegen Heinz Brandt Strafanzeige stellte, obwohl dieser ihn mit keinem Wort in seiner Rede erwähnt hatte. Man könnte sich über die Anzeige beinahe freuen, weil sich ein Atomfilz dadurch selbst kenntlich gemacht hat und Heinz Brandt, der nach den seltsamen Verfahrensregeln eines Gewerkschaftsausschlußverfahrens sich zur Zeit nicht zu seinem Fall äußern darf, nun Gelegenheit hat, im Zusammenhang mit dieser Anzeige den gewerkschaftlichen Maulkorberlaß zu umgehen. Die Freude aber ist getrübt, wenn man hört, was die Anwälte des Herrn Schwalbach über den aktiven Antifaschisten Heinz Brandt zu bemerken haben:
Er versuche den Eindruck zu erwecken, er würde wieder einmal grundlos verfolgt, „wie es früher geschehen sein mag".
Was meinen die Herren Anwälte damit? Den KZ-Aufenthalt von Heinz Brandt bei den Nazis, die Haft in Bautzen? Anläßlich seiner Entführung durch den DDR-Staatssicherheitsdienst hatte dieser die ungeheuerlichsten Lügen über Heinz Brandt in Umlauf gebracht. Da war die Rede vom CIA-Agenten Heinz Brandt, gar vom Doppelagenten, der sich wohl zu Unrecht als Opfer fühle. Der Atomfilz versucht offenbar an die Tradition der alten Schmutzkampagne gegen einen unbequemen Kritiker jeder Form von Ausbeutung, Korruption und Bürokratie anzuknüpfen.

Man wird verhindern müssen, daß so vom Kern des Konflikts auf die übelste Weise in der Öffentlichkeit abgelenkt wird. Es geht nicht um die Person Heinz Brandt, es geht um die Komplizenschaft der Gewerkschaftsbürokratie am Mechanismus der Kapitalakkumulation, der für die Unterdrückten statt Emanzipation nur höchstens materielle Gratifikationen bereithält und langsam aber sicher die Naturbasis dieser Emanzipation zerstört. Es geht um die Unterdrückung innergewerkschaftlicher Kritik an dieser Komplizenschaft.

* Zumal ja – wie im Falle des zweiten AKW in Philipsburg – „der Nachweis einer hinreichenden Vorsorge für die Beseitigung von Brennelementen auch durch einen Vertrag mit dem Ausland erbracht werden kann" (So die F.A.Z. vom 8.6.77 über die unterlaufende Veränderung der bisherigen Entsorgungsstrategie durch die Bundesregierung.) Red.

Jens Huhn



MINISTER POSSER INFORMIERT

Nordrhein-Westfalen
Pressemitteilung
Düsseldorf, 31. Mai 77/11.00

Justizminister Dr. Diether Posser zum „Fall Zahl"

Das Justizministerium teilt mit:

Der Strafgefangene Peter-Paul Zahl wäre gewiss kein „Fall", über den eine Presseerklärung abzugeben sich lohnen würde,

und die vorliegende Presseerklärung des Dr. Diether Posser keinen Kommentar wert, wenn sie nicht doch am 31. Mai 1977 um 11 Uhr abgegeben worden wäre, weil nämlich der Fall

von Gesinnungsfreunden

was ja kein Wunder ist,

aber auch von allzu leichtgläubigen Demokraten dazu gemacht worden (war).

So wurde der Unfall also doch zu einem Fall und die namentlich nicht genannten Unterzeichner eines offenen Briefes an Minister Posser werden sich fragen, ob sie zu den Gesinnungsfreunden oder den leichtgläubigen Demokraten gehören, wobei letztere offenbar allzu leicht den Glauben an die Justiz verloren haben, weil sie Wesen und Erscheinung nicht auseinanderhalten können.

Manchem mag es scheinen, als werde er von der Justiz schlecht behandelt - man liest sogar von Folter!

Was nun wirklich unerhört ist, wenn nicht gar verboten. Die ganze Angelegenheit wird aber noch zusätzlich dadurch kompliziert, daß nicht nur bei der Justiz, sondern auch bei Peter-Paul Zahl Wesen und Erscheinung erheblich auseinanderklaffen.

Einige sehen in ihm vielleicht einen engagierten Kämpfer für die Freiheit. Tatsächlich ist Zahl ein gefährlicher Gewaltverbrecher, der als Strafgefangener seinen Kampf gegen die von ihm so gehasste Gesellschaftsordnung mit anderen Mitteln fortsetzt, namentlich mit Lüge und Intrige, mit Hetze und Aufforderung zum Widerstand.

Womit grundsätzlich alles gesagt ist. Trotzdem

erscheint es angebracht,

was wiederum die Frage aufwirft, ob es in Wirklichkeit gar nicht angebracht ist. Jedenfalls

einiges über Peter Paul Zahl, seine Taten und seine Haftbedingungen zu sagen.

Was seine Persönlichkeit und seine Straftaten betrifft, so sollte man sich an die gesicherten Erkenntnisse der Strafverfolgungsbehörden und namentlich an die Feststellungen in dem vom Bundesgerichtshof bestätigten Urteil des Schwurgerichts in Düsseldorf vom 12.März 1976 halten und nicht an die von Zahl und seinen Freunden verbreiteten falschen Versionen, die leider gelegentlich ungeprüft übernommen werden.

Da von *Zahls Freunden* in einer umfangreichen Dokumentation sowohl das erste wie das zweite Urteil samt ihren Begründungen verbreitet werden, ist davon auszugehen, daß die Justiz an dem falschen Schein, den sie erweckt zumindest nicht unbeteiligt ist. Dr. Posser sollte eiligst die wirklichen Urteile und ihre wirklichen Begründungen vorlegen.

Zum Prinzip des Rechtsstaates gehört es nicht nur, einen Angeklagten bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig zu behandeln, sondern ein rechtskräftiges Urteil zu respektieren.

Da spätestens seit Stammheim jeder weiß, wie es um das erste der beiden Prinzipien bestellt ist, kommt es auf die Qualität von Verurteilungen auch nicht mehr so sehr an. Hauptsache sie sind - wie die 15 Jahre für Zahl - recht kräftig.

Peter Paul Zahl betrieb in Berlin unter dem Namen und mit den Mitteln seiner (inzwischen von ihm geschiedenen) Ehefrau eine Druckerei, in der Druckschriften und Plakate hergestellt wurden, die teilweise zu offenem Kampf gegen den Staat aufriefen.

Damit soll deutlich werden, um was für ein Früchtchen es sich handelt. Lügt, hetzt, intrigiert, wie wir schon wissen und hat seine Frau schamlos ausgenutzt, um zum offenen Kampf aufzurufen. Kein Wunder, daß sie sich scheiden ließ. Allerdings könnte den allzu leichtgläubigen Demokraten inzwischen bekannt sein, mit welchen Mitteln die Berliner Polizei gegen Zahls Druckerei und seine schwangere Frau vorging, die infolge des als Terror erlebten Agierens der Staatsgewalt in die Nervenklinik kam.

Im Laufe des Jahres 1971 verließ er Frau und Kinder und ging in den Untergrund.

Aus welchem er am 17. April 1972 vor dem Landgericht Berlin wieder auftauchte, um sich zu sechs Monaten mit Be-

währung verurteilen zu lassen, weil er ein Plakat mit den Namen von Befreiungsbewegungen gedruckt hatte. Aber das hatten wir schon beim Urteil, welches rechtskräftig ist. Genauso wie die von Posser zitierte Passage aus der Urteilsbegründung, in der von Zahls tiefgreifendem Haß auf „unser" Staatswesen die Rede ist, genauso wie die amtliche Version über die Schießerei. Was den bis dahin dokumentierten und kommentierten Fall Zahl angeht, hat die Presseerklärung Possers nichts Neues zu bieten. Der Minister scheint allerdings, da er der Kritik der Gesinnungsfreunde und leichtgläubigen Demokraten nichts entgegenzusetzen hat, als das bereits Kritisierte, von der genauen Kenntnis des Falls so weit entfernt, daß er ihn folgerichtig nicht für einen solchen hält.

Bis zum 29. April saß Peter Paul Zahl in der Justizvollzugsanstalt Werl ein. Dort kam es im Verlaufe des Monats April zu einer bedrohlich erscheinenden Situation: Am 24. April erschien vor der Justizvollzugsanstalt Werl in 13 Personenwagen und einem Lastkraftwagen eine Gruppe von Demonstranten mit Fahnen und Spruchbändern, unter anderem mit dem Text: „Reißt die Mauern ein! Holt die Menschen raus!" Und: „Weg mit der Sonderstation B 1 !"

Der an Erscheinendem reichen Presseerklärung wird hier ein weiteres hinzugefügt. Doch unterläuft dem Minister hier wider Willen, daß mit dem Erscheinen einer Demonstrantengruppe auch ein Stück Wahrheit ans Licht kommt: Da auf den Mauern der Justizvollzugsanstalten in aller Regel nicht zu lesen steht, was hinter ihnen vorgeht, begründen ein paar Demonstranten mit Transparenten natürlich eine „gefährliche Situation".

Diese „Sonderstation B 1" kehrt auf einem Plakat wieder, das Geschäftsleuten in Werl und Journalisten zugesandt wurde. Darin wird behauptet, die „psychiatrische Abteilung des Zuchthauses Werl" diene als Isolier- und Strafstation für Querulanten, Fluchtverdächtige und Geisteskranke, die nur deshalb nicht in ein Landeskrankenhaus verlegt würden, um Geld zu sparen. Die dort untergebrachten Gefangenen würden „abgespritzt", aus gesunden Menschen würden Wracks, aus Leichtgestörten Wahnsinnige

gemacht; an einem türkischen Gefangenen werde die Langzeitwirkung eines Mittels erprobt. Um die Abschaffung dieser „Isolier- und Strafstation" zu erzwingen, würden über 50 Gefangene vom 1. bis 3. Mai in den Hungerstreik treten. Unter den Streikbereiten war auch Zahl genannt. Innerhalb der Anstalt kursierte ein Aufruf zum Hungerstreik mit denselben Namen.

Abgesehen davon, daß der Herr Minister vergißt, wenn er von denselben Namen redet, dieselben vorher zu nennen, sind das ja wohl keine Vorwürfe, die der Justizminister eines demokratischen Bundeslandes so einfach übergehen dürfte. Immerhin hatten ihn zuvor schon Abgeordnete des Landtags in einem Bericht darauf hingewiesen, daß die Anstaltsleitung in Werl „mit äußerster Härte" durchgreife und sieben Arrestzellen beim Besuch der Parlamentarier mit Gefangenen belegt gewesen seien. Doch zunächst ist, wie immer in heiklen Situationen, erst mal Gefahr im Verzuge.

Als Ende April konkrete Anhaltspunkte dafür auftauchten, daß der Hungerstreik nur der Ablenkung von einem Gefangenenaufstand und einer beabsichtigten Entführung eines Anstaltsbediensteten dienen sollte, mußte sofort eingegriffen werden. Zwölf Gefangene, darunter Zahl, wurden in andere Anstalten verlegt. Von der Staatsanwaltschaft Arnsberg ist wegen des Verdachts der Beteiligung an der Geiselnahme ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Das die bekannte Eigenschaft eines Volkswagens hat. Es läuft und läuft und läuft; und aus der Presseerklärung entnehmen wir nicht einmal genau, gegen wen. Immerhin ist auch dem Herrn Minister Posser aufgefallen, daß das sofortige Eingreifen nicht nur die mutmaßliche Geiselnahme, sondern auch den tatsächlich beabsichtigten Hungerstreik verhinderte.

Zu dem geplanten Hungerstreik in der Justizvollzugsanstalt Werl kam es nicht. Lediglich sieben Gefangene verweigerten vorübergehend die Nahrungsaufnahme, drei davon nahmen bereits am selben Tag das Mittagessen wieder ein; die übrigen geben den Streik in den nächsten Tagen wieder auf.

Dem Zynismus dieses *lediglich sieben* fehlt zur vollständigen Abrundung eigentlich nur noch das Wort *freiwillig* vor *aufgeben*; aber das scheint selbst dem Justizminister des Guten zuviel.

GAULOISES ist Klausurtrost

GL 630

Kennen Sie noch eine Lebenslage, in der Gauloises weiterhilft?

Es gibt 50,– DM Honorar bei Veröffentlichung und ein Präsent für die zehn originellsten Einsendungen. Ihre Antwort, die mit »Gauloises ist...« beginnt, auf einer Postkarte an **»Die Echten aus Frankreich«/J** schicken, Postfach 60 29 29, 2000 Hamburg 60. Teilnehmen können alle über 18, Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Gauloises Caporal: 19 mg Kondensat/1,2 mg Nikotin
Durchschnittswerte nach DIN 10240/42

Die Verhältnisse in der Abteilung B1 sind sorgfältig geprüft worden. Von den Vorwürfen ist nichts wahr. Es handelt sich nicht um eine psychiatrische Abteilung. Die Abteilung B 1, die ihren Namen daher hat, daß sie im Erdgeschoss des Flügels B liegt, ist eingerichtet worden, um verhaltensauffällige Gefangene intensiv ärztlich und psychologisch betreuen zu können. Alle Gefangenen, die in der Abteilung waren und sind, sind vorsorglich Fachärzten für Psychiatrie vorgestellt worden. Bei keinem ist eine Geisteskrankheit festgestellt worden. Zur Kennzeichnung der Vorwürfe mag es genügen, daß von den namentlich genannten in B 1 angeblich isolierten Gefangenen einer überhaupt nicht und einer einen einzigen Tag dort war.

Ach, Herr Posser. Es genügt wohl doch nicht. Abgesehen davon, daß wir immer noch nicht wissen, wer da namentlich genannt wird, also nichts überprüfen können, gesetzt aber auch, es wurde irrtümlich ein Gefangener genannt, der nicht in B 1 war, wir wundern uns doch. Denn man muß doch sehr leichtgläubig sein um zu schlukken, da da von einer Abteilung die Rede ist, in der Psychiater vorsorglich überprüfen, ob die, die dorthin kommen, geisteskrank sind oder nicht, wenn bei der bekannten finanziellen Ausstattung des Strafvollzuges hierzulande ausgerechnet in Werl eine intensive ärztliche und psychologische Betreueung stattfindet, in welchem Erdgeschoß auch immer.

Selbstverständlich wurden und werden keine Versuche mit Medikamenten angestellt. Psychopharmaka werden nur selten und auch dann nur kurze Zeit verabreicht. Bei dem namentlich erwähnten türkischen Gefangenen handelt es sich um einen Mann, der einen Landsmann ermordet hat und seine Abschiebung in die Türkei fürchtet.

Was das wohl heißen soll ? Die erste Information wird durch die zweite kommentiert. Soll der Türke abgeschoben werden? Hat er reale Angst oder Paranoia ? Oder ist die Information, daß er einen Landsmann umgebracht hat die Legitimation, daß er ausnahmsweise längere Zeit Psychopharmaka erhielt? Oder was ?

Seit dem 29. April 1977 ist Peter Paul Zahl in der Justizvollzugsanstalt Bochum untergebracht. Die Umstände seiner Verlegung veranlaßten die Anstaltsleitung zu Sicherungsmaßnahmen, insbesondere zum Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen. Das hat nichts mit einer „Strafaktion" zu tun, wie gelegentlich zu lesen war.

Sondern eben mit den Umständen.

Seine Behandlung in der Justizvollzugsanstalt Bochum wird von Zahl mit Foltermethoden gegen gefangene IRA-Mitglieder in Nordirland verglichen. Von hier aus kann nicht beurteilt werden, was in Nordirland geschieht. Allein die Behauptung, gefoltert zu werden, ist ungeheuerlich. Zahl befindet sich in der Justizvollzusanstalt Bochum in einem normalen Haftraum, der lediglich durch ein zweites Schloß gesichert ist. Er ist im Besitz seiner eigenen Bücher und eigener Manuskripte sowie seiner Schreibmaschine. Um die Durchführbarkeit von Revisionen zu gewährleisten, ist die Anzahl der Bücher in dem Haftraum auf 15 und der Umfang der Manuskripte auf 4 Aktenordner beschränkt. Zahl kann jedoch Bücher und Manuskripte, die sich bei seiner Habe befinden, jederzeit austauschen. Die Weiterleitung von eingehenden Druckschriften an ihn ist nur dann versagt worden, wenn es sich nicht um ordnungsgemäß mit Impressum versehene Presseerzeugnisse handelte. Zahl wird auch nicht einer Lärmberieselung ausgesetzt, um „ihn weich zu kochen". Richtig ist, daß sich in der Justizvollzugsanstalt Bochum ein Metallverarbeitungsbetrieb befindet. Der Arbeitslärm ist aber durchaus zumutbar und wird ständig kontrolliert. Zahl wird davon nicht mehr betroffen als andere Gefangene auch. Daß der Gesundheitszustand des Gefangenen Zahl vom Anstaltsarzt überwacht wird, ist selbstverständlich.

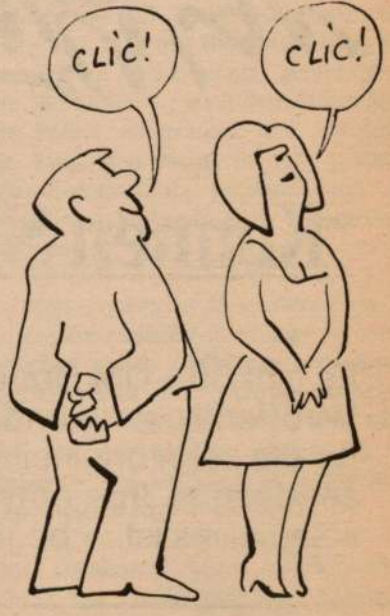
Fügen wir noch hinzu, daß der Haftraum, wie die Zelle hier genannt wird, in einem Kellertrakt liegt, der üblicherweise nicht belegt wird, daß den ganzen Tag deshalb Neonlicht brennt, daß besagte Fabrik direkt an diesen Trakt angrenzt und die Qualität der Behandlung Zahls eben erst zu beurteilen ist, wenn man diese Faktoren: Isolation, Neonlicht und Lärm zusammen nimmt, fügen wir weiter hinzu, daß Zahl zwar Schreibmaschine und Papier hat, aber zur Zeit keine Möglichkeit, die fertigen Manuskripte nach draußen zu befördern, fügen wir schließlich noch hinzu, daß die Anstaltsleitung in Bochum eine Woche lang einen Gerichtsbeschluß ignorierte, die Isolation Zahls aufzuheben, dann wird die Darstellung einigermaßen richtig,

Merke:

In § 2 Satz 2 des Strafvollzugsgesetzes heißt es: „Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten." Dies wird offenbar von manchen Kritikern übersehen.

Unsichtbar macht sich die Dummheit, indem sie sehr große Ausmaße annimmt.
Brecht

H. Oberländer



schmidt-schnauze 1957

nachdruck aus konkret 1962

Wandlungen? Neue Erkenntnisse? Niemals Ruhe geben? Wie war das damals? Waren die Argumente falsch? Konkret möchte dem Gedächtnis etwas nachhelfen. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend ein Interview, das Helmut Schmidt unserem Herausgeber Klaus Rainer Röhl vor fünf Jahren gegeben hat. Wir stimmten damals mit Herrn Schmidt sehr überein. Unsere Leser mögen beurteilen, ob seine Argumente auch heute noch gültig sind.

RÖHL: Nach dem Ergebnis der Aussprache und der Beschlussfassung im Parlament ist ja nun die außerparlamentarische Bewegung, die maßgeblich von der SPD mitgetragen wird, allein in der Lage, dem Willen des Volkes mehr oder weniger energisch Ausdruck zu verleihen. Sind Sie der Ansicht, daß diese Bewegung, die unmittelbar nach der Bundestagsdebatte spontan anschwoll, im Lebensinteresse der Nation liegt und daß man sie daher nicht nur aufrechterhalten, sondern noch verstärken muß?

SCHMIDT: Ja, ich glaube, das Wort Lebensinteresse ist ein absolut richtiger Ausdruck. Ich würde sagen, es handelt sich hier wahrscheinlich um die Frage der nackten Existenz. Das haben offensichtlich sehr, sehr viele Menschen in Deutschland auch begriffen.

RÖHL: Nun sind zum erstenmal auch zwei Stichworte gefallen: Volksbefragung und Generalstreik. Halten Sie die Anwendung beider Kampfmittel für legitim?

SCHMIDT: Die Frage möchte ich uneingeschränkt mit Ja beantworten. Vor diesen beiden Begriffen aber sollte man vielleicht noch den Begriff des „nationalen Notstandes" erörtern, der hier eine große Rolle spielt und der am Anfang der weitergehenden Überlegungen stand. Manche Menschen wollen sich nicht so recht mit diesem Wort befreunden. Offensichtlich deshalb, weil die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik nicht gleichzeitig zu Leichen auf den deutschen Straßen und Plätzen geführt hat. Wenn draußen schon die Leichen herumliegen würden auf den Straßen, die eines Tages aus dieser Geschichte entstehen könnten . . .

RÖHL: Wie jene Manöverergebnisse gezeigt haben . . .

SCHMIDT: Ja, wie beispielsweise auf dem Papier schon in den Manövern carte blanche und lion noir deutlich wurde. dann würden wahrscheinlich sehr viel mehr Menschen bereit sein, zu sehen, daß wir hier am Beginn eines Notstandes stehen, der die Existenz unseres Volkes berührt . . .

Was nun den Generalstreik angeht, so gibt es da ein sehr markantes historisches Vorbild in Deutschland: den Kapp-Putsch. Zweifellos war das eine etwas andere Situation. Es handelte sich um den Versuch der illegalen Machtergreifung einer bestimmten politischen Gruppe, die durch nichts legitimiert war. Adenauer ist, leider, durch demokratische, verfassungsgerechte Wahlen samt seiner Mehrheit legitimiert. Die Situation ist also nicht gleich.

RÖHL: Aber eine gewisse Verbindung läßt sich doch wohl durch den Begriff des nationalen Notstandes herstellen? Ein Notstand, der eben einerseits erzeugt werden kann durch eine illegitime, zur Macht strebende Gruppe, wie beim Kapp-Putsch, andererseits durch eine zwar legitim zur Macht gekommene Regierung, die Maßnahmen trifft, welche einen solchen Notstand ebenfalls erzeugen . . .

SCHMIDT: Ja! Wobei man durchaus sagen darf, daß die Maßnahmen, die diese Regierung treffen will, in ihrer Konsequenz die Verfassungswirklichkeit völlig umstülpen können. Bei einem Streik, den ich in dieser Situation für legitim halte, wird es sich gleichfalls nicht um eine Sache handeln können, die man von oben organisiert oder die überhaupt irgendwer organisiert, sondern hier ist man darauf angewiesen, daß die Stimmung tatsächlich so erbittert ist, daß die Mehrheit bereit ist, zu diesem letzten Mittel zu greifen.

RÖHL: Könnte man also sagen, daß der Generalstreik auch nur ein demonstratives Mittel ist und sich im Rahmen der konsultativen Funktion (wie die Volksbefragung) hält, oder würden Sie einräumen, daß beim Generalstreik schon ein politisches Druckmittel angewendet wird? Weil ja bei einem Generalstreik, besonders wenn er über einen Tag hinausgeht, die Regierung nicht nur über die Volksmeinung informiert wird, sondern eine Situation herbeigeführt wird, bei der die Regierung in eine gewisse Zwangslage gerät . . .

SCHMIDT: Das ist der Sinn eines solchen Streiks. Ein Instrument der Konsultation ist ein Streik nicht mehr. Er ist eine sehr viel stärkere Keule, die ganz zweifellos darauf abzielt, die Regierung zu zwingen, etwas ganz Bestimmtes zu tun oder zu unterlassen.

RÖHL: Welches dieser beiden großen Kampfmittel halten Sie für das wirksamste, den Generalstreik oder die Volksbefragung, oder sind Sie für die Kombination beider Mittel?

SCHMIDT: Zunächst einmal würde ich absolut kein Mittel ausschließen. Das scheint mir ein wichtiger Grundsatz zu sein. Im übrigen machen wir den Versuch, zunächst mit der Volksbefragung durchzudringen, auf der Bundesebene. Die Regierung wird es auf der Bundesebene ablehnen. Wenn wir dann auf der Ebene einiger Länder durch Landesgesetz die Volksbefragung durchführen, so wird das zweifellos außerordentlich eindrucksvoll sein, das Ergebnis dieser Volksbefragung zu sehen. Das schließt aber gar nicht aus, daß man unabhängig davon oder paralell dazu oder anschließend, je nachdem, wie sich die politische Lage in bzug auf die Verwirklichung von Adenauers Beschlüssen

ickelt, zu weiter reichenden, stärke-
.. Maßnahmen kommt.

RÖHL: Nach den Erfahrungen der ungleich schwächeren Bewegungen, wie der Paulskirchenaktion und der Bewegung gegen die Wehrpflicht, kann man sagen, daß nach einem gewissen Abebben der Aktionen regelmäßig eine propagandistische Gegenaktion der Bundesregierung und der ihr nahestehenden Kreise angelaufen ist. Muß man nicht eine solche Gegenaktion jetzt schon ins Auge fassen?

SCHMIDT: Es ist eine bewährte Taktik Adenauers, die Tatsache, daß sich in vielerlei politischen Situationen die SED und die Kommunisten Westdeutschlands an die Rockschöße der Opposition gehängt haben, zur Diffamierung der Opposition auszunutzen. Das wird auch in Zukunft so sein, damit wird man rechnen müßen. Wer davor Angst hat, der hat zweifellos nicht genug Kraft für die ganze Auseinandersetzung! Im übrigen, glaube ich, wird man mit großem Erfolg den Menschen vor Augen führen können, daß die Opposition gegen die atomare Bewaffnung in einer Front steht mit so hervorragenden Führern der Menschheit wie Albert Schweitzer oder Pandit Nehru, in einer Front steht mit über 9000 Wissenschaftlern aus 40 Ländern der Welt, die durch ihre Unterschrift bezeugten, daß sie die atomare Bewaffnung für einen Wahnsinn ansehen, in einer Front steht mit über 40 Millionen Japanern, die sich durch ihre persönliche Unterschrift eingesetzt haben gegen die atomare Bewaffnung. Wir stehen hier in einer Front mit hervorragenden und umfassenden Gruppen von Menschen, so daß es uns wirklich nicht zu stören braucht, wenn Herr Ulbricht oder Herr Grotewohl auch noch versucht, sich uns an die Rockschöße zu hängen. Wer davor Angst hat, soll lieber die Finger von der Politik lassen.

RÖHL: Der Wahlkampf wurde von der CDU hauptsächlich unter der Devise: Christentum oder Bolschewismus, wirtschaftlicher Wohlstand oder kommunistische Mißwirtschaft geführt und gewonnen. Muß man nun nicht zu dem Schluß kommen, daß die SPD und alle Kräfte, die die Aktion gegen den Atomtod sonst noch tragen und verstärken sollen, vielleicht die Aufgabe hätten, einmal offensiv den Antibolschewismus als Zweckpropaganda zu entlarven und ihm entgegenzutreten?

SCHMIDT: Ja. Da aber die antibolschewistischen Ressentiments zweifellos vorhanden sind, ist es nicht ganz leicht, den Antibolschewismus, soweit er als Ideologie in Deutschland auftritt, als Ideologie und als Weltanschauung zu entlarven, als ein Instrument, das dazu da ist, das politische Denken auszuschalten und zu überwälzen durch gefühlsmäßige Assoziationen.

Kursbuch 48: Zehn Jahre danach

Klaus Hartung, Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen/Jürgen Seifert, Von den Notstandsgesetzen zum vorverlegten Notstand/Otto Kallscheuer, Das „System des Marxismus" ist ein Phantom. Argumente für den theoretischen Pluralismus der Linken/Horst Mahler, Ausbruch aus einem Mißverständnis/J. A. Schülein, Von der Studentenrevolte zur Tendenzwende oder der Rückzug ins Private/Oskar Negt, Rudi Dutschke, Die Linke und die Macht. Ein Interview/OSI-Kollektiv, Was lange gärt, wird endlich Wut/H. J. Benedict, Bürger, Linke und Gewalt/Thomas Kuby, Chr. Marzahn, Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen/
192 Seiten, DM 8,– (im Abo 6,–)

Die Linke im Rechtsstaat

Band 1:
Bedingungen sozialistischer Politik 1945 - 1965

Bernhard Blanke, Die Linke im Rechtsstaat BRD/Ute Schmidt, Tilman Fichter, Arbeiterklasse und Parteiensystem/Wilfried Gottschalch, Veränderungen der Sozialstruktur und Interessenbewußtsein im CDU-Staat/Monika Fuhrke, Sozialpolitik als Integrationspolitik/Rudi Schmiede, Das deutsche „Wirtschaftswunder" 1945 - 1965/Reinhard Krusche, Dagmar Pfeiffer, Probleme der Gewerkschaftspolitik 1945 - 1965/Wolf-Dieter Narr, Der Weg zum Volksparteien-Staat der christdemokratischen Grundordnung/Joachim Perels, Das Bundesverfassungsgericht in der Ära Adenauer/Dietrich Staritz, KPD und Kalter Krieg bis 1950/Alexander von Brünneck, Politik und Verfolgung der KPD seit 1948/Jürgen Seifert, Linke in der SPD (1945-1968)
Rotbuch 145
272 Seiten, DM 12,– (im Abo 11,–)

Rotbuch Verlag

1 Berlin 30 Potsdamer Straße 98

Frage und Aufruf

„Pessimismus des Intellekts
Optimismus des Willens"
Gramsci

Kein Geld
sagen sie
wir fragen
für wen

Grau sind die Wände jeden Tag neu
zerstört sind Geschichte und
Nachrichten von uns für uns
abgerissen die Zeichen von Leben
zertreten was eben sich erhebt
Zunehmend die Zahl derer
die dafür bezahlt werden
und schützen uns denunzierend
die sie bezahlen

Keine Möglichkeit
sagen sie
wir fragen
warum

So viele Räume
so viele Leute
und jeder nur für sich alleine?

So viel Zeit
Spaß
Fantasie

Alles ungenützt und
abgestorben in der klinischen
Sauberkeit
geplant an den Reißbrettern
hochspezialisierter Kretins ihrer
Zünfte
Wir sollen denen ähnlich werden
leblose Marionetten
stumpfsinnige Vollzugsorgane
der Gesichtsausdruck eines
Staatsdeppen
der vor Blödheit schreit
gibt man ihm nicht Keulen und
Spitzel zur Beruhigung

Kein Bedarf
sagen sie
wir fragen
nach wem

So viel weniger Stunden
sinnloser Arbeit müssten wir
vergeuden
so viel besser Kopf und Bauch
Verstand und Gefühl
Notwendiges und Mögliches
lernend aufheben

die Sonne wäre nicht mehr nur
krankgelbe Andeutung
am grauen Himmel
und das Geld nicht das dritte in jeder
Runde
wo zwei sich treffen – oder alle
Aber
die ihr, totgeboren
euch bereitstellt
die notwendige Dreckarbeit
zu tun
zynisch Dummheit
mit Bürokratenschläue
gepaart
ärmlich
und es kommt uns hoch
wenn wir euren Atem
streifen
Für euch:
kein Geld
keine Möglichkeiten
kein Bedarf

Schafft sie ab

Th.

Otto Schily

PLÄDOYER

Das, was ich hier heute abend zu sagen habe, das sage ich als Verteidiger eines Mitglieds der Roten Armee Fraktion und das bedeutet nicht, daß ich etwa ein Parteigänger der Politik dieser Roten Armee Fraktion bin.

Zugleich heißt das aber auch, daß ich mich keinem aber auch gar keinem der von hohen Funktionsträgern im Staatsapparat der Bundesrepublik ausgegebenen Denk- und Redeverboten unterwerfen werde.

Es scheint mir notwendig, weil das die aktuelle und wichtigste Frage ist, was die Gefangenen in Stuttgart angeht, daß ich etwas sage, zu der Frage der Haftbedingungen.

Jede Verteidigung wird sinnlos, wenn sie nicht das Leben der anvertrauten Gefangenen zu retten imstande ist. Und die Verteidigung, die auf sich alleingestellt ist, ist in der Tat ohnmächtig. Wir haben das über Jahre erfahren müssen, daß etwa die Ausschöpfung rechtlicher Prozeduren kaum einen Erfolg bringen kann. Und die Situation hat sich wirklich in den letzten Stunden dramatisch zugespitzt. Die Verantwortlichen stellen die Gefangenen vor eine makabre Alternative: nämlich entweder infolge des Hungerstreiks zu sterben, oder infolge einer lebensgefährlichen Maßnahme – bei Grudrun Ensslin ist das ärztlicherseits ausdrücklich bestätigt worden, und zwar nicht von irgendeinem, den man als Sympathisant verdächtigen könnte, sondern von einem neutralen, vom Gericht ausgewählten Gutachter – einer lebensgefährlichen Maßnahme, nämlich der Zwangsernährung. Nun hat dieser Gutachter ausdrücklich bestätigt und gesagt, wenn das angewendet wird, ist das mit hoher Lebensgefahr verbunden. Dann ist die dritte Möglichkeit, der einzige Ausweg, der ebenfalls von den neutralen Gutachtern vorgeschlagen und dringend angeraten wird, nämlich die Änderung der Haftbedingungen. Eine Forderung, die seit zwei Jahren auf dem Tisch des Gerichts und der übrigen Verantwortlichen liegt, die wird nicht erfüllt. Und das ist die Forderung, die sich darauf richtet, daß die Isolationshaft aufgehoben wird und die Gefangenen mit jeweils Gruppen von fünfzehn politischen Gefangenen zusammengelegt werden, eine doch sehr gemäßigte Forderung, doch eigentlich nicht so etwas, was nun den Staat ins Wanken bringen könnte, und man wundert sich über die Dreistigkeit, mit der in der Öffentlichkeit seitens der Verantwortlichen gegenüber einer solchen Forderung operiert wird.

Aber lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch noch etwas hinzufügen, wie sich die psychologische Situation vielleicht infolge des letzten Stadiums des Verfahrens verändert hat, und das scheint mir doch heute sehr bedeutsam, ein Kommentar in der Zeitung ‚Die Welt' vom heutigen Tage. Da wird also eine Art Resümee gezogen und da heißt es, wie gefährlich so ein Hungerstreik sei, es könnten Angeklagte durch Hungerstreik die Verhandlung stören und generell Unruhe verursachen – man fragt sich, wie das eigentlich funktionieren soll. Und der Vorschlag: Um die Gegenwehr auszuschalten, wäre an sedierende Mittel zu denken; sedierende Mittel, das sind Mittel, mit denen der Gefangene – wie man das in der Psychiatrie nennt – ruhig gestellt werden sollen, und das ist ja nun ein Eingriff, der anderswo immer so heftig kritisiert wird, nämlich medikamentöse Behandlung von politischen Gefangenen.

Hier tut sich die Tür schon einen Spalt auf dazu, und wir haben es ja erlebt, daß das, was in solchen Kommentaren, zunächst einmal in solchen Gazetten geschmiert wird, das wird später nach nicht allzu lan-

ger Zeit dann politische Wirklichkeit. Also ein Unterstreichen des Ernstes der Situation. Nun, soviel zu den Haftbedingungen.

Jetzt zu den Vorgängen in dem Prozeß: Ich glaube, ich kann darauf verzichten, Ihnen noch einmal alle Stationen des Verfahrens hier darzustellen, angefangen mit Ausschluß von Verteidigern, Vorenthaltung von Akten, Schaffung neuer Gesetze, Geheimakten, deren Geheimhaltung so gerechtfertigt wurde, daß deren Bekanntwerden den Bestand des Staates gefährden würde, die Aktenaffäre Mayer/Prinzing, die Abhöraffäre, das Vordringen von Geheimdiensten in die Sphäre des Gerichts usw. usf. – das ist, glaube ich, inzwischen allgemein so bekannt, daß es nicht notwendig ist, das noch einmal darzustellen. Aber wichtig ist, das System zu erkennen, und da darf ich vielleicht auf ein Zitat zurückgreifen des Bundesministers, der für Recht zuständig sein soll, der mit deutlicher Zielrichtung auf das Stammheimer Verfahren noch vor dem Urteil in den letzten Tagen erklärt hat, es gäbe in der Bundesrepublik keine politischen Prozesse, wer das bestreite, betreibe gezielte Begriffsverwirrung, die den Nährboden für Gewalt und Terror bereite. Zugleich hat

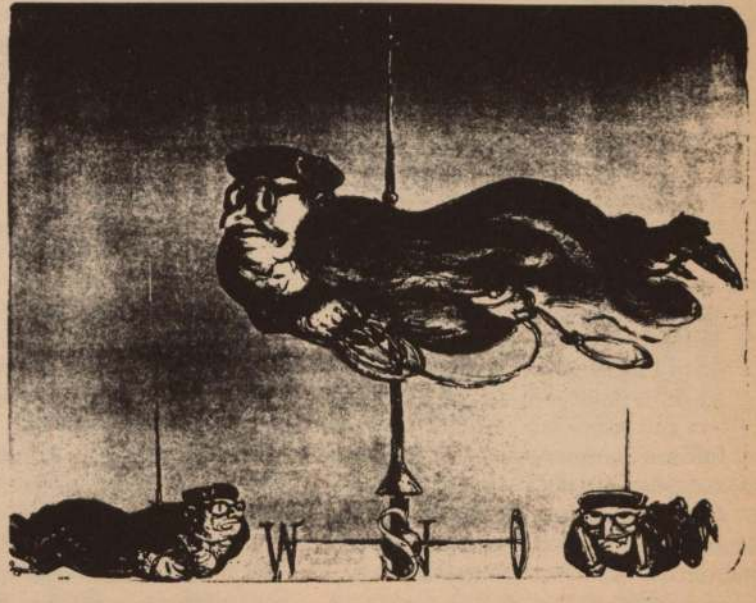
dann der Minister noch weiter ausgeführt, wer sich um Verständnis von Gewalttaten bemühe, müsse als Sympathisant von Terroristen moralisch isoliert werden. Lassen Sie mich im Vorgriff auf spätere Ausführungen sagen: Wo war dieser Herr eigentlich, als hier in der gesamten Bundesrepublik, von der gesamten kapitalistischen Presse um Verständnis für die Bombenangriffe auf Vietnam geworben wurde. Wo hat dieser Minister seine Stimme erhoben und hat gesagt, diese Leute müssen moralisch isoliert werden? Aber das ist keine einsame Parole dieses Ministers, das ist eine Parole, die sich überall wiederfindet, und die von vielen und von den Medien, den uns hier beherrschenden Medien, an vielen Stellen vervielfältigt wird. Aber, was heißt es eigentlich, wenn Verständnis bereits als eine moralische Untat bewertet wird, mit dem dem Terror Vorschub geleistet werde. Man sollte doch denken, daß Verständnis die allererste Voraussetzung, Verstehen, Verstehen ist doch die allererste Voraussetzung, um überhaupt ein Urteil sich zu bilden und man kann ja jetzt, nachdem das Urteil gesprochen ist, vielleicht auch denken, diese Richter, die dieses Urteil gesprochen haben, die haben sich einem solchen Verständnis auch verschlossen, wenn man den Gleichklang sieht. Der Minister sagt: Keinen politischen Prozeß gibt es in der Bundesrepublik, ja, da kann natürlich ein Richter nicht einen Tag später sagen, das ist ein politischer Prozeß. Da muß er sagen: die Politik bleibt vor der Tür. Wer Verständnis unterdrücken will, der erwartet kein neutrales Urteil, sondern er will jemanden verfemen, verfeinden, er will ihn zum Feind erklären und das hat sich wiederum vor dem Urteil darin ausgedrückt, daß der Bruder jenes Ministers, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz in einer Fernsehsendung, die im ZDF ausgestrahlt wurde, die Forderung aufgestellt hat: die Mörder müssen endlich verurteilt werden. Das sind nur Einzelpassagen, kleine Bruchstücke aus einer massiven, über Jahre dauernden Propaganda, die über uns hinweggegangen ist. Und das kann man aus dieser Propaganda lernen, daran kann man nämlich genau das Gegenteil lernen, was mit dieser Propaganda erreicht werden soll, daß eben das Stuttgart-Stammheimer Verfahren kein normales Verfahren gegen gewöhnliche Kriminelle war und ist, sondern nichts anderes als ein Instrument innerhalb eines groß angelegten Feldzuges psychologischer Kriegsführung, in dem die Gerichtsverhandlung nur eine Etappe, nur sozusagen ein Gefechtsfeld von vielen ist. Und die Zielrichtung ist ganz eindeutig auszumachen: die Mitglieder der Roten Armee Fraktion sollen als gewöhnliche Kriminelle ohne jeden politischen Anspruch dargestellt werden, der politisch-militärische Charakter der Auseinandersetzung zwischen dem Staatsapparat und der Roten Armee Fraktion soll geleugnet werden. Wir sind in der Richtung nicht etwa pessimistisch oder, sagen wir mal, in Resignation verfallen. Wenn so etwas vorgetragen wird, soll dieser Eindruck nicht entstehen. Ich bin der Meinung – ich glaube, da spreche ich für die gesamte Verteidigung – daß der Versuch dieser psychologischen Kriegsführung ein solches Ergebnis zu erreichen, gescheitert ist. Er mußte scheitern, weil sich die Behauptung von dem angeblich normalen Strafprozeß mit dem wahren Charakter der Auseinandersetzung zwangsläufig nicht in Übereinstimmung bringen läßt, da die Reaktionsweisen des Staatsapparates allein von der politisch-militärischen Zweckmäßigkeit bestimmt werden und das können Sie ja überall sehen, durchgängig durch den gesamten Verfahrensablauf müssen diese Maßnahmen notwendigerweise in Widerspruch zu der angeblichen Normalität geraten. Sie können das ja äußerlich schon an dem Prozeßgebäude sehen: dies ist eine Festung, eine militärische Festung, nach militärischen Gesichtspunkten konzipiert, und da wird es ja sinnlich anschaubar, daß die Justiz längst den Bereich der Normalität verlassen hat und in dieses Konzept eingemeindet worden ist. Man kann beobachten, daß da ein Generalkonzept vorliegt bei der politisch-militärischen Bekämpfung der Stadtguerilla in der Bundesrepublik und ich darf vielleicht dazu einige Beispiele nennen, die das erkennbar werden lassen. Ein erstes Beispiel: In Westberlin haben mehrfach Manöverübungen der dort stationierten US-Truppen gegen Terroristen stattgefunden. Und auch in der Bundesrepublik sind mehrfach solche militärischen Manöver unter Einsatz militärischer Verbände gegen Terroristen durchgeführt worden, unter anderem in der Schwäbischen Alb. Wir sind da weitgehend auf die öffentlichen Informationen angewiesen, daher daraus können Sie das schon ablesen, es mag sogar jenseits der öffentlichen Information noch sehr viel mehr in dieser Richtung stattgefunden haben, als wir wissen. Aber jeder, der das wenige, was ich Ihnen jetzt hier genannt habe, weiß, der muß sich doch die Frage stellen: Seit wann sind denn eigentlich militärische, seit wann werden militärische Verbände zur Bekämpfung gewöhnlicher Krimineller eingesetzt? Das zweite Beispiel: In der Bundesrepublik sind Spezialeinheiten innerhalb des Bundesgrenzschutzes aufgestellt worden, die nach einem spezifisch militärischen Konzept der Counter-Guerillakriegsführung ausgebildet, ausgerüstet und organisatorisch zusammengefaßt sind. Auch das wiederum muß man sich fragen: Seit wann gehört das in den Bereich der sogenannten gewöhnlichen Kriminalität? Ein

VERTEIDIGT
EURE
ANWÄLTE!
Reservistentag
Köln 28. Mai
Lohnfortzahlung!
Recht auf jederzeitige
Kündigung!
Abfahrt
Ort:
Zeit:

drittes Beispiel: Auf deutschem Boden sind entsprechende amerikanische Spezialeinheiten für die anti-subversive Kriegsführung stationiert. Also hier der deutliche Zusammenhang zwischen der Bundesrepublik und dem US-Militärapparat. Viertens: Das strategische und taktische Konzept für die Operation dieser militärischen Verbände ist von dem US-Verteidigungsministerium entwickelt und von dem Verteidigungsminister der Bundesrepublik, sowie später auch von anderen westeuropäischen Staaten übernommen worden. Und wer das nicht glauben will, der kann das nachlesen in einer Schrift, die ist im Jahre 1976 erschienen unter dem Titel: Politik durch Gewalt, Herausgeber Herr Tophoven, sogenannter Spezialist für Terrorismus und da können Sie das nachlesen, daß eben diese Konzeption ursprünglich aus dem US-Verteidigungsministerium stammt. Fünftens: Innerhalb der NATO wird diese anti-subversive Kriegsführung nach einem gemeinsamen Konzept koordiniert. Das ist bekanntgeworden aus einem Artikel der Frankfurter Rundschau, ich glaube aus dem Jahre 1975, wenn ich das richtig im Kopf habe, in der dieses Papier erwähnt wird. Sechstens: An der Bekämpfung der Roten Armee Franktion sind auch die Geheimdienste einschließlich des Bundesnachrichtendienstes und des CIA beteiligt. Daß der CIA daran beteiligt ist, das wissen wir aus verschiedenen Berichten, nicht zuletzt auch aus Gesprächen, mit ehemaligen Agenten des CIA, und daß der Bundesnachrichtendienst sich an der Bekämpfung beteiligt, das ist spätestens allen klargeworden aus der Abhöraffäre, in der das offiziell zugegeben worden ist. Und da wiederum darf man fragen, muß man fragen: Seit wann wird denn der Bundesnachrichtendienst zur Bekämpfung gewöhnlicher Kriminalität eingesetzt. Und siebtens, und das ist ein sehr wichtiger Punkt: Wesentlicher Bestandteil des taktischen und strategischen Konzepts des Anti-Guerillakampfes ist eine breit angelegte psychologische Kriegsführung .....

Ja, das internationale Institut für Conflict-Studies, von dem manche Leute meinen, es sei ein CIA-Institut, ich will das nicht behaupten, nachher krieg ich eine einstweilige Verfügung, ist zu teuer, aber dieser Bericht aus dem Jahre 1975 unter der Überschrift „Neue Dimension der Sicherheit in Europa", in dem heißt es unter Kapitel Nr. 6, Psychologische Kriegsführung: „Der Kampf gegen den Terrorismus ist primär ein Kampf um Bewußtsein".
Und als ein weiteres Beispiel, die Feindbeschreibung, auch wiederum in dem Buch von Tophoven „Politik durch Gewalt", obwohl's ja sowas gar nicht geben soll, wenn Sie mal manche Kommentare in den Zeitungen lesen, da heißt es ja immer Politik durch Gewalt, das gibts überhaupt gar nicht, also Politik hat mit Gewalt nie was zu tun. Es wird ja stets behauptet, wenn Gewalt und Politik sich verbinden, ist es immer gleich Kriminalität, ich komme darauf zurück.

Also das Feindbild in diesem Buch von dem Kommandeur des Spezialeinsatzkommandos GSG 9 des Bundesgrenzschutzes, Ulrich Wegener, und der schreibt in diesem Buch, (damit keine Mißverständnisse auftreten, das ist genau diese Spezialeinheit zur Bekämpfung der Stadtguerilla,) über den Feind, den er bekämpfen will: „Die Terroristentruppen waren auf ihren jeweiligen Auftrag vorbereitet, waren straff geführt, waren gut ausgerüstet und schwer bewaffnet, sie waren mit Masse paramilitärisch ausgebildet, Planung und Durchführung ihrer Aktionen erfolgten nach Grundsätzen und Methoden der Guerilla-Kriegsführung, eine politische Zielsetzung und ein ideologischer Hintergrund waren erkennbar, die meisten Aktionen waren dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf ihre besonderen politischen Probleme zu richten." Soweit die Feindbeschreibung. Und das unterscheidet sich doch ganz gewaltig von dem, was jetzt dem staunenden Publikum in Stammheim vorgemacht werden soll. Und die maßgeblichen Vertreter oder maßgeblichen Vertreter des Staatsapparates haben sich auch längst dazu bekannt, daß es sich um einen Krieg handelt, so etwa der Präsident des Bundeskriminalamtes, Dr. Herold, der auch gesagt hat, „Man kann das nicht auf die subjektive Ebene verlagern", hat er gesagt, „was wäre denn eigentlich, wenn wir uns Baader, Meinhof, Raspe, Ensslin wegdenken, wäre dann das Problem gelöst?" Da sagt er: „nein, mitnichten, das ist eine Widerspiegelung objektiver politischer, ökonomischer Gegebenheiten, das Auftreten des Terrorismus ist ein Ausdruck dieser Widersprüche im politisch-ökonomischen Bereich." Es ist auch interessant, was der Physiker und Philosoph Friedrich von Weizsäcker kürzlich zu dem Problem nach einem Bericht in der Frankfurter



Rundschau von heute gesagt hat: auf das Problem des Terrorismus eingehend erklärte dieser Friedensforscher: „Der Terror, den wir heute haben, wird nicht aufhören; die einzige mögliche Lösung sei, den Terror zu überwinden, indem man ihn überflüssig macht", „denn Terror sei ein Zeichen für ungelöste Menschheitsprobleme".

Ich glaube, es ist schon auch nützlich, um das, was psychologische Kriegsführung ist und was in der Tat in manchen Köpfen viel Unheil anrichtet, zu erkennen, einmal einige dieser Instrumente näher zu analysieren. Da ist zu erinnern, daß der Staatsapparat in einer widerlichen, infamen Kampagne nie aufgehört hat, der Öffentlichkeit weiszumachen, es sei eine ganze Reihe von Anschlägen auf das Konto der RAF zu schreiben. Dieses Konto, das wird eröffnet etwa mit Vergiftungen des Bodensees mit Nuklearbomben, mit Raketenanschlägen auf Fußballstadien, mit Giftgasdiebstählen, übrigens, der Giftgasdiebstahl, der ist besonders interessant, weil diese Nachricht, die kam genau, sehr gezielt mit einem glänzenden Timing vor dem Beginn der Hauptverhandlung in Stammheim. Es kam dann in den Schlagzeilen heraus, diese Nachricht: Giftgasdiebstahl aus Bundeswehrdepot in Munsterlager oder wo das war, und überall war Alarmstufe eins und es war die Feuerwehr unterwegs, ganze Kompanien vom BGS werden aufgestellt, und später ging die Nachricht wieder zurück, wurde immer kleiner und kleiner, irgendwann mal dann nach zwei Wochen, auf Seite vier oder fünf, da hieß es dann, „man weiß überhaupt nicht, ob Giftgas gestohlen worden ist". So funktioniert das.
Viel dramatischer und viel bedeutungsvoller ist die Tatsache, daß es Sprengstoffanschläge gibt, die wirklich stattgefunden haben, nämlich Sprengstoffanschläge, die besonders massenfeindlich sind, nämlich auf eine ganze Reihe von Hauptbahnhöfen in Großstädten der BRD 1974 in Bremen, 1975 in Hamburg, in Nürnberg. Was das Interessanteste ist, daß sofort, wenn so was bekannt wurde, ist es sofort die RAF; die RAF hat sich davon distanziert, aber das gibt's auch wieder nur in kleinen Zeilen. Die RAF wird dafür verantwortlich gemacht und nun schreiben wir heute das Jahr 1977 und niemand weiß, was aus den Ermittlungsverfahren geworden ist. Man möchte gerne wissen, was ist denn eigentlich ermittelt worden, was ist denn nun an den Behauptungen dran. Wir haben in den Verhandlungen in Stammheim den Versuch gemacht, das aufzudecken, wir haben Fragen gestellt in der Richtung, u.a. an den Präsidenten des BKA Herold, der von sich selbst sagt, er habe eine Art von Informationsmonopol, und die Frage scheiterte daran, daß Dr. Herold dafür keine Aussagegenehmigung erteilt wurde. Wer denkt, das ist eine Spekulation von irgendwelchen verrückten Verteidigern, den muß ich daran erinnern, daß es ja auch Konflikte ähnlicher Art anderswo gibt, und da können Sie, darf ich Sie verweisen auf einen Artikel in der Zeitung die „Times", was ich davon entnommen habe aus einer Ausgabe des „Spiegel" vor zwei Wochen und da berichtete die „Times" über sogenannte dirty tricks, schmutzige Tricks, der englischen Besatzungsarmee in Nordirland, die Sprengstoffanschläge selbst veranstaltet, um am nächsten Tag zu sagen, das war die IRA. Und wenn man weiß, daß hier bei Bekämpfung der RAF auch solche Dunkelmänner-Organisationen beteiligt sind, kriminelle Vereinigungen wie der CIA, kann man sich unschwer vorstellen, daß solche schmutzigen Tricks doch hier auch angewandt werden und dann kann man verstehen, warum keine Aussagegenehmigung erteilt wird. Denken Sie doch einmal an die Abhöraffäre, da hat man, um das zu rechtfertigen, mit einem sogenannten Notstand, ein Begriff, mit dem man nun schon seit Jahren hantiert, übrigens nicht die neue Erfindung der Minister Schiess und Bender, das muß man ganz ausdrücklich sagen, die können also die Urheberrechte da nicht einklagen, sondern das hat schon der Minister Maihofer im Jahre 1974 für sich reklamiert, als er in strafbarer Weise Prozeßunterlagen aus Stuttgart Stammheim in einer Broschüre unter die Leute gebracht hat. (Das ist ein Delikt, wenn man Prozeßunterlagen, bevor darüber in mündlicher Verhandlung gesprochen worden ist, im Wortlaut publiziert und da hieß es auch, es ist ein rechtfertigender Notstand gewesen.) Ja, und in dem Zusammenhang dieser Abhörmaßnahmen, da hat man mit großem Getöse die Behauptung aufgestellt, es sei eine Kindesentführung, Geiselnahme auf Kinderspielplätzen geplant gewesen aus den Zellen mit Hilfe der Anwälte, eine Gruselgeschichte, die natürlich den Menschen, die sowas hören, die Haare sträuben läßt. Und wie's dann an's Beweisen ging, da war nichts mehr, da hieß es zwar noch in irgendeiner dunklen Andeutung, es gäbe irgendein obskures Tonband, auf dem ein Gespräch von Ulrike Meinhof mit ihrem Anwalt aufgezeichnet sei auf dem sie die Möglichkeit einer Kindesentführung erwähnt habe, aber solche dunklen Andeutungen, die sind ja wohl nicht ausreichend, da muß man einmal das Tonband vorlegen und dann kann man erst sagen, was ist denn an solcher Behauptung dran. Ich behaupte: es ist eine glatte, eine ganz abgefeimte und gezielte Lüge, die unter's Volk gebracht werden soll und es ist bezeichnend, daß man dann, als es an das Beweisen ging, die Vorlage des Tonbandes abgelehnt hat.

Wenn wir das Fazit ziehen von zwei Jahren Stuttgart-Stammheim-Verhandlung und das ist ja nicht der Zeitraum, der allein interessant ist, sondern fünf Jahre Strafverfahren, dann kann man das nur so zusammenfassen, daß man sagt, von der rechtsstaatlichen Fassade ist aber auch nicht nur ein kleines Bruchstück übriggeblieben und das ist der Grund, daß das Triumphgeschrei, was man eigentlich hätte erwarten können, doch sehr zaghaft ausgefallen. Wenn ich mir die Zeitungen angucke, natürlich, es werden jetzt in der Presse Lobeshymnen angestimmt, „gerechtes Urteil", „Die Rechtsstaatlichkeit hat

sich bewährt", und ähnliches, aber es klingt doch recht zaghaft, wenn man mal zwischen den Zeilen zu lesen versteht, abgesehen natürlich von Unverschämtheiten, die eine Zeitung, wie die Frankfurter Allgemeine verfaßt, wenn etwa in einem Artikel von Herrn Reissmüller, auch von heute, gesagt wird, „der Rechtsstaat hat den jetzt verurteilten Mitgliedern der RAF kein rechtliches Haar gekrümmt", das ist doch wohl ein Abgrund an Unverschämtheit, aber ich meine, man kann wirklich zur Tagesordnung übergehen, was man von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu halten hat, das wird vielleicht aus früheren Kommentaren deutlich, nämlich aus einem Kommentar vom 28.12.1972. Da beschäftigt sich die FAZ unter der Überschrift „Anklagen oder Diplomatie" mit der Erklärung des damaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme, der den Vietnamkrieg der US-Armee als Völkermord schließlich dann doch bezeichnet hat, und da sagt die FAZ dazu, das seien „seltsam peinliche Tiraden". Nun fühl ich mich sehr geschmeichelt, wenn die gleichen Blätter hinsichtlich der Schlußerklärung der Verteidiger vor zwei Tagen das gleiche Vokabular verwenden und auch von Tiraden sprechen.

Ich sagte eingangs schon, das Gericht war nicht eine neutrale Instanz, es sollte nur den Schein einer neutralen Instanz geschaffen werden und wenn man einen Gewährsmann braucht, sozusagen aus dem bürgerlichen Lager, dann darf ich vielleicht erwähnen eine Äußerung des früheren Generalbundesanwalts Güde, der in einem Artikel in der Zeitung „Die Zeit" vom 15.4.77 u.a. folgendes geäußert hat: „Das gesamte Verfahren gegen die Anarchisten leidet unter einer entscheidenden Unordnung, niemand, der aus einiger Entfernung beobachtet, kann mit Sicherheit erkennen, wer die maßgebende Verantwortung trägt, das Justizministerium, das Innenministerium, das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz oder gar Landesminister und Landesämter oder nicht doch der Generalbundesanwalt, den die Gerichtsverfassung, die Strafprozeßordnung zum verantwortlichen Herrn des Verfahrens machen." Soweit das Zitat von Herr Güde. Daran ist mehreres interessant, erst mal, ich weiß nicht, ob das in der Eile passiert ist, in der Aufzählung fehlt völlig das Gericht, das ist offenbar eine quantite negligeable, daß er den Geheimdienst vergessen hat, naja, das kann man als eine Verdrängung vielleicht ansehen, aber ein Irrtum ist natürlich in dieser Beurteilung, nämlich er meint, das sei alles das Ergebnis einer Planlosigkeit, das ist natürlich völlig falsch, das ist sehr planvoll, das massive Hineinwirken der staatlichen Exekutive in einen solchen Prozeß, wie's sich durch die ganze Prozeßdauer bemerkbar gemacht hat, durch Sondergesetze, durch Sondermaßnahmen, durch Beratungen im Kabinett, man hat den Prozeß ja sogar im Kabinett beraten, und wie's nachher schwierig wurde mit der Frage der Verhandlungsunfähigkeit, da hat auch vorher, bevor das Gericht seinen Beschluß gefaßt hat, diesen Beschluß auf den man gleich nochmal eingehen sollte, nämlich in Abwesenheit weiterzuverhandeln, da hat sich dann auch vorher der Bundesminister, der für das Recht zuständig sein soll, geäußert und hat gesagt, ja nun, wenn's nicht weitergeht, dann müßt ihr halt in Abwesenheit verurteilen, dafür haben wir ja doch einen neuen Paragraphen gemacht, den § 231 a der StPO und das ist dann doch die richtige Methode, die angewendet werden soll.
Also nicht ein Enklave war das Gericht, eine neutrale Enklave sondern nur ein Schein, der geschaffen werden soll, als Instrument einer psychologischen Kriegsführung, so wie man das nachlesen kann von einem Fachmann für Counter-Guerilla-Kriegsführung, dem britischen General Kitson, der gesagt hat, die Justiz hat die Aufgabe einer propagandistischen Verkleidung bei der Bekämpfung von Guerilla.

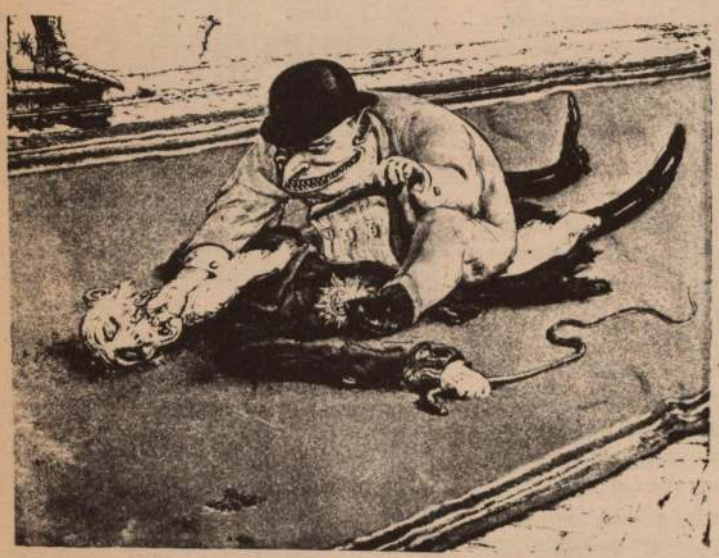
Und was war nun in einem solchen Prozeß die wichtigste Aufgabe? Abgesehen davon, daß man das natürlich irgednwie zu Ende bringen muß. Die wichtigste Aufgabe war zweifellos die, daß man sich gegen jegliche politisch-rechtliche Argumentation der Verteidigung im Bereich dieser Anklagevorwürfe verbarrikadiert, und das hat das Gericht perfekt getan, auch wiederum durch das Urteil. Man hat sich nicht darauf eingelassen, einmal zu diskutieren und die Beweise entgegenzunehmen, was war die Funktion der militärischen Einrichtungen in Frankfurt und in Heidelberg, die mit Sprengstoffanschlägen der Roten Armee Fraktion angegriffen worden sind. Wir hatten nicht nur ganz detailliert ausgearbeitete Beweisanträge angeboten mit vielem Material in dieser Richtung. Wir haben sogar Zeugen präsent gemacht, die eigentlich nur unter ganz besonderen Voraussetzungen vom Gericht zurückgewiesen werden dürfen. Auch da hat das Gericht von vornherein gesagt, das machen wir nicht, und hat diese gesamten Anträge nur mit dem lakonischen einen Satz beschieden: ein Nothilfe- oder Widerstandsrecht, das solche Anschläge rechtfertigt, bestand nicht. Das war die einzige Begründung, die wir da gehört haben. Nun muß man sich ja fragen, warum eigentlich, warum hat eigentlich ein Gericht das nötig, warum muß der Staatsapparat einer solchen politischen und rechtlichen Auseinandersetzung über Programm und Praxis einer Guerillafraktion, der RAF, ausweichen, warum kann er sich einer solchen Auseinandersetzung nicht stellen? Und das, ich glaube, das kann man so schlagwortartig sagen, das liegt daran, daß wir hier in der BRD zu beobachten haben einen rapide zunehmenden Legitimationszerfall der staatlichen Macht. Das ist das entscheidende STichwort. Wenn sie sich einmal angucken, heute, was überall sich ereignet, was die Tagesdiskussion beherrscht, da ist viel von Korruption die Rede. Aber das ist ja eigentlich nur die Oberfläche, die nun allmählich ins Feuer gerät. So muß man das vielleicht ausdrücken. Viel tiefer liegt doch die moralische Korruption, die moralische, politische Korruption, die geht viel weiter zurück. Und die geht schon auf den Zeitpunkt zurück, in dem es bei der Gründung der BRD nicht gelungen ist, zu einer radikalen Umkehr zu kommen, hier in Deutschland, sondern man eine Kontinuität aufgenommen hat, zum Staatsapparat des Dritten Reiches. Man hat sich nicht in der tradition des politischen Widerstands gegen das Dritte Reich weiterentwickelt, des Widerstands gegen den Faschismus. Darin liegt trotz aller scheinbaren Abgrenzungen, trotz aller scheinbaren Entnazifizierung, eigentlich der Geburtsfehler der BRD. Und sie können das, da müßten wir lange darüber reden, und ich will das heute abend jetzt nicht tun, aber ich will ein kleines, ein ganz winziges, aber sehr bedeutsames Symptom dafür erwähnen. Es ist in der gesamten Justizgeschichte der BRD nicht ein einziger Richter, sogenannter Richter, aus dem Dritten Reich verurteilt worden – nicht ein einziger! Und nicht einmal jener Verbrecher, der an über 200 Todesurteilen des Volksgerichtshofes beteiligt war, der Richter Rehse, der katholische Geistliche, die sogenannte wehrkraftzersetzende Äußerungen gemacht haben sollen, hat hinrichten lassen. Und ich muß Ihnen sagen, für mich ist ein solcher Mensch, der kalt in irgendeinem Kittel ohne persönliches Risiko aus seinen staubigen Akten menschliches Leben vernichtet, das ist für mich wirklich die tiefste moralische Verkommenheit, die ich mir überhaupt vorstellen kann.

Und nun hören Sie einmal, was das freisprechende Urteil, mit dem dieser Richter Rehse freigesprochen wurde, was dort in der Begründung zu lesen ist. Ich zitiere:

„Jeder Staat, auch ein totalitärer, hat ein Recht auf Selbstbehauptung. Es kann ihm in Krisenzeiten kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er zu außergewöhnlichen und abschreckenden Mitteln greift."

Soweit das Zitat.
Das ist das Rechtsbewußtsein, das diese BRD bestimmt hat und bestimmt.

Nun haben wir ja immer wieder das Wort „Notstand" gehört. Ein juristischer Begriff. Wr lesen doch immer wieder in den Zeitungen - und lassen Sie mich das jetzt etwas zusammenhanglos sagen, vielleicht läßt sich der innere Zusammenhang einer solchen Ausführung dann erkennen - es wird doch immer wieder in den verschiedensten Publikationen gesagt, also wer politische Ziele mit Gewalt verfolgt, der ist ein Krimineller, das ist die Formel, die man verwendet. Und da ist es eben wichtig, wenn in dieser Auseinandersetzung versucht werden soll eine Abgrenzung zwischen Politik und Kriminalität, da ist es einmal wichtig zu untersuchen, welches Vokabular wird verwendet, welche juristischen Begriffe werden geltend gemacht. Und da eben dieser Begriff „Notstand". Strafbares, also illegales Verhalten von Ministern wird mit einem solchen Begriff „Notstand" gerechtfertigt. Und das ist für alle, die sich dann an der Diskussion innerhalb des Staatsapparates beteiligen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Und Gerüchte und Lügen, die in die Welt gesetzt werden, reichen aus, um einen angeblichen Notstand plausibel zu machen. Aber wieder demgegenüber, das Rehse-Urteil, in dem es darum ging, Widerstandsaktionen zu beurteilen im Dritten Reich, in dem es darum ging, ob



das illegal war, nach der damaligen sog. Rechtsordnung, oder ob nicht das Überschreiten der Legalität im Dritten Reich aus dem Gesichtspunkt des übergesetzlichen Notstands gerechtfertigt war. Da sagt ein Urteil eines Westberliner Gerichts, wir konnten nicht mit der notwendigen Sicherheit feststellen, ob während des Dritten Reiches für derartige Widerstandsaktionen ein übergesetzlicher Notstand vorhanden war. Und wieder jetzt - wieder ein Schritt zurück - wir haben gesagt, gut, wenn wir uns auf die Begriffe einlassen sollen, die der Staatsapparat im Stammheimer Verfahren verwenden will, gut, wir sind auch dazu bereit. Wir wollen nicht nur politisch argumentieren, wir argumentieren rechtlich, aus dem Völkerrecht, meinethalben sogar mit strafrechtlichen Begriffen. Da haben wir gesagt, dann wollen wir mal prüfen: Waren diese Aktionen gegen Frankfurt, Heidelberg, nicht aus dem Gesichtspunkt der Nothilfe gerechtfertigt? Da hätte man natürlich als erstes einemal prüfen müssen: Gab es einen Notstand? Und dann hätte sich allerdings erst einmal das Augenmerk darauf richten müssen: Was passierte denn in Vietnam? Und da haben wir eben die Behauptung aufgestellt: Da passiert ein Völkermord! Und wir haben die Behauptung aufgestellt, dieser Völkermord, der passiert mit aktiver Unterstützung der BRD, ich sage nicht der BRD, nein, des Staatsapparates der BRD!

Und der passiert mit Unterstützung der Militärmaschine der Amerikaner in der BRD! Und wer das nicht glaubt, der soll doch mal die Tatsachen zur Kenntnis nehmen! Bitte, nehmen Sie die Tatsachen zur Kenntnis, ich kann Ihnen vorlesen aus der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde".

Da steht:

„Die US-Landstreitkräfte in Europa erholen sich schnell von den negativen Auswirkungen ihrer Verwendung als Ersatzbasis für Vietnam."

Das ist eindeutig! Die Bundesrepublik war das logistische Glacis zur Steuerung der militärischen Einsätze in Vietnam. Und wir wissen es aus authentischer Quelle, aus Informationen der Ex-CIA-Agenten, die es uns eindeutig anhand von Fakten bestätigt haben. Aber man hält sich da die Ohren zu! Und warum hält man sich die Ohren zu?! Weil man in diese Verbrechen verstrickt ist!

Aber, lassen Sie mich nochmals einen Schritt zurück machen. Wir sind immer noch bei dem Begriff „Notstand". In einem solchen Zusammenhang, Widerstand gegen den Völkermord in Vietnam, läßt man den Begriff „Notstand", „Nothilfe" nicht gelten. Aber in einem anderen Zusammenhang, da läßt man ihn sehr gern gelten, nämlich wenn es wiederum um die sogenannte jruistische Bewältigung von Untaten während des Dritten Reiches geht. Da brauchen Sie nur mal nachlesen, mit welcher juristischen Akrobatik man sich um den Befehlsnotstand gekümmert hat. Und wenn ein Gericht, das vor wenigen Stunden ein Urteil in einem politischen Prozess verkündet hat, es sei kein Institut für Rechts- .... für Zeitgeschichte, dann muß man wissen, daß man sich in solchen NS-Prozessen durchaus Zeitgeschichtler, um solche Dinge zu untersuchen, geleistet hat. Da war dann kein Aufwand zu schade, um die Behauptung eines Befehlsnotstandes zu prüfen. Das geht also in die Richtung: Wie werden juristische Begriffe verwendet, wann werden sie gar nicht erst zugelassen zur Argumentation vor Gericht und wann werden sie langwierig untersucht. Aber es geht auch um das Vokabular. Da will ich zwei Worte herausnehmen: „kriminell" und einen anderen, schlagwortartigen Ausdruck: „Terrorist". Und natürlich sind für alle, die sich an diesen Hetzkampagnen beteiligen, Mitglieder der RAF Kriminelle. Aber nun dürfen Sie mal hören, was ein Richter in einem NS-Prozess gesagt hat: Das war ein Prozess, der hier in Frankfurt stattgefunden hat, im Jahre 1973. In diesem Prozess erhielt der Polizeihauptkommissar Johannes Kuhr eine Freiheitsstrafe von 2 1/2 Jahren, weil er an Exekutionen in Pinks beteiligt war, wo russische Juden mit Peitschen in die Gruben getrieben und dort getötet wurden. Kranke erschoß man in Betten. Gegen Frauen und Kinder, die sich versteckt hatten, wurden Handgranaten eingesetzt. Und von diesem Angeklagten Kuhr sagte dann der Vorsitzende des Schwurgerichts in der Urteilsbegründung, ich zitiere:

„Keiner der Angeklagten ist kriminell und ohne das NS-Regime hätten sie niemals vor einem Schwurgericht gestanden. Sie handelten in Übereinstimmung mit ihrer Umwelt, nicht gegen sie und nicht einmal aus Kreisen der Justiz regte sich Einspruch."

So das Zitat. Und das ...

(Zwischenruf: Der Mann ist heute Vorsitzender der Staatsschutzkammer beim Landgericht Frankfurt!)

Das wäre ja eine schöne Tradition - schöne Kontinuität! Das ist eine ganz wichtige Definition: wenn sich Gewalt, mag sie noch so scheußlich, so unmenschlich sein, wenn sie im Interesse des Staates verläuft, wenn sie den Interessen des kapitalistischen Staatsapparats zur Geltung, zur Durchsetzung verhilft, dann

ist sie nicht kriminell! Denn er handelte ja in Übereinstimmung mit der Umwelt und nicht gegen sie! Aber wer gegen sie handelt, der ist ein Krimineller. Und deshalb darf z.B. auch heute noch nach einer Entscheidung eines bundesrepublikanischen Gerichts ein kommunistischer Widerstandskämpfer, nämlich Fiete Schulze, der gewaltsam gegen das Terrorregime im Dritten Reich gekämpft hat und dann mit dem Fallbeil hingerichtet wurde, der darf auch heute noch in der BRD als Mörder bezeichnet werden! Das sind die Symptome.

Aber gehen wir über zu einem anderen Wort: „Terrorismus" - „Terrorist". Dieses Wort hat eine sehr lange Tradition. Sie können nachlesen in einer Schrift von Bertrand Russel aus dem Jahre 1965 „Appell an das Gewissen Amerikas", wo er sagt, bereits die amerikanischen Freiheitskämpfer, die gegen koloniale Unterdrückung im amerikanischen Befreiungskrieg gekämpft haben, die hat man damals als Terroristen bezeichnet. Und Terroristen nennt man natürlich auch die Befreiungskämpfer im südlichen Afrika, in Rhodesien, in Südafrika, in Südwestafrika. Man nennt Terroristen und hier in der BRD nenn man sie so, die gegen Franco gekämpft haben, man nennt Terroristen und nannte Terroristen die Amerikaner, die sich gegen ihre eigene Regierung gestellt haben, um diesen mörderischen, verbrecherischen Krieg in Vietnam zu beenden, - Terroristen. Und sie können diese Liste verlängern! Immer wenn es um Befreiung vom Imperialismus geht, wird dieser Begriff verwendet in einer bestimmten propagandistischen Zielrichtung. Und das muß einem nun wiederum zu denken geben. Warum wird nun eigentlich auch auf Mitglieder der RAF dieser Begriff angewendet? Und was heißt es denn eigentlich, daß umgekehrt, wenn ein Herr Vorster hierher kommt, ein Herr Vorster, der es zu verantworten hat, daß auf den Strassen von Südafrika Hunderte von Kindern brutal niedergeschossen werden, in Gefängnissen verschmachten, zu Tausenden Kinder in Gefängnisse geworfen werden, der wird hier auf freundliche Einladung der BRD empfangen! Und da kommt niemand auf den Einfall zu sagen: das sei ein Terrorist! Und dieses Beispiel möge für viele stehen.

Die politische Szene in der BRD, und das ist das zweite Element, das neben diesem Geburtsfehler, den ich genannt habe, eine sehr wesentliche und bestimmende Rolle hat, für das, was sich politisch bei uns ereignet und darstellt: Das ist die Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus. Man kann durchaus das so formulieren, daß die BRD so eine Art von Kolonie des US-Imperialismus geworden ist. Das ist ein durchaus richtiger Begriff. Wir sind politisch und ideologisch und ökonomisch kolonisiert. Und wenn wir einmal daran denken, das ist vielleicht nur so ein kleines Phänomen, das das erkennen läßt, eine Äußerung des gegenwärtigen Bundeskanzlers, der gesagt hat: Wir sind alle Amerikaner - das hat ja nicht nur eine humoristische Qualität. Welche Konsequenzen kann das eigentlich für uns hier in der BRD haben? Und da sollte man sich sehr ernsthaft damit beschäftigen, wie wir eigentlich in die Strategie, in die militärische Strategie des US-Imperialismus eingebettet sind. Und dann darf ich nochmal zitieren den Friedensforscher Weizsäcker aus dem Artikel der FR vom 29.4. 1977 unter der Überschrift, in der schon erkennbar wird, was er sagen will:

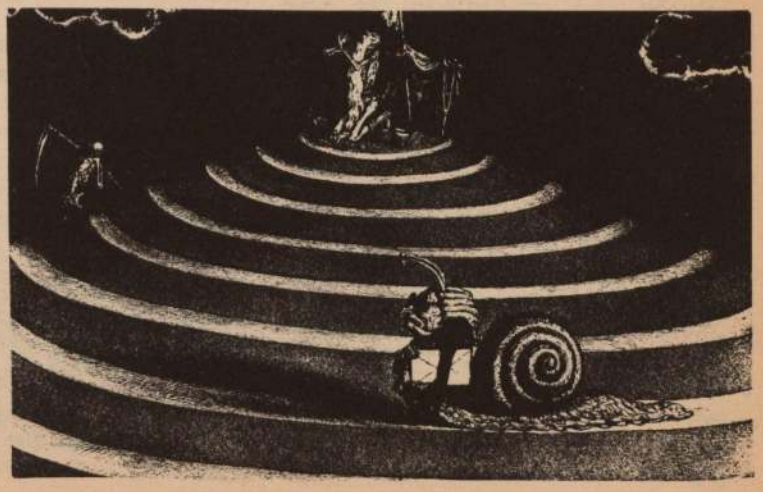
„ NATO-Strategie für Deutsche - mörderisch.
Die Planung der flexiblen Anstwort - also flexible response, wie das so heißt - *setze voraus, daß die Deutschen zum Selbstmord bereit seien."*

Das heißt konkret, daß die ganze Strategie darauf angelegt ist, Mitteleuropa zum Gefechtsschauplatz zu machen. Und dann bleibt hier nicht ein Stein auf dem anderen! Und dann werden wir hier alle - wie wir hier sitzen - verbrannt! Das mag Ihnen sehr pathetisch vorkommen, das ist aber ganz nüchterne Realität.

Und wer hat die Entscheidung, ob wir verbrannt werden oder nicht verbrannt werden? Die Entscheidung liegt einzig und allein bei den USA. Einzig und allein! Wer es nicht glauben will, der kann es heute nachlesen in der FAZ in einem Interview mit einem gewissen Herrn Dregger, der über Informationen aus dem militärischen Bereich verfügen soll. Das ist die Perspektive, die man uns bietet: Kriegsschauplatz zu werden! Und dann fängt noch das Nachdenken erst an: Was ist jetzt eigentlich politisch in der BRD auf der Tagesordnung? Aber damit will ich meine historischen Ausflüge in die Vergangenheit und in die Zukunft beenden und nur noch etwas zum Schluß sagen, was vielleicht noch anknüpft an einem Kommentar in der Süddeutschen Zeitung, der sich angehört hatte, was ich vor zwei Tagen zu dem Stuttgart Stammheimer Verfahren zu sagen hatte und der sich durch meine Tiraden, wie er sich ausgedrückt hat, irritiert zeigte und gemeint hat, also ich hätte bisher immer noch meinen guten Ruf zu wahren verstanden, aber nun hätte ich ja offenbar den Verstand verloren, denn ich hätte ja in dem Zusammenhang des Stammheimer Verfahrens von Nothilfe gesprochen und nun stellt er sich selbst die Frage und offenbar auch mir: Wer denn nun eigentlich um Hilfe der RAF gebeten habe? Und die Antwort kann ich ihm heute abend geben.

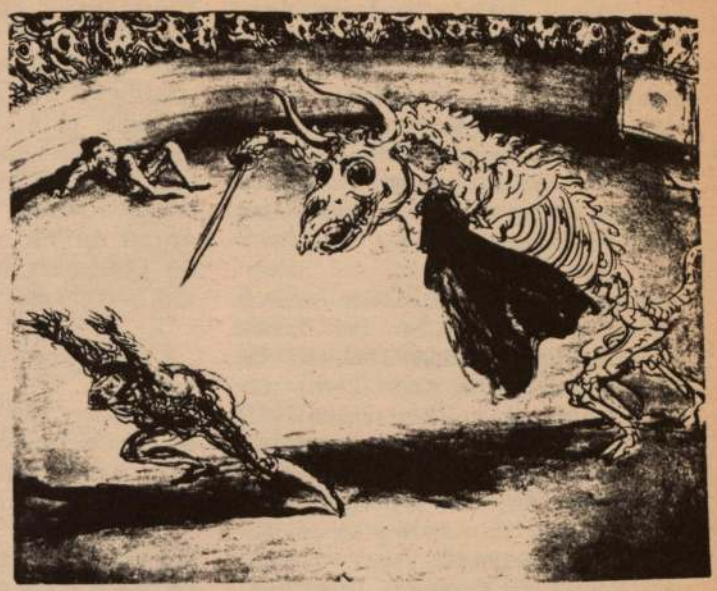
1972 wurde ein Artikel veröffentlicht in dem Zentralorgan der südvietnamesischen Befreiungsfront. Und in diesem Artikel wurde über die Bombenanschläge auf die militärischen Einrichtungen in Frankfurt und Heidelberg berichtet. Dieser Artikel trug die Überschrift, und ich zitiere diese Überschrift, weil ich sehr genau aus Gesprächen weiß, die ich mit Vertretern der Befreiungsfront geführt habe, daß diese Vertreter sehr genau ihre Worte abzuwägen wissen. Die sind sehr, sehr vorsichtig, aber auch sehr bestimmt, in dem, was sie sagen. Dieser Artikel trug die Überschrift: „ Hilfe für Vietnam!" Und da kann der Herr Kommentator von der Süddeutschen Zeitung nachlesen, wer es als Hilfe empfunden hat.

Man darf für die Gefangenen der RAF sagen: das Urteil in Stammheim verblaßt gegenüber diesem Urteil der wahren Vertreter des vietnamesischen Volkes!



DIE KUH AUF DER OTTOMANE oder

warum es sich lohnt, DIE REPUBLIK zu lesen



Sechs Herren kamen am 1. Juni 1976 in einem Rundfunkstudio in Basel zusammen, um ein literarisches Rätsel zu lösen. Der Redakteur Rübenach las den Text vor, er bestand aus 3 Meldungen verschiedener Nachrichtenagenturen. Gegenstand der Meldungen war je eine Kuh, die sich ihrer bevorstehenden Schlachtung durch Flucht zu entziehen versuchte. Während die Kühe in Leer (Ostfriesland) und Lüdenscheid (Sauerland) jeweils dem gezielten Todesschuß deutscher Polizisten erlagen, landete die dritte in Kraljewo (Jugoslawien) nach einem beherzten Sprung durchs Dach auf der Ottomane eines Wachszieher, wo ihr von Arbeitern des Schlachthofs mittels eines Bolzenschußgeräts der Garaus gemacht wurde. Die anwesenden Literaturspezialisten machten sich über Form und Inhalt der Geschichten her. Der Autor Diggelmann setzte zu einer kühnen Interpretation an und meinte, bei den Kühen handele es sich keinesfalls um Kühe: „Er meint einen gefangenen Menschen, der ins Gefängnis geführt wird und der ausbricht. Anstelle von Kuh muß man Mensch sagen." Der Herr Blatter (Basel) dachte in dieser Richtung weiter: „Schießbefehl an die Polizei, gezielten Schuß und so ..." Das Rätselraten geriet zum Politikum. Wenn die Kuh also in Wirklichkeit ein Mensch war, von Polizisten gejagt, vielleicht handelte es sich um eine Parabel über die Bader-Meinhof Gruppe? Doch da tauchte ein schier unlösbares Problem auf: die jugoslawische Kuh. So daß einer der Teilnehmer resignierend eingestand: „ Ich bin in Verlegenheit, ich weiß noch nicht, was ... was will er damit eigentlich?"

Die Meldungen waren indes echt, gesammelt und veröffentlicht von Uwe Nettelbeck in dem Buch „ Mainz wie es singt und lacht." Das literarische Rätselgespräch ist in voller Länge nachzulesen in Nr. 10 - 15 der Zeitschrift „ DIE REPUBLIK" . Diese erscheint seit der letzten Buchmesse in unregelmäßiger Folge. Sie nimmt, bis in die Formulierung des Impressums hinein die Tradition der „FACKEL" wieder auf, die von Karl Kraus 1899 - 1936 in Wien herausgegeben wurde. Der bemerkenswerte Satz im Impressum lautet: „Anzeigenaufträge werden nicht entgegengenommen; unverlangt eingesandte Manuskripte und Drucksachen werden nicht geprüft, sondern vernichtet, Briefe und Anfragen an die Redaktion nicht beantwortet."

DIE REPUBLIK beschäftigt sich im wesentlichen mit zwei Themen. Dem Zustand der westdeutschen Publizistik und der Polizei. Das erste Heft dokumentiert unter der Überschrift „Ein Sängerkrieg" die monatelangen Auseinandersetzungen um den „Grand Prix Eurovision" und die Verbissenheit, mit der sich die Zeitungen von BILD bis Offenbach Post dieses öden Themas annahmen. Dazu kommen die Reflexionen zweier FAZ-Lokalkommentatoren über so bewegende Fragen wie: Warum merke ich mir alte Telefonnummern und: Wieso kann ich mir die Namen neuer Staaten nicht merken, seit ich das Briefmarkensammeln aufgegeben habe. Kommentar der REPUBLIK : „ Der philatelistischen Weltsicht wie der Auslandsposten verlustig, gestern noch auf stolzen Rossen, heute Redaktionsfaktota, damit beschäftigt, ihre 1001 Meisen auseinanderzuhalten, trübsinnig geworden und marode, extemporieren sie Intimstes."

Der Report-Moderator Klaus Stephan und sein peinlicher Roman, die Entäußerungen der Bergen-Enkheimer Stadtschreiber Krolow und Rühmkorf und nicht zuletzt die publizistischen Werke von Fritz J. Raddatz runden das Panoptikum der westdeutschen Kulturszene ab.

Das zweite große Thema, zu dem in drei Teilen umfangreiches Material zusammengetragen wurde, ist die Kriminalistik. Unter dem Titel Fantomas wurden der Aktenvorgang über einen Einbruch in Oldenburg, Auszüge aus der Monographie „System und Praxis der Daktyloskopie und der sonstigen Methoden der Kriminalpolizei" (Heft 1), der „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder", der Fantomas-Film von Louis Feuillade, (Heft 2) sowie Vorträge hoher Polizei- und Justizbeamter über Alarmfahndung und EDV-Systeme (Heft 3) veröffentlicht.

Dieses sonst nur schwer oder gar nicht zugängliche Material macht die Republik zu einer wichtigen Zeitschrift. Es ist eben nicht so, wie der SPIEGEL-Kommentator Bittdorf meinte, daß das Material über die Polizei keine Inhumanität des Fahndungsapparates enthüllt.

Die Kritiker waren allesamt über die REPUBLIK etwas erschrocken. Unisono war ihre Reaktion: An Karl Kraus und die Fackel kommt die Republik nicht heran. Nun liegt die Dummheit in der heutigen Publizistik sicher auf einer anderen Ebene als damals. Daß es Nettelbeck mit der REPUBLIK gelingt, sie dem befreienden Gelächter preiszugeben, ist ein Verdienst.

Harry Oberländer

Die Republik, Vertrieb:Zweitausendeins.
Ein Heft umfaßt 12 Nummern.
Preis einer Nummer: 4,-- DM
im Abonnement: 3,-- DM

menschen-jäger

P.P. Zahl über: Periklis Korovesis, Die Menschenwärter, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Armin Kerker, Raith-Verlag/päd. extra, München 1976, DM 10,80

„Der Präsident hat die Agentur gebeten, entweder den Amtsantritt Allendes zu verhindern oder Allende zu stürzen. Er hat Sie ermächtigt, wenn erforderlich, für dieses Unternehmen 10 Millionen Dollar auszugeben."

Sagte am 16. September 1970 Richard Helms zu seinen Untergebenen von der CIA. Am Tage zuvor

„fand eine Versammlung im Weißen Haus statt, an der Präsident Nixon, Henry Kissinger, Berater des Präsidenten in Fragen der nationalen Sicherheit (. . .), Richard Helms, Direktor der CIA, und John Mitchell, Justizminister, teilnahmen. Thema dieser Besprechung war die Lage in Chile." (Zitate: CIA, Geo-Verlag, Düsseldorf, '76)

Die Pläne von Nixon und Kissinger, der CIA und von ITT gingen drei Jahre später in Erfüllung. Massenmörder Kissinger erhielt für seine menschenfreundliche Tätigkeit den Friedens-Nobelpreis.

In Griechenland hatten es die Amerikaner leichter. Für den Putsch der Obristen im April 1967 bedurfte es nur weniger Mittel: Papadopoulos und Cie. standen zum Teil direkt auf den Lohnlisten der CIA.

„Man wurde zu Hause, in der Regel nachts, verhaftet und in ein Polizeigefängnis eingeliefert. (. . .) Man hing von der Laune der Herrschaften ab, die allen deutschen Regimen ihren Eid geschworen hatten." (Eugen Kogon, Der SS-Staat, Stockholm, 1947, S. 99)

Korovesis' Geschichte ist einfach: er saß mit einem Freund zusammen in der Wohnung. Es kamen Staatsschützer. Bücher wurden beschlagnahmt, die Wohnung demoliert, Korovesis eingeliefert, gefoltert, entlassen. Ein ganz normaler Bericht über ganz normale Zustände in einem ganz normalen NATO-Land.

Wer foltert? Und warum? Was macht Menschen disponibel für die Folter? Ist sie ungewöhnlich? Welche Schäden erleidet der Gefolterte? Wie gesund sind die Folterer? Spätestens nachdem er gefoltert wurde, begriff Korovesis, in welchem Lande er lebt, mit welchem System er es zu tun hat, welche Mechanismen der *inneren Kolonisierung zu greifen beginnen*, hat das Volk ein wenig andere Anschauungen über freedom and democracy entwickelt, als die Multis und der Große Bruder in der NATO. Folter heißt: den Riß, der durch die Welt verläuft, den zwischen Herrschaft und Knechtschaft, zwischen Kapital und Lohnarbeit, zwischen denen, die über andere disponieren, und denen, über die disponiert wird, an sich selbst körperlich erfahren. Niemand ist mehr, der er war, wurde er der Folter unterzogen. Der Gefolterte wird irre oder – in Haß, Liebe und Wissen präziser denn zuvor. Ein Drittes gibt es nicht. Es gibt keine Welt, in der Folterer und Gefolterte gleichermaßen heimisch sind. Im Gefolterten wird die allgemeine Schizophrenie, der Irr-Sinn, die Zwangsspaltung in der arbeitsteiligen Welt aufgebrochen. Der Gefolterte existiert in diesem Prozeß doppelt: als Leidender und als Chronist seines Leidens.

„Die Selbsterhaltungsinstinkte hatten aufgehört zu funktionieren. Als ginge mich die ganze Tortour nichts an." (48)

Folter wird in einer Welt, in der die Widersprüche sich zuspitzen, immer alltäglicher, ist normales Herrschaftsinstrument geworden. Der Prozeß der inneren Kolonisierung, jener Prozeß, in dem jeder, der Widerstand leistet, zum *„Nigger", „Juden", „Anarchisten", „Untermenschen"* wird, in dem ein militantes Nein! Strafbestand ist, wird Folter zum normalen Mittel der Repression; wo der Andere, der Gegner, der *„Staatsfeind"* zum bösen Prinzip schlechthin wird, werden ganz normale Beamte zu Folterern, wie zu anderen Zeiten Bademeister oder Landgendarmen. Unsere Vorstellungen vom Folterer als der „blonden Bestie" in SS-Uniform, mit blauen Augen und blankgewichsten Stiefeln und sadistischer Freude am Quälen, ist geprägt von der „Bewußtseins"-Industrie, die Gründe und Motive der Folter geflissentlich verschweigen oder verdrängen mußte, um am falschen Schein zu profitieren. So konnte Dachau zu einer Kultstätte der Fremdenverkehrsindustrie werden - wie der Drachenfels; mit dem Bilde des Folterers verbinden sich Erinnerungen an Standfotos, die Schauspieler wie Horst Frank oder Peter van Eyck zeigten; vermengen sich in letzter Zeit schlechtverdaute Theorien aus der Psychoanalyse: Folter als pornografische Schwarze Messe für sexuell Gestörte. Nichts falscher als das.

„Aufgrund des ‚Berufsreinigungsgesetzes' mußten von 85.000 Polizeibeamten im Reich fast 2.700 aus dem Dienst (Paul Rieme, Kleine Polizeigeschichte, S. 42). Die restlichen 96 % aller Polizisten erwiesen sich als tragbar – „staatstragend" (Eugen Kogon, Der SS-Staat).

Korovesis schildert den echten Typus des Folterers, die graue Maus der Repressionsindustrie:

„Er sei selbst nur ein kleiner Angestellter mit Frau und Kindern (. . .) Ich habe für alles, was ich getan habe - er zeigte mir ein Dossier - Befehle, ich führe nur Befehle aus. Politik interessiert mich nicht. Welche Regierung dran ist, ist mir egal. Ich habe meine Anweisungen." (93)

In der BRD befindet sich unter ca. 7000 NS-Verurteilten kein einziger Richter. Für Beamte gab es den § 131. Der Kommentator der Nürnberger Gesetze, welche die Abschlachtung von 6 Millionen Juden juristisch absicherten, Herr Globke, wurde Adenauers Rechte Hand. Der NS-Staat war ein Rechtsstaat.

„Die Idee des Rechtsstaates ist im neuen Deutschland nicht verlassen, sie ist und wird vielmehr vertieft." (Der Gerichtssaal, 1933, S. 52)

Das Griechenland der Junta war ein Rechtsstaat. Es gibt immer Gesetze für oder gegen irgendetwas. Daneben gibt es Betriebsunfälle. Die werden abgeurteilt. Der Folterer aus Leidenschaft, der Hobby mit Beruf verbindet, schießt halt ein wenig über das Ziel hinaus. Dies ist manchmal *nicht statthaft, Berufung hin, Berufung her. Statthaft ist eine administrative Tätigkeit, die von den Anderen - den Gefolterten und ihren „Sympathisanten" unstatthaft genannt wird. Statthaft ist, was der* Staat erlaubt. Denn, nicht wahr?, der Staat verkörpert den verfaßten Willen der Bürger. Sagt der Staat.

„Folterungen stellen also nichts anderes dar als die Zerschlagung bereits des Ansatzes, jedes Versuchs der Verteidigung und Organisierung jener gesellschaftlichen Klassen, die den ‚ökonomischen Fortschritt' bezahlen müssen. (. . .) Sie gehört zu den stets paraten Disziplinierungsmethoden einer herrrschenden Klasse, deren einziges Mittel zur Durchsetzung ihres Zieles die offene und unverhüllte Gewalt ist. (10/11)

ZZZZZZ

Ein Staat, der nicht bereit ist, seine treuesten und uneigennützigsten Diener, die (zuweilen auch folternden) Beamten vor den Widrigkeiten schwankender Zeitabläufe - zu denen leider auch Regierungs- oder Systemwechsel gehören - zu schützen, gibt sich selbst als Prinzip auf. Der seinen Job tuende und dabei keiner Leidenschaft frönende, knüppelnde Polizist, der Arzt, der die Elektroden anlegt, der Herr des Morgengrauens, der, natürlich zur Abwendung einer großen Gefahr, Wanzen setzt, sie sind Hoheitsträger, mithin sakrosankt, ihr Status sorgt für automatischen Rechtsschutz, kein Minister, der es ernst meint mit dem Staat, der sich nicht vor sie stellte.

„Ein Berufungsgericht in Athen hat am Wochenende vier ehemalige hohe Polizeioffiziere auf freien Fuß gesetzt, die wegen Folterung politischer Gefangener während der Zeit der Diktatur verurteilt worden waren. (. . .) Die Urteile . . . wurden aufgehoben, die Haftstrafen . . . in Geldstrafen umgewandelt." (FR, 7. Febr. 1977)

„Es gibt Grenzen, Herr Lambrou! Es gibt Menschenrechte . . ." – „Kommunistische Propaganda! Nur die Kommunisten reden so, und das interessiert mich nicht." (39)

„Athen, 12. Okt. 76: Der frühere Chef der Sicherheitspolizei, Vassilis Lambrou, erhielt eine zehnmonatige Freiheitsstrafe. Der Verurteilte legte Berufung ein und wurde vorläufig auf freien Fuß gesetzt." (FAZ, 13. Okt. 1976)

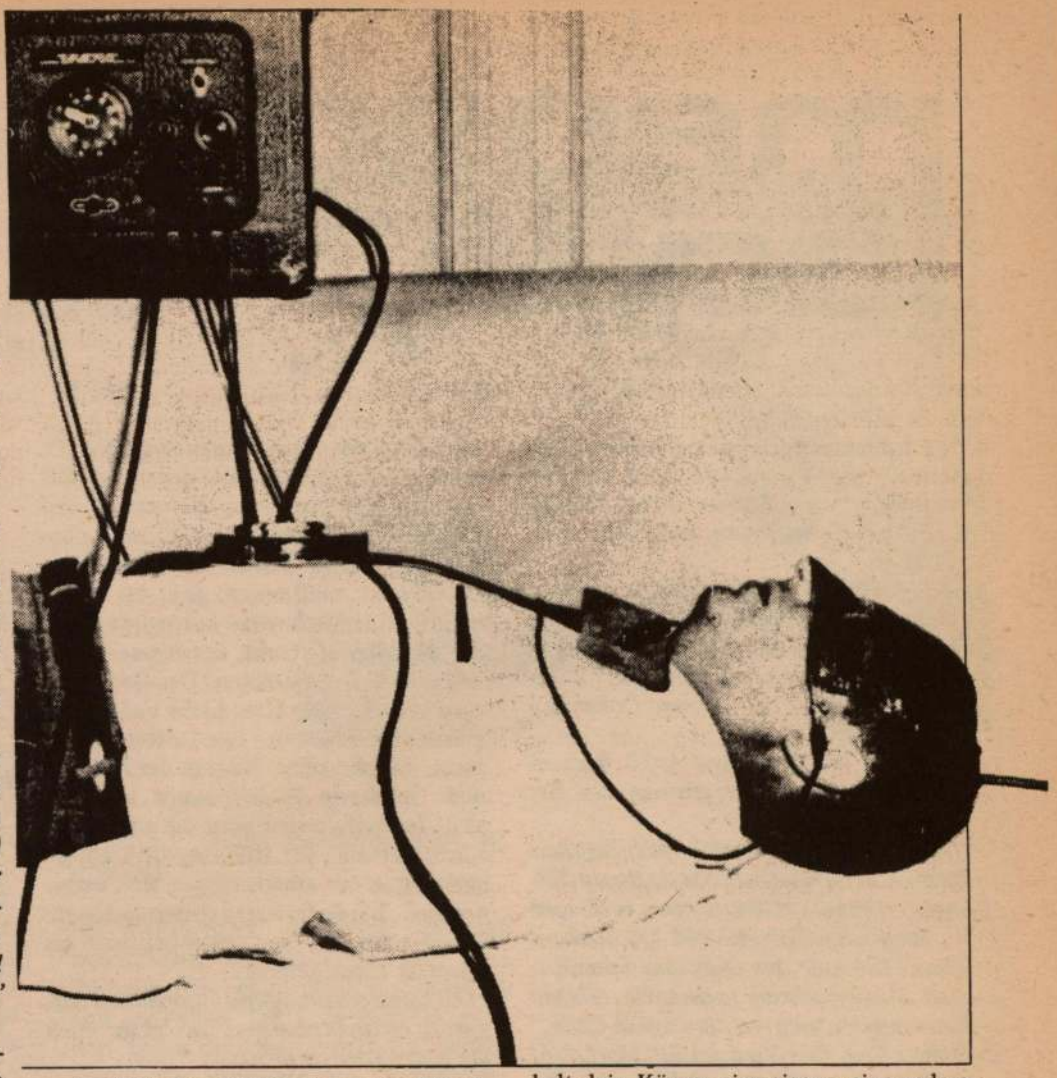
Der ein wenig über das Ziel hinausgeschossene Folterchef unterliegt dem gleichen Bußkatalog, wie der Bademeister, der seine Mütze unvorschriftsmäßig oder statt der vorgeschriebenen weißen eine grün-rot-karierte Hose zur Schau getragen hatte.

Korovesis:

„Dieses Buch wäre niemals geschrieben worden, wenn die friedliebenden und objektiven Menschen in der ganzen Welt nicht durch ihr Desinteresse und ihr Schweigen dazu beigetragen hätten, die Folter aufrechtzuerhalten und zu verlängern (der Gesandte des Internationalen Roten Kreuzes, Marti; der amerikanische Senator Pousisky, englische Abgeordnete der ‚Frazer-Kommission', ‚für die diese Dienste', so die Sunday Times, ‚außerordentlich lukrativ waren'". (A. d. Nachwort.)

„Triff die Entscheidung, es gibt kein Erbarmen! Es gibt nur sie und uns. Wir? Wer sind wir? Du weißt es nicht. Du weißt nur eines klar und sicher. Zwischen denen und uns gibt es keine Brücke. Sie gehören zu einer anderen Welt." (46)

Es gibt zwei Arten der *„Einvernahme"* (Folter): die *„zivilisierte"* und die *„wissenschaftliche"*. Korovesis erlebte sie beide. Die *„zivilisierte"* ist seit der Antike bekannt. Sie bezweckt, dem Opfer in möglichst kurzer Zeit mit Gewalt Informationen zu entlocken. Da wird geprügelt, gezwackt, gestochen. Der Kontakt zwischen Folterer und Gefoltertem ist unmittelbar



– das hilft dem Gefolterten, seine Identität durch Übertragung von Haß zu bewahren. Du hast ein Gegenüber, und sei es ein Teufel in Menschengestalt. Dem Opfer wird die Verantwortung für die Dauer und Härte der Mißhandlungen zugeschoben:

„Wenn du weiter kein Mitleid mit dir selbst hast . . . sag schon . . ." (57)

Dein Schatten steht neben dir und sieht zu, wie du gefoltert wirst. Du entwickelst Widerstandsfähigkeiten, die du dir nie zugetraut hättest. Du und deine du und deine Stimme, ihr entwickelt euch auseinander. Die Überreizung durch den Schmerz schafft eine alptraumartige Klarheit. Du wirst nicht reden. Dur wirst reden. Dann kannst du nicht mehr reden. Reden ist möglich bei Menschen. Das Zeitgefühl verschwindet völlig. Eine Stunde oder 1000 Stunden, wo ist da der Unterschied? Es ist *immer* die längste Zeitspanne, die du kennst. Du unterscheidest die verschiedenen Techniken der Folterer. Sie fragen dich irgendetwas. Was geht das dich an? Mit so etwas redest du nicht. Reden aber – das ist *deren* Kriterium, nicht deines, nicht das der Gefolterten.

„Ich hatte gehört, daß auf Makronissos viele von der Folter stumm geworden sind." (29)

Bei Besinnung sein, das ist: fremdsein. Die Besinnung verloren, das ist: bei sich sein. Wo die Logik der Folter herrscht, entwikkelt dein Körper eine eigene, eine andere. Korovesis geht durch den ersten Kreis der Hölle. Aber die *„zivilisierte Einvernahme"* bricht ihn nicht, entlockt ihm nichts. Zudem ist Griechenland in Sachen Folter unterentwickelt. Trotz amerikanischer Importe. Er bleibt nicht allein. Nach jeder Tortur wird er in seine Zelle zurückverbracht.

„Ein Mädchen sang ein verbotenes Lied. Andere fielen ein. Eine Greisenstimme schlug vor, ein Lied aus dem Widerstand zu singen. Das Lied wurde angestimmt. Es war unglaublich. (30) Ich fühlte mich unter Genossen. Ich hätte mir nicht träumen lassen, daß es mitten im Rachen des Löwen einen solchen Widerstand geben könnte. Ich fühlte mich hervorragend." (31)

W I R – lautet eine Kapitelüberschrift. Korovesis weiß: ich bin nicht allein. Widerstand hatte in Griechenland schon immer eine große Tradition - gegen die Türken jahrhundertelang, gegen die Nazi-Besetzung, gegen die Junta. Einige seiner Zellennachbarn hatten schon unter den deutschen Faschisten, nach dem Bürgerkrieg und unter Karamanlis gesessen. Sie geben die Fackel des Widerstands an die nächste Generation weiter, und sie lehren das Überleben:

„Aber um zu siegen, müssen wir sterben können, und um sterben zu können, müssen wir das Leben lieben." (92)

„und forscher und ärzte mit verchromtem blick/ . . . prüfen das herz/ prüfen das herz und den lauf des blutes/ sind jung wie wir und leicht/ wie unter dem apfelbaum/ stecken elektroden an die ohren/ stecken elektroden an die hoden/ stecken elektroden an die spitze der brust/ und phoenix steigt aus der asche/ phoenix aus dem korydallos . . ."
(Aus: 24 Stunden für die Freunde)
Aber der Fortschritt bricht sich auch in Griechenland Bahn. Unerbittlich. Spezialisten aus den Vereinigten Staaten verfeinern die *„Einvernahme"*, benutzen französiche Forschungsergebnisse (aus dem Algerienkrieg; siehe: Fanon: Die Verdammten dieser Erde), lehrten, die *„zivilisierte"* gegen die *„wissenschaftliche Einvernahme"* auszutauschen. Korovesis wird den Handarbeitern entrissen und den wissenschaftlichen Spezialisten überstellt. Doch so verfeinert die Methoden wirken, sie zielen lediglich auf den Körper ab. Auch sie lassen dem Gefolterten seine Identität - und ein Gegenüber. Das Gegenüber ist in der Isolation der Folter die Welt. Was bleiben wird, ist *„tödliches Mißtrauen"* (58). Der Gefangene weiß: er ist
„offensichtlich Kriegsgefangener und völlig unvorbereitet, unserem Jahrhundert zu begegnen" (59).
Er durchschreitet den zweiten und dritten Kreis der Hölle: die Folter mit elektrischem Strom und - die Isolationsfolter:

„Es war nicht wie in der Asphalia, wo du merkst, daß es in der Zelle nebenan noch andere wie dich gibt. Hier war man in völliger und absoluter Isolation von allem Menschlichen." (64)
Diese Folter ist für ihn neu und - am schrecklichsten. Denn vermittels dieser feinsten, gemeinsten, ausgeklügelsten Methoden soll der Antagonismus Folter-Gefolterter auf Kosten der Identität des Gefangenen aufgehoben werden. Der Feind, wird suggeriert, dein größter Feind, das bist du selbst. Wo nur eines ist, dein Leib, und niemand dir gegenübertritt, ihn zu quälen, und er *ist* gequält, da soll der Mensch sich selber Feind werden, an sich irre, soll die Zwangsgespaltenheit in sich versöhnen, indem das Ich, die Identität aufgegeben wird.
Die Isolationsfolter ist nicht neu; schon Balzac schrieb:
„Zwischen der Einsamkeit und der Folter ist genau derselbe Unterschied wie zwischen einer Nervenkrankheit und einer chirurgischen Krankheit. Sie ist das Leiden, multipliziert mit dem Unendlichen . . . Dieser grausige Zustand der Seelenfolterung, der in gewissen Fällen, zum Beispiel im Politischen . . . ungeheuerliche Dimensionen annimmt . . ."
(aus: Glanz und Elend der Kurtisanen)
dieser *„grausige Zustand"* betrifft Korovesis nun nicht mehr. Nie mehr. Er *weiß*, daß er Teil eines kollektiven Kampfes, eines kollektiven Widerstands, eines kollektiven Lebens ist. Niemand und nichts wird ihm dieses Wissen nehmen können. Außer: der Tod. Dieser hat nun, nach all der Qual, den Schrecken für ihn verloren. Er weiß:
„Um dem Faschismus entgegenzutreten, der herrschenden Repressionsform des Monopolkapitalismus, muß man sein Essen essen, es ist das einzige, was einem bleibt." (64)
Die *„Menschenwärter"*, Vertreter einer unmenschlichen, sich auf Freiheit, Frieden, Christentum berufenden Todeskultur, haben keine Macht mehr über ihn. Wenn sie je Argumente gehabt haben sollen, haben sie diese beim ersten Schlag der Folter verloren. Die Roboter der Unmenschlichkeit, die *„Beamte, die nur ihre Befehle ausüben"* , die schlagstarken Automaten der westlichen Zivilisation, werden hilflos dem Substrat aus Hoffnung, Liebe, Solidarität, Glück, Glücksversprechen, dem gequälten Opfer gegenüberstehen. Was sie auch machen, sie kommen nicht durch. Spätestens nach der Folter ist aus dem Opfer ein unerbittlicher Gegner der Macht geworden, ein Kämpfer, einer, der weiß, daß das Kriterium der Henker: der Verrat, seines: die Menschlichkeit ist.
Korovesis „hatte das Glück", eingebettet zu sein in eine starke, selbstbewußte Opposition, die mehr war als eine Gemeinschaft von Gefolterten; einmal - und für alle Zeit - zu wissen, daß die Folterer die Unterworfenen sind, daß in ihnen das System der Lohnarbeit seinen tiefsten, weil verdinglichsten Höhepunkt hat; daß die Gegenwelt zerstört werden wird.

„Geht in die Gefängnisse, und ihr erfahrt, was für ein Kampf um unser Leben geführt wird. Zu verzweifeln wäre ein Luxus und bedeutet, zurückzuweichen vor denen hier. Ihr habt eure Prüfung bestanden, aber das schwerste ist die Prüfung des anderen, bei dem man glaubt, nicht mehr tun zu können als zuzusehen. Aber das stimmt nicht. Man kann immer etwas tun. Zeig ihm, dass du stolz auf ihn bist. Deine Zuversicht hilft uns allen. Die Hoffnungslosigkeit betrifft nicht nur dich, sie trifft uns alle. Begreife, daß von jetzt an keiner mehr nur noch für sich allein entscheidet." (85)

„ Ihr habt noch nichts gesehen und erlebt. Ihr seid in den Jahren des Verrats und des Schweigens aufgewachsen. Jahrzehntelang schlachten sie uns nun schon ab und stopfen uns das Maul. ... Nichts anders! Aber damit ist jetzt Schluß! Ihr werdet damit Schluß machen, auch wenn ihr es selbst noch nicht wißt." (92)

Die Folterer in Griechenland sind zur Zeit beurlaubt. In Vor- und Nachwort weisen Korovesis und Marios Nikolinakos darauf hin, was es für die Opfer der Junta bedeutet, nach wie vor in der Gegenwart ihrer SS leben zu müssen, die von Karamanlis & Co. gedeckt wird, gedeckt werden muß - siehe oben. Unter dem Mantel des Schweigens lebt die Folter weiter. Die Zuschauer sind „Feiglinge oder Verräter" (Fanon), aber dies sind moralische Begriffe, und der Prozess der inneren Kolonialisierung in den Metropolen kennt keine Moral. Korovesis beschreibt die Solidarität der Gefolterten, an die Solidarität der Noch-nicht Gefolterten appelliert er nicht. Die Noch-nicht-Gefolterten zensieren sich selbst, sie wissen, was geschieht, hier in der BRD, dort, in Chile, in Spanien; sie wissen, warum dies geschieht. Drohung und Gewalt der Legalität erdrosseln, was über amnesty-international-Hilfe hinausgehen könnte. Ein christlich-demokratischer Ministerpräsident in der Bundesrepublik will Folter *in gewissen Fällen* angewandt sehen, Herr Albrecht von Niedersachsen. (FR vom 15.7.1976) Nach zagen Protesten zieht er *dies Zitat* ausdrücklich zurück - die Kritiker sind still und übersehen geflissentlich, daß die Forderung nach Folter *strukturell* aus seinem Text hervorgeht. Herr Kissinger schreibt seine Memoiren. Verlage überbieten sich dafür; auch ein Eichmann tötete *persönlich* niemanden, ein Himmler folterte nicht *persönlich*.

In der Bundesrepublik zählt, wer die Folter abgeschafft sehen will, schon zur Fundamentalopposition. Nicht in diese Ecke gerückt zu werden, verweigern viele schon eine simple Unterschrift unter Petitionen. Was in Grichenland oder hier wirklich geschieht, lernen jene, die der Gefahr entgehen wollen, wohl erst in den Gefängnissen, in den Lagern. Der Faschismus, so Fidel Castro bei seinem letzten Besuch in Chile, lernt schneller.

Es wird kein Entkommen geben. Wer morgen kein Stück schreienden, blutenden Fleisches sein will, muß heute, mit anderen zusammen, das Schweigen im Lande durchbrechen. Es gibt nur eine Welt. In der wird immer mehr gefoltert, solange wie wir es zulassen.

Peter-Paul Zahl

SSSSS

Die Sportskanone für Scharfschützen!

SssssSUZUKI: Diese Sportskanone, Kaliber GS 750, haben die Techniker entwickelt, die auch für die Rennmaschine RG 500 verantwortlich zeichnen. Also, passen Sie auf, wenn das Ding losgeht!

Die Sportskanonen-Technik

SUZUKI DOHC 4 VIERTÄKTER

4-Zylinder 4-Takt-Reihenmotor ● 63 PS bei 8800 1/min. ● Zwei obenliegende Nockenwellen ● Nadelgelagerte Hinterradschwinge ● Doppelscheibenbremse vorn ● Einscheibenbremse hinten ● Höchstgeschwindigkeit: 197 km/h ● Unverbindliche Preisempfehlung incl. MWSt.: DM 6.990,–

Diese Maschine müssen Sie sehen.
Diese Maschine müssen Sie probefahren.
Aber wiederbringen.

Nie ohne Helm!

Gewinnen Sie eine Reise nach Daytona 1978

SUZUKI
Deutschland
Darmstädter
Straße 26
6148 Heppenheim

werbung = eine frage des geschmacks?

›Unser‹ Rechtsstaat

Bundesjustizminister Vogel stellt Strafantrag gegen den Allgemeinen Studentenausschuss der Göttinger Universität wegen Verunglimpfung des ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback. Und der Rektor der Göttinger Universität stellt Strafantrag wegen öffentlicher Billigung des Mordes an Buback. Im "Göttinger Tageblatt" heißt es "Aufruf zum Mord!", in der "Welt" steht "Freimütig bekennen sich Studenten zur Gewalt", in der "Zeit" liest es sich "Brauner Jargon" oder "Wie im 'Stürmer'". Landespolitiker (die mit Hilfe von Überläufern an die Regierung gekommen sind) fordern die Ablösung der gewählten Studentenvertreter, die angeblich, aufgrund nur geringer Wahlbeteiligung der Studentenschaft, ni cht genügend demokratisch legitimiert seien.

Was ist es, was die Gemüter der wackeren Demokraten dieses Landes so zum Kochen bringt, daß sie darüber tagelang alles andere vergessen? Ein Artikel über die Ermordung Bubacks in der Studentenzeitung "Göttinger Nachrichten". Bedeutet das nun, es gäbe im politischen Geschehen der Bundesrepublik im Augenblick keine anderen Probleme? Wer beispielsweise an die Lausch- und Abhöraffären denkt, an die Parteiausschlußverfahren gegen Jungsozialisten oder an die jüngsten Korruptionsfälle, muß daran zweifeln.

Also müßte es sich eigentlich um eine ungeheuer wichtige Angelegenheit bei diesem Artikel in den "Göttinger Nachrichten" handeln. Und in der Tat spricht dort jemand von seiner "klammheimlichen Freude" über den "Abschuß von Buback". Diese Zitatstellen kann man überall nachlesen. Was man nicht überall nachlesen kann, sind z. B. die Sätze: "Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden?.... Was wir auch tun: es wirft ein Licht auf das, was wir anstreben ... unser Zweck, eine Gesellschaft ohne Terror und Gewalt, ... heiligt eben nicht jedes Mittel ... Unser Weg zum Sozialismus kann nicht mit Leichen gepflastert werden." Warum diese Sätze nicht zitiert werden, ist eine Frage, die jeder für sich beantworten mag.

Die weitere Verbreitung der "Göttinger Nachrichten" wurde verboten; der Rektor der Universität hat den AStA-Mitgliedern außerdem auferlegt, für die Druckkosten der Zeitung, mit Ausnahme von zwei Artikeln hochschulpolitischen Inhalts, persönlich aufzukommen. Politisches Mandat des AStA hin oder her. Was bedeutet dies anderes, als politische Zensur einer Studentenzeitung, wie das ja bei Schülerzeitungen seit jeher gang und gäbe ist.

Erst vor wenigen Tagen fiel mir durch Zufall ein Artikel wieder in die Hand, den ich mir aus der Lokalzeitung vom 13.4.1968 meines damaligen Wohnortes ausgeschnitten hatte. Unter der Überschrift "Die Schüsse auf Dutschke" schrieb der Chefredkateur in seinem Leitartikel u. a.: "Ein verbummelter Student, der schon vor Jahren sein Examen hätte machen müssen, der eine Frau hat, die die Zahl seiner internationalen Vorgänger ebensowenig kennt, wie den Namen des Vaters ihres in die Ehe eingebrachten Kindes, dieser 'Student' ist unserem Staate feindlich gesinnt. Er tut alles, um ihn aufzulösen... Gewerkschaftsführer wie der Metallboß Brenner ... drückten Frau Dutschke ihre tiefgefühlte Teilnahme aus und bedauern, daß ihr Widersacher, der sie hinwegwischen wollte, nun ausser Kurs gesetzt ist. Sind das nun Krokodilstränen ...?" Darüber, über diese nicht nur "klammheimliche Freude" an einem Mordanschlag, hat sich damals kaum jemand erregt. Erst recht gab es keine strafrechtlichen Konsequenzen. Wer sollte denn in so einem Fall auch Strafantrag stellen?

Werner Maihofer ist immer noch im Amt. Ebenso die in rechtswidrige Abhöraffären verwickelten Landesminister Schiess und Bender. Was muß eigentlich noch alles geschehen, bis solche Leute zurücktreten oder zum Rücktritt gezwungen werden? Wo findet sich die Presse, die hier unerbittlich bleibt? Dafür, daß nicht nur der Atomphysiker Dr. Traube oder der Fluglotse Kassebohm abgehört und bespitzelt werden, gibt es inzwischen ausreichend Beweise; ja, es gibt Anhaltspunkte, daß hier nur die Spitze eines Eisberges an Rechtsbrüchen durch staatliche Organe zu Tage getreten ist. Eine Ungeheuerlichkeit! Aber sie ist nach wenigen Tagen kaum noch der Rede wert.

Man sagt, man wolle den freiheitlichen Rechtsstaat schützen, "unsere Demokratie". Zum Beispiel vor sogenannten Radikalen, revolutionären Spinnern, Baader-Meinhof-Sympathisanten und aufmüpfigen Studenten. U n s e r e Demokratie? Ich wage es zu bezweifeln.

Nachtrag: Am 27.5.1977, also mehr als einen Monat nach Erscheinen des umstrittenen Artikels, fanden in Göttingen umfangreiche Polizeiaktionen statt. Unter anderem wurden das Büro des AStA, 17 Privatwohnungen, zwei Druckereien und ein Buchladen durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte Flugblätter, Broschüren, Bücher, Briefe, Notizen, Tagebücher usw. Die Tür des Buchladens wurde aufgeborchen, obwohl die Inhaber ohne weiteres erreichbar gewesen wären. Als trotz der Pfingstferien Hunderte von Studenten demonstrierten und einige von ihnen sich am Bahnhof auf die Schienen setzten, ging die Polizei mit Schlagstöcken vor. Ein Beispiel für die Verfahrensweise dabei: Polizeibeamte zerren eine Demonstranten an den Beinen über den Bahnsteig. Weitere Polizisten prügeln auf den Demonstranten ein, der seinen Kopf mit den Armen zu schützen versucht. Als eine ältere Bundesbahnbenutzerin empört fragt:"Wie kann man nur so auf Menschen einschlagen?", blickt sich einer der Polizisten um und entgegnet: "Wo sind denn hier Menschen?"

Wolfgang Bittner

Wolfgang Bittner hat soeben die Anthologie "Strafjustiz" (Verlag Atelier im Bauernhaus) herausgegeben.

Zur Unkenntlichkeit verändert

Mescalero und die Verfolger seines Gedankenganges

Die Erwägungen des Göttinger Mescaleros zur Ermordung Siegfried Bubacks sind wegen ihrer großen Ehrlichkeit wichtig, aber auch wegen der Genauigkeit, mit der ihr Verfasser die Entwicklung seiner Empfindungen, Gedanken und Bedenken beschreibt. Wer so ehrlich berichtet, gibt sich natürlich auch Blössen. Wenn hier unter anderem auch von diesen die Rede sein wird, so nicht, um ihn abfällig zu beurteilen, sondern im Gegenteil, weil er durch seine Aufrichtigkeit Worte gefunden hat, an die man anknüpfen kann, um daraus zu lernen.

Von Anfang an aber sei festgestellt: die Betrachtungen des Göttinger Mescalero sind eine der eindrucksvollsten M i ß - b i l l i g u n g e n der Ermordung Siegfried Bubacks, die wir kennen. Seinem Text Billigung oder gar Befürwortung des Mordes an Siegfried Buback und dessen Mitfahrern (auch ihren Tod hat Mescalero keineswegs mit Stillschweigen übergangen!) vorzuwerfen oder Ermunterung zu ähnlichen Morden, ist eine völlige Verkennung oder Verdrehung des Textes. Es ist nicht mehr möglich, sich der Meinung zu entziehen, daß Journalisten und Politiker, die diese unsinnige Anschuldigung tatsächlich erheben, entweder durch Vorurteile völlig verblendet oder böswillig sein müssen oder beides.

Wenn irgendetwas imstande ist, Schwankende, die sich etwa versucht fühlen, ähnliche Gewalttaten zu begehen, doch noch zum Nachdenken zu überreden und von ihrem Tun abzubringen, dann kann das ein Text wie der des Göttinger Mescalero fertigbringen. Ein solcher Text ist auch als innerlinke Kommunikation zu verstehen. Wollte Mescalero Gedanken und Gefühle linker Studenten etwa den Lesern der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vermitteln, so würde er sich vermutlich anders verständlich zu machen suchen. Wenn man seine Betrachtungen als das nimmt, was sie sind und was sie wollen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie viel besser imstande sein werden, Menschen von politischen Morden wie dem an Buback abzuhalten, als irgendeine der salbungsvollen oder empörten Äußerungen von Politikern und Establishment-Journalisten. Alle auf diesen Text hin gegen Mescalero oder seine Veröffentlicher geplanten, getroffenen oder angedrohten Maßnahmen sind im Effekt Anschläge gegen die Demokratie und helfen höchstens weitere politische Morde zu provozieren.

Wir wollten, wir könnten sicher sein, daß einige der über den Göttinger Mescalero besonders laut und aktiv Empörten nicht überhaupt heimlich die Absicht haben, „Linksextremisten" weiterhin in diese Richtung zu drängen, um dann wie Metternich, als Sand Kotzebue ermordet hatte, einen großartigen Vorwand zur Vernichtung aller Linken zu haben.

Der Artikel läßt aber auch Schwierigkeiten und Entfremdungen von Linken in der BRD erkennbar werden. Mescalero ginnt mit einer Erklärung seiner Sprache: es seien Rülpser, die zu einer Kontroverse beitragen sollten. „Dialektik und Widerspruch – das ist mir alles piep-egal." Diese Laxheit zeigt auf die Entfremdung zwischen vielen sozialistischen Intellektuellen aus der 68er Protestbewegung, die an den Universitäten arbeiten, und den Sozialisten, die sich als Spontis, Stadtindianer oder Mescaleros begreifen. Die Entfremdung ist ein Ergebnis enttäuschter Hoffnungen. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre erwartete ein großer Teil der sozialistischen Linken eine schnellere Veränderung der politischen Verhältnisse in der BRD und zwar zum Besseren, zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit, kurz: eine Verstärkung der sozialistischen und demokratischen Strömungen. Diese Erwartungen galten auch der Entwicklung anderer Länder: Italien, Chile, Portugal zum Beispiel. Die marxistische Theorie, mit der und aus der diese Hoffnung von vielen geschöpft wurde, wurde mit den nicht eingelösten Erwartungen in die Ecke gestellt (ein Beispiel dafür ist das Buch Andre Glucksmanns „Köchin und Menschenfresser"; siehe die Rezension von Lothar Baier in der Frankfurter Rundschau sowie von Thomas Schmidt in der Autonomie Nr. 4). Daraus hat sich in Teilen der Linken eine äußerliche Theoriefeindlichkeit entwickelt, die sich sprachlich auch in einigen Abschnitten des Artikels von Mescalero zeigt, in einem Verzicht auf akademischer Arbeit zugeschriebene Genauigkeit. Aus diesem Grund ist es eine Sprache, die sich in erster Linie an die „undogmatische Scene", „die Bewegung", an Personen mit einem gleichen oder ähnlichen Bewußtsein wendet, einem Bewußtsein, das auf einer gemeinsamen Geschichte beruht. Als Beispiel dafür steht der Satz: „Wie wir allmählich schon davon runter sind, stellvertretend für andere zu handeln oder eine Partei aufzubauen."

Die Sprache und das Denken sind geprägt von der politischen Isolierung, die gegenüber der sozialistischen Linken in der BRD geübt wird. Eine Folge ist dann, daß Mescalero sich in erster Linie an die wendet, von denen er glaubt, am ehesten verstanden zu werden. Aus der Isolierung entsteht die Angst vor einer noch stärkeren Isolierung. Unter dieser Perspektive wird jedoch auch die politische

Verlag Neue Kritik

Dieser Band enthält nicht nur umfangreiches Material über das Zustandekommen von Verfassungsschutz – Dossiers, sondern untersucht vor allem auch die soziopsychischen Reaktionsmuster der potentiell Betroffenen. (DM 8,80)

Verlag Neue Kritik, 6000 Frankfurt Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

Realität der BRD wahrgenommen. Mescalero hält das Kräfteverhältnis, in dem die Linke steht, für fast völlig zuzementiert: „Daß irgendwo im Konzert dieser politischen Eunuchen, die von der Herstellung der 'öffentlichen Meinung' leben (gut leben), sich eine einzige kritische Stimme erheben würde, daran glaubt wohl von uns keiner mehr". Er sieht nur noch „gleichgeschaltete Medien". Damit nimmt er zugleich eine schlechte Tradition der sozialistischen Bewegung auf: das „Lagerdenken", das alle Widersprüche und Ereignisse auf den einzigen Gegensatz zwischen der „einen reaktionären Masse" und der richtigen sozialistischen Gruppe oder Organisation reduziert. So werden für Mescalero die Menschen, die in den Medien arbeiten, zu Agenten einer politischen Strategie, ohne daß er sieht, inwieweit sie selber Opfer der Entfremdung sind und kein Bewußtsein ihrer eigenen Lage entwickelt haben oder entwickeln konnten. Die Frage danach ist jedoch eine Bedingung für eine Politik, die auf Veränderungen zielt: für sie ist die Hoffnung unentbehrlich, daß sich im Prinzip alle Menschen ändern können.

Mescalero sieht die Presse und den Funk als scheinbar festgefügte Legitimationsfassade. Auf Grund der Abhörskandale und anläßlich des Prozesses gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth hätten sich Risse und Brüche ergeben, „die wir ausnützen müssen". „Diese Chance ist vorerst vorbei." Wenn die Öffentlichkeit nur deshalb beachtet werden muß, weil ihr eine politische Bedeutung zukommt, so wird sie nur noch zu einem taktischem Kampfplatz. Der Linke muß sich dann wie ein Guerilla auf feindlichem Gebiet fühlen, der Risse und Brüche zum Nachstoßen ausnützt. Die Freund-Feind-Bilder Herolds und Bubacks werden auf diese Weise akzeptiert und verinnerlicht. Deren Ziel ist erreicht: die Linke handelt mit dem schlechten Gewissen, alles was sie täte sei eh illegal, morgen säße man doch im Arbeitslager oder Gefängnis. Mescalero gebraucht in einer solchen Haltung den Begriff „die Strategie der Bubacks". Erst aus diesem vom politischen Gegner übernommenen Freund-Feind-Denken heraus – selber ein Ereignis der Entfremdung – kann die „klammheimliche Freude" über den „Abschuß von Buback" entstehen.

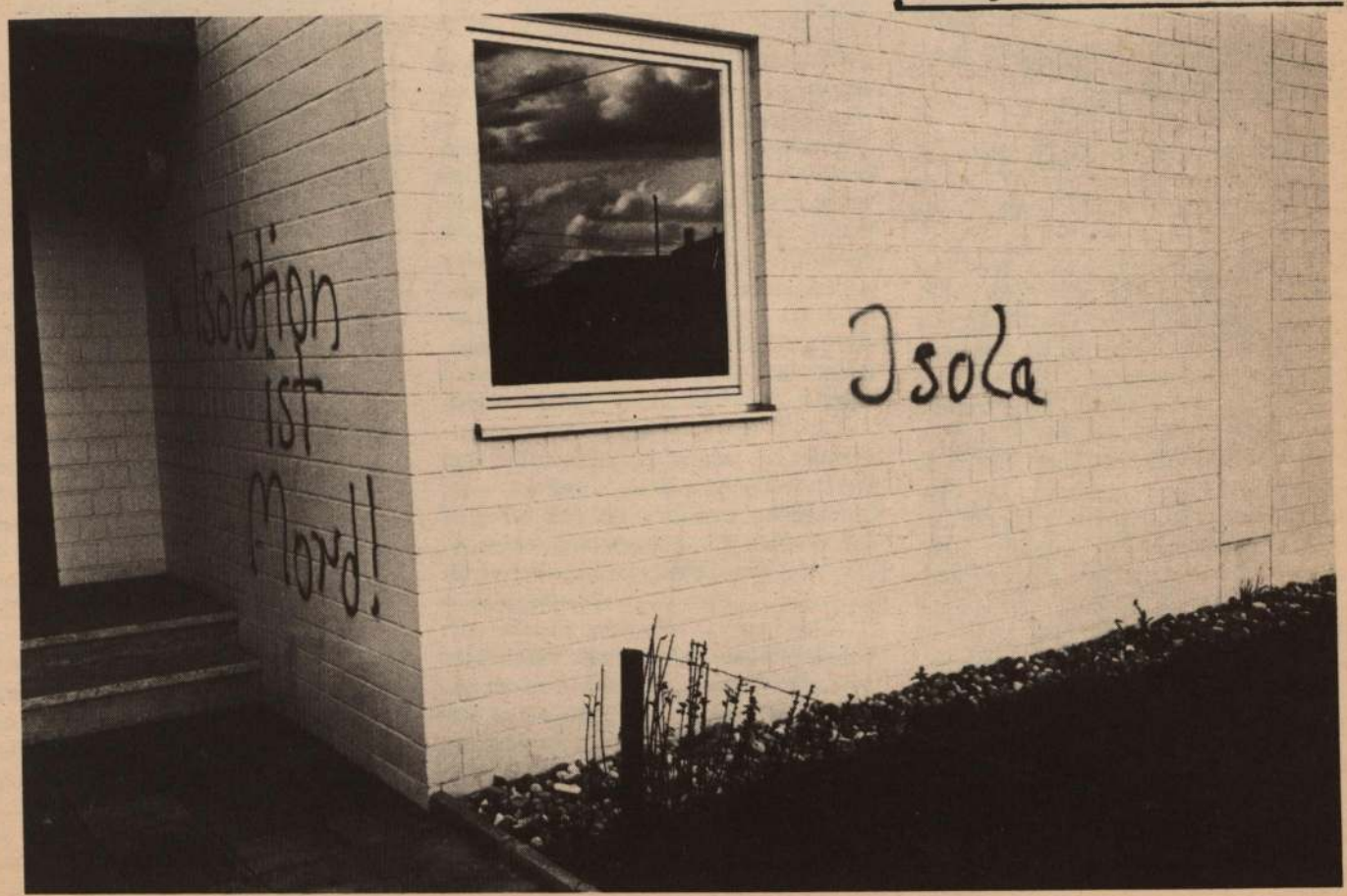
Gut ist daran die Ehrlichkeit, mit der Mescalero seine Gefühle und ihren Hintergrund beschreibt; daß er ihren Ursprung in der gesellschaftlichen Entfremdung nicht erkennt, ist nicht seine Schuld, sondern das Ergebnis einer Politik, die der Bundesjustizminister Vogel so zusammenfaßte: Wer sich um Verständnis von Gewalttaten bemühe, müsse als Sympathisant von Terroristen moralisch isoliert werden.

(Das hat der Frankfurter Ihv, der Studentenverband der FDP gleich in die Praxis umgesetzt: auf den im Kasten abgedruckten Beschluß des Frankfurter Studentenparlaments, der auch von 2.000 Studenten auf einer Vollversammlung verabschiedet wurde, antwortete er an die FAZ, ohne sich einer Diskussion im Studentenparlament zu stellen: Der Antrag stelle eine glatte Billigung von Mordanschlägen dar. Wer ambivalente Gefühle

Resolution

Das Studentenparlament befürwortet ohne Einschränkung die Veröffentlichung des im Göttinger AstA-Infos abgedruckten Diskussionsbeitrages zum Tod des Generalbundesanwalts Buback im Frankfurter AStA-Info.

Der Generalbundesanwalt war persönlich mitverantwortlich dafür, daß politische Gefangene unter Haftbedingungen leben mußten, die selbst von der europäischen Menschenrechtskommission in einem Urteil gegen die britische Regierung als Folter (unter Bezugnahme auf „sensorische Deprivation") bezeichnet wurde. Das läßt uns nicht seine Ermordung befürworten. In der Bundesrepublik wurden während der Fahndung nach der RAF und anderen Gruppen zahlreiche Bürger von der Polizei erschossen. Der Generalbundesanwalt hat durch seine Tätigkeit zu der Innenpolitik der letzten Jahre entscheidend beigetragen. Es ist daher legitim, über die Gefühle zu diskutieren, die Sozialisten und Demokraten aus dieser Verfolgungssituation gegenüber Einzelnen entwickeln, die für diese Unterdrückung mitverantwortlich sind. Erst diese Diskussion macht es möglich, nicht einem individuellen Rachedenken zu verfallen. Sie ist vielmehr notwendig, um anstelle von Einschüchterung oder Verzweiflungsaktionen gegen die Unterdrükkung in der BRD menschenwürdigere Verhältnisse herzustellen. Das Studentenparlament verurteilt daher den Versuch, die Diskussion über die ambivalenten Gefühle zu unterdrücken, die bei vielen Studenten über den Tod des GB Buback entstanden sind, als Zensur und Unterdrückung der Meinungsfreiheit.



sage, meine doch in Wirklichkeit nichts anderes als Genugtuung.)

Daß Mescalero den Generalbundesanwalt nicht leiden konnte, werden ihm solche politischen Gegner verübeln, mindestens offiziell, auch wenn manchen in Wirklichkeit Siegfried Buback wenig bedeutete und sie ihn, als er lebte, nur unter Druck setzten, noch energischer vorzugehen. Für Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber dem Generalbundesanwalt, die Mescalero zeigt, gab es guten Grund. Siegfried Buback hat der deutschen Justiz auch in westlichen Demokratien alles andere als einen guten Namen gemacht. Der englische Pastor Paul Östreicher, Leiter der britischen Sektion von amnesty international, der Buback und Prinzing kennengelernt hatte, berichtete, er halte Prinzing für einen liberalen und gerechten Richter (später hat er diese Meinung revidiert), Buback aber für „einen ganz finsteren law-and-order Mann".

Trotz der angegeben Gründe, aus denen heraus zu erklären ist, daß Mescalero eine klammheimliche Freude über den Tod des Generalbundesanwaltes empfand, sollte man sich klarmachen, daß dies ein verdinglichtes Gefühl ist. Auch auf Grund des schwersten Vorwurfes gegenüber einem Menschen: daß er andere Menschen getötet hat – ist sein Tod nicht zu bejahen; wenn das Attentat auf Carrero Blanco anders zu beurteilen ist, sind dafür andere Gründe ausschlaggebend: es war Ausdruck eines demokratischen Volkswiderstandes, der sich in Notwehr gegen einen tyrannischen und kriminellen Herrscher richtete. Die zukünftigen politischen Aussichten des Franco-Faschismus wurden ganz wesentlich verschlechtert.

Freude ist jedoch in keinem Fall am Platz, wenn ein Mensch getötet wird.* „Ein Mensch, das ist immer ein Inbegriff von Hoffnung, von Erwartung: er erwartet etwas vom Leben, das Leben erwartet etwas von ihm. Die Abstraktion davon fällt den Faschisten, der Staatsgewalt, der Exekutive leicht. Wir fordern aber von der Linken, daß sie, wiewohl sie in ihrem intellektuellen Ausdruck mit Abstraktionen lebt, hier n i c h t abstrahiert." (P. Brückner, B. Sichtermann Gewalt und Solidarität, Berlin 1974 S. 16)

Trotz der Ansätze von Entfremdung, die aus der klammheimlichen Freude über den Tod Bubacks sprechen, erkennt Mescalero diese Gefahr und leht ein solches Handeln und Denken ab. „Woher könnte ich, gehörte ich den bewaffneten Kämpfern an, meine Kompetenz beziehen, über Leben und Tod zu entscheiden? ... ich denke immer noch, daß die Entscheidung zu töten oder zu killen bei der herrschenden Macht liegt." Der ganze zweite Teil des Artikels, in dem Mescalero diese Überlegungen anstellt, weist nicht mehr die sprachlichen Entfremdungserscheinungen auf, die im ersten Teil zu finden waren. „Was wir auch tun, es wirft immer ein Licht auf das, was wir anstreben. Wir werden unsere Feinde nicht liquidieren, nicht in Gefängnisse und nicht in Arbeitslager sperren und deswegen gehen wir doch nicht sanft mit ihnen um." Mescalero zeigt damit ein Bewußtsein, das vielen Bürgern der BRD, die von ihren schießeifrigen 'Beschützern' in den letzten Jahren umgebracht worden sind, das Leben gerettet hätte, wenn es in einigem Umfang bei Politikern, Polizisten und Verwaltungsbeamten vorhanden gewesen wäre. (Um nur zwei Fälle zu nennen: ein vierzehnjähriger Junge, der auf einem Bau spielt, in dem bekannterweise öfter Kinder gespielt haben, wird von einem Polizisten erschossen; ein Schäfer, der mit einem Viehwagen ein totes Schaf aus seiner Herde von der Weide holt, wird von zivilen Beamten auf offener Straße, ohne daß sie sich zu erkennen geben, gestoppt, und die Beamten erschießen ihn, der keine Waffe bei sich führt, während er in seinem Wagen sitzt.)

Es ist kaum eine größere Heuchelei vorstellbar, als daß Politiker nichts zu diesen Toten sagen und zu den Verhältnissen, die zu ihrem Tod führten, daß Politiker dazu schweigen, daß im Iran aus der BRD heimkehrende iranische Staatsbürger auf Grund der Information staatlicher Organe der BRD, die damit gegen die Verfassung handelten, auf viehische Weise gequält und ermordert worden sind – und das aller Wahrscheinlichkeit nach in viel mehr Fällen als in der BRD Menschen von Guerillagruppen umgebracht worden sind – , während diese Politiker die Verurteilung des Mordes an Generalbundesanwalt Siegfried Buback dazu benutzen, die Abschaffung der für sie natürlich unbequemen demokratisch gewählten Studentenvertretungen zu fordern.

Wolfgang Bock / Erich Fried

* Allerdings ist heimliche Freude oder Schadenfreude gegenüber mißliebigen Menschen ein so allgemeiner menschlicher Zug, daß schon Aristoteles die Guten als jene definierte, die von dem, was die Bösen tatsächlich tun, nur träumen. Eine berühmte Passage bei Heinrich Böll handelt von der Vorstellung, wie sich eine Fischgräte in Axel Springers Hals querlegen möge.

Liebet eure Feinde...

Im Folgenden drucken wir den Text einer Radiosendung ab, die Ende Mai im Südwestfunk gesendet worden ist. Der Autor, Klaus Figge berichtete in der Sendung „Kirche im Gespräch" über die Reaktion auf die Grußadresse von 28 Tübinger Theologiestudenten an Günter Sonnenberg.

„Verwirrung und Verblendung„ oder „Zynismus und Einfalt", zwei typische Schlagzeilen über Tübinger Theologiestudenten in den letzten Tagen. Die öffentliche Empörung ist groß. Der „Fachschaftsrat" der Theologiestudenten hatte am 10. Mai mit 28 gegen 5 Stimmen beschlossen, dem mutmaßlichen Terroristen Günter Sonnenberg Brief und Blumen ins Krankenhaus zu schicken.

Die Vorgeschichte:
Badisches Tagblatt 4. Mai:
„2 hochkarätige Terroristen nach Schiesserei gefaßt." Der im Zusammenhang mit dem Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen beiden Begleitern gesuchte Günter Sonnenberg und die ebenfalls als Terroristin gesuchte Verena Bekker sind gestern in Singen am Hohentwiel nach einer Verfolgungsjagd und einem heftigen Schußwechsel gefaßt worden . . . Bei der Schießerei wurde Sonnenberg durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt. Ein Beamter erlitt schwere Verletzungen, Verena Becker und ein anderer Beamter leichte Verletzungen."
Als Günter Sonnenberg transportfähig war, wurde er in eine Tübinger Klinik gebracht. In der Öffentlichkeit neu belebt wurde die Diskussion um die Todesstrafe; es erhoben sich Stimmen, welche die Einstellung der lebenserhaltenden Maßnahmen bei Sonnenberg forderten. Die öffentliche Empörung über den Mord an Siegfried Buback in Karlsruhe ging sozusagen nahtlos über in die Empörung über die Schießerei in Singen und dann in die über den Theologiestundentenbrief an Sonnenberg in Tübingen.
Einer der Autoren sagte über die Entstehung des Briefes:
„Ich bin einer von denen, die mit auf die Idee gekommen sind diesen Antrag in den Fachschaftsrat einzubringen. Entstanden ist es aus unserem Unwohlsein darüber, in unserm Theologicum in unmittelbarer Nachbarschaft der chirurgischen Klinik hier in Tübingen zu arbeiten und zu wissen, daß dort der Mensch Günter Sonnenberg liegt, und gleichzeitig in der Öffentlichkeit hier in Tübingen mitzubekommen die Forderung nach der Todesstrafe, nach der Einstellung der lebenserhaltenden Maßnahmen bei den Terroristen. Und das rief bei uns eben das Unwohlsein hervor. Wir sind dann davon ausgegangen, (das hat sich dann später als Fehleinschätzung der Lage herausgestellt) daß Theologiestudenten in der Öffentlichkeit einen solchen Ruf oder ein solches Ansehen genießen, daß sie es wagen können, zu solchen Tabuthemen Stellung zu nehmen, ohne daß man sie gleich der Sympathie mit Terroristen, mit Terrorismus und Gewalt verdächtigt. Wir wollten ein Zeichen setzen, daß wir Menschen, von denen man öffentlich den Tod fordert, Blumen und Genesungswünsche senden. Und dabei eben unsern Ruf als Theologiestudenten mit einsetzen."
Wir können hier nur versuchen, mit den Mitteln der Dokumentation die Tübinger Vorgänge aufzuzeigen. Wir haben dabei den Wunsch eines der 28 Stundenten, die für den Brief gestimmt haben, berücksichtigt, anonym bleiben zu wollen; denn die 28 Namen sind keineswegs alle bekannt. Hier aber zunächst einmal der Brief im Wortlaut. Und zwar im vollen Wortlaut.
„Lieber Günter Sonnenberg! Du bist hier nach Tübingen gebracht worden, wo wir in der Fachschaft ev. Theologie in der politischen Auseinandersetzung mit den Kräften stehen, mit denen auch Du zu tun hast. Wir suchen darin vermutlich andere Formen als Du (wir lehnen z.B. tötende Gewalt im Kampf um eine bessere Form des Zusammenlebens ab).
Wir wünschen Dir und uns, daß wir in nicht allzuferner Zukunft in einer Gesellschaft leben, in der Entfremdung aufgehoben, Haß und Gewalt überflüssig, Solidarität und Zärtlichkeit die menschlichen Umgangsformen sein werden.

Mit besten Genesungswünschen
Der Fachschaftsrat ev. Theologie

Übrigens wünschen wir das auch den Polizisten, die dann allerdings nicht mehr nötig sein werden."

Der erste, der nach dem Beschluß, aber noch vor Absendung des Briefes aktiv wurde, war Martin Hengel, Prof. für Neues Testament und Antikes Judentum, gegenwärtig Dekan des Fachbereiches ev. Theologie.
Prof. Hengel:
Ich erfuhr zunächst einfach nur die Tatsache ohne die näheren Umstände, und ich bemühte mich dann leider vergeblich, in Kontakt mit den Leuten zu kommen, die nun maßgeblich an diesem Beschluß beteiligt waren, die ihn eingebracht, verteidigt hatten und die auch mit seiner Ausführung betraut waren."
Der Mann, der Prof. Hengel informierte war der Student R. F., der gewählte Fachschaftssprecher der Studenten:
„Ich war dabei, als dieser Antrag im Fachschaftsrat gestellt worden ist. Zunächst habe ich zu bedenken gegeben, daß dies (es war einfach nur der Antrag gestellt worden, Blumen zu schicken) unbedingt mißverstanden werden mußte als Sympathieerklärung. Daraufhin hat man sich erboten, ein Begleitschreiben zu schicken, und hat dieses Begleitschreiben auch sehr schnell verlesen. Dann gab's vielleicht 'ne halbe Stunde Diskussion, inwieweit ein solcher Blumenstrauß Mißverständnisse hervorrufen kann, inwiefern diese Mißverständnisse etwa die Diskussion ankurbeln können oder inwiefern die eigentlich nur schaden. Ich habe mich dann auch gegen diesen Brief gewandt, weil er die an sich gute Aktion nicht präzisiert, sondern zudem noch den Verdacht bestärkt, daß es sich um eine Solidaritätsaktion handelt. Wobei ich persönlich sagen will, daß ich nicht den Eindruck hatte, daß sie sich solidarisieren wollten. Aber die Ausdrücke waren derartig zweifelhaft und verschwommen, daß man sie in der Bevölkerung mißverstehen mußte. Ich hab' dann den Gegenantrag gestellt: Daß wir zusammen eine Presseerklärung ausarbeiten, die – soweit es uns möglich ist – an die verschiedenen Zeitungen gehen sollte als Stellungnahme der gesamten Fachschaft und die wir dann auch von der Vollversammlung verabschieden lassen könnten, zum Problem des Terrorismus; daß wir zunächst dazu Arbeitskreise bilden und daß so'ne überstürzte Aktion nicht wohlbedacht ist."
Auch F. also, der als Fachschaftssprecher gegen den Brief war, wollte in Sachen Terrorismus etwas tun:
„Ich wollte einfach, wenn man's in Schlagworten ausdrückt, darauf hinweisen, wo zunächst mal die Grenzen zwischen Recht und Rachewunsch überschritten wird. Die Empörung in der Öffentlichkeit über solche Gewaltakte ist berechtigt. Daß das aber dann dazu führt, unmittelbar die Todesstrafe zu fordern, oder wie ich's in der Bevölkerung oft gehört habe, einfach kurzen Prozeß zu machen mit den Leuten und ihnen auch praktisch ihre demokratischen

Rechte zu entziehen, sie also zur Unperson zu erklären, das sind solche Dinge, gegen die man als Staatsbürger ganz einfach vorgehen muß. Auch als theologische Fachschaft sollten wir hier Stellung nehmen gegen so etwas."

Student F. also hatte den Dekan Hengel informiert.

Der Dekan:

„Daraufhin habe ich noch am Freitag den Präsidenten von dem Vorfall benachrichtigt (am 14. Mai), und dann sämtliche habilitierten Professoren und Dozenten des Fachbereiches für Samstagabend in meine Wohnung eingeladen, um diesen Vorfall, der mich sehr empört und erschreckt hat, zu besprechen. Auf Grund des Protokolls und meiner Informationen konnte ich dann meine Kollegen über den Vorfall informieren. Wir haben dann dazu nach einer längeren Diskussion, einmütig eine Resolution verfaßt, in der wir unsere Bestürzung über die geistige Verwirrung einer kleinen Gruppe von Theologiestudenten zum Ausdruck bringen, die hier dem unter Mordverdacht verhafteten Günter Sonnenberg Brief und Blumen übersand haben. Wir waren, sind der Meinung, daß ein solcher Schritt unweigerlich von der Öffentlichkeit als Solidarisierung mit diesem des Mordes Verdächtigen aufgefaßt werden mußte, und daß auch die in dem Schreiben auch offenbar vorgesehene Distanzierung von politischem Mord nicht ausreicht, um das Mißverständnis einer Solidarisierung und Sympathieerklärung zu beseitigen."

Dies ist der volle Text der Professorenerklärung:

„Mit Bestürzung haben wir die geistige Verwirrung einer Gruppe von Theologiestudenten zur Kenntnis genommen, die sich in der Übersendung von Brief und Blumen an den wegen Mordverdacht inhaftierten Günter Sonnenberg ausdrückt. Auch Mitgefühl mit einem Schwerverletzten kann nicht Schritte legitimieren, die die Grenze zwischen Recht und Unrecht verwischen. Solche Schitte werden unweigerlich zur Sympathieerklärung für die Gesetzlosigkeit. Daran ändert auch Distanzierung von Terror und Mord nichts. Die Einsatzbereitschaft für das Bessere sollte sich nicht von den terroristischen Zielen weniger mißbrauchen lassen!"

Abgeschickt und in der Öffentlichkeit bekannt wurde der Brief an Sonnenberg erst zwei Tage später. Einer der Briefentwerfer:

„Der Brief ist von uns selbst an die Öffentlichkeit gegeben worden nach dem Wochenende; der Brief ist also Montagmorgen abgegangen mit den Blumengrüßen. Nachdem wir am Wochenende von der Reaktion unserer theologischen Lehrer erfahren hatten, die unserer Aktion ablehnend und mit sehr viel Unverständnis gegenüberstanden, und als uns klar war, daß in der Öffentlichkeit eine Diskussion über der Öffentlichkeit eine Diskussion über unsern Brief und über unsere Aktion in Gang kommen würde, und daß diese Diskussion wahrscheinlich auf eine Diffamierung von uns als Gewalttäter und Terroristen hinausliefe, haben wir den Brief gleichzeitig hier an die Ortszeitung gegeben, um so die sachliche Grundlage für diese Diskussion zu ermöglichen."

Bekannt wurde dann auch das Parallelschreiben an die verletzten Polizisten in Singen. Hier der volle Text:

„Anlässlich unserer Genesungswünsche an Günter Sonnenberg wollen wir es nicht versäumen, auch Ihnen baldige Genesung zu wünschen. Der Fachschaftsrat ev. Theologie 74 Tübingen, Anlage: Schreiben an Günter Sonnenberg"

Dazu Dekan Hengel:

„Ärgerlich war vor allem auch die Tatsache, daß den verletzten Polizisten nur eine ganz kurze Notiz übersandt wurde und daß man den Polizisten eine Kopie des Sonnenbergbriefes beilegte. Der Brief an Sonnenberg mit der nun nachgeraden Formulierung, daß „wir in der Fachschaft ev. Theologie in der politischen Auseinandersetzung mit den Kräften stehen, mit denen auch Du (man beachte die vertrauliche Anrede) zu tun hast", muß eindeutig als Solidarisierung und Symphatieerklärung gedeutet werden. Auch wenn dann der Nachsatz kam: Wir suchen darin vermutlich andere Formen als Du, wir lehen z.B. tötende Gewalt im Kampf um eine bessere Form des Zusammenlebens ab." Wir machten die Betroffenen sofort auf dieses sonderbare „vermutlich" aufmerksam; sie versuchten sich damit zu verteidigen, daß sie damit, da Sonnenberg noch nicht rechtskräftig verurteilt sei, mit äußerster Penibilität nun zurückweisen müßten, daß es sich hier um einen Mörder handele: das müßte erst das Gericht klären. Offenbar konnten die Verfasser nicht richtig Deutsch."

Einen Teil der Argumentation der Briefschreiber hat Hengel damit schon vorweggenommen. Zu dem übrigen sagen sie:

„Kurz zu dem ‚Du' und ‚Sie': Günter Sonnenberg ist, soweit uns bekannt ist, Student, 23 Jahre alt, und da ist diese Anrede üblich und das Normale. Der Brief an den Polizisten wurde als zynisch aufgefaßt: Der Brief an den Polizisten wurde auch nicht mit der gleichen Sorgfalt abgefaßt, und es tut uns leid, daß er so verstanden wurde. Wir haben inzwischen dem Polizisten einen persönlichen Brief geschrieben, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, in dem wir dieses Mißverständnis richtig gestellt haben, und glauben, daß wir durch diesen persönlichen Kontakt den richtigen Weg eingeschlagen haben."

In der Folge hat es eine Fülle von öffentlicher, auch polemischer Auseinandersetzungen um diesen Brief an Sonnenberg gegeben, was die Absender offenbar völlig überrumpelt hat.

„Es war die typische Zauberlehrlingsreaktion, daß man plötzlich erschrocken feststellt, daß man die Geister, die man selber gerufen hat, und zwar ganz bewußt und zielstrebig, trotz aller Warnungen nicht mehr los wird,"

sagt Dekan Hengel. Pfarrer, Gemeindeglieder, Polizisten, Journalisten – jeder protestierte. Briefe forderten den Ausschluß vom Studium und verglichen makaber die Gehirnverletzung Sonnenbergs mit dem Gehirnzustand der 28 Briefschreiber. Die Gewerkschaft der Polizei erstattete Strafanzeige. Nur der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Tübingen solidarisierte sich mit den 28. AstA-Referentin:

„Wir vom AstA, wir haben uns hinter diese Aktion gestellt, und sie definiert als moralisch und politisch richtige Handlung, weil wir der Meinung sind, daß da, wo die Gesellschaft den Tod fordert, daß da Blumen geschickt werden."

Zitat aus der AstA-Erklärung vom 22. Mai:

„Günter Sonnenberg und der Polizist, sie sind beide Opfer ein und desselben gesellschaftlichen Prozesses, der auf Gewalt basiert, wie diese gesamte Gesellschaft basiert auf dem Gewaltverhältnis von wenigen Kapitaleignern zu vielen abhängigen Lohnarbeitern. Sonnenberg und der Polizist, sie gehören zusammen, ihre Plätze sind austauschbar."

Damit hatte die Auseinandersetzung eine neue Stufe erreicht. Vergeblich hatte Universitätspräsident Theis noch versucht, durch rechtsaufsichtliche Verfügung den Brief an Sonnenberg zu stoppen. Zur AstA-Erklärung sagt er:

„Für die Tübinger Universität ist dieses ein gewisser Schlußpunkt der Entwicklung

der politischen Auseinandersetzung mit bestimmten Gruppierungen der Studentenschaft. Hier zeigt sich ganz deutlich, daß bewußt oder unbewußt (das mag denn mal dahinstehen) die Ausübung von Gewalt als Folge unserer eigenen Gesellschaft angesehen wird, daß man sich also nicht mehr bereit erklärt, an der Veränderung und Weiterentwicklung dieser Gesellschaft zu arbeiten, sondern daß man sie pauschal für nicht mehr veränderungswürdig und damit auch (im Unbewußten) für gewaltsam zu beseitigen hält. Wir meinen, daß bei dieser Situation das Ausführen rechtsaufsichtlicher Maßnahmen oder gar das Erstreiten verwaltungsgerichtlicher Maßnahmen, die solche Äußerungen verbieten, nicht weiterhilft. Wir müssen jetzt gemeinsam zwischen Lehrenden und Lernenden das Gespräch über die geistige Situation unserer Studentenschaft in Gang bringen. Wir können jetzt nicht mehr versuchen, überall den Mantel der Nächstenliebe auszubreiten, sondern müssen uns gegenseitig stellen. Wir müssen versuchen, die bisher schweigend an der Universität studierende Mehrheit, das sind weit mehr als 90%, in die Auseinandersetzung mit einzubeziehen."

Befragt, wie er denn die „geistige Situation" seiner 18. 000 Studenten generell einschätze, sagte Uni-Präsident Theis:

„Was wir sicher sagen können, ist, daß wir eine Gruupe (ich würde sie auf weit unter 10% einschätzen) hochsensibilisierter Studenten haben, die sowohl mit den Formen in der Universität, aber auch mit den Lebensformen der sie umgebenden Gesellschaft nicht mehr zurechtkommt. Es sind Leute, die irgendwo versuchen, im geistig-theoretischen Bereich neue Formen der Gesellschaft zu entwickeln, sie z.T. in neuen Gruppierungen des menschlichen Zusammenlebens zu erproben. Sicher ist aber auch, daß wir eine kleine Gruppe entschlossener Aktivisten haben, bei denen wir uns manchmal fragen, inwieweit sie im Grunde genommen nur der verlängerte Arm (ob im Bewußten oder Unbewußten) derer sind, die östlich der Elbe das Staatsgebilde beherrschen."

Untersucht man einmal inhaltlich die Vorwürfe gegen die 28 Theologiestudenten, die Günter Sonnenberg geschrieben haben, etwas genauer, so spielt der Marxismusverdacht eigentlich nur eine Nebenrolle.

Bei Prof. Hengel taucht er noch einmal auf: „Theologisch ist völlig falsch das Menschenbild. Hier wird die Tatsache der Sünde des Menschen, seine Ich-Sucht, seine Gewalttätigkeit, seine Eigenliebe nicht ernstgenommen. Es wird so getan, als könnte man durch gesellschaftliche Veränderungen das alles aufheben – gewissermaßen mit einer Handbewegung in nicht allzu ferner Zukunft eben Haß und Gewalt aufheben, so daß es nur noch Solidarität und Zärtlichkeit gibt und ein Staatswesen ohne Polizisten. Die politische Wirklichkeit der letzten 60 Jahre beweist ja das Gegenteil. Die Zahl der Polizisten, gemessen an der Bevölkerungszahl, ist in den sozialistischen Staaten sehr viel größer. Mir wurde gesagt, daß in der DDR es, gemessen an der Bevölkerung doppelt soviele Polizisten gibt wie in der Bundesrepublik."

Es überrascht eigentlich, wenn man sich in Tübingen umhört, daß kaum jemand an der Universität den 28 Böswilligkeit zutraut; der Sympathieverdacht für Terrorismus wird allgemein zurückgewiesen, die ‚gutgemeinte, aber instinktlose Symbolgeste' betont. Was bleibt als Vorwurf im politischen Bereich, ist Kurzsichtigkeit, Ahnungslosigkeit, taktische Unklugheit – und zwar aus mancherlei Gründen.

„Jetzt im Nachhinein können wir das auch als taktische Unklugheit bezeichnen. Aber wir haben einfach für möglich gehalten, daß die Öffentlichkeit, wenn da etwas von Theologiestudenten kommt, differenzierter urteilt, als sie das getan hat",

sagt einer der 28. Auf die Frage aber, welche Theologie denn nun eigentlich bei ihm dahintersteckt, wenn er von einer kommenden gewaltfreien Gesellschaft auf dieser Erde träume, muß er lange nachdenken:

„Eine Theologie, die auf Befreiung des Menschen zielt; eine Theologie, die den status quo nicht hinnehmen kann als unveränderbar, sondern weiter versucht, ihn zu verändern hin auf die Selbstverwirklichungsmöglichkeit für alle Menschen in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen."

Dies aber ist im Kern ein Aspekt der gegenwärtig in der evangelischen Theologie geführten Hauptdiskussion. Die Progressiven beharren darauf, daß mit menschlicher Anstrengung zwar nicht das Reich Gottes auf Erden herbeigeführt werden kann, daß aber doch versucht werden muß, die ungerechten Verhältnisse wenigstens zu verbessern. Das leiten diese Theologen aus dem Evangelium ab. Anders die Denkweise der Konservativen, zu denen in Tübingen auch Dekan Hengel gehört. Klaus F igge fragte ihn:

„Meine Frage zielt nochmal auf das Theologische: Sie können doch nicht vom Neuem Testament her argumentierend sagen, daß es nicht eine Möglichkeit gibt, auf dieser Erde zu versuchen, einen möglichst gerechten Staat, eine möglichst gerechte Gesellschaft aufzubauen – als Utopie. Das Neue Testament verweist doch nicht nur auf's Jenseits, im Gegenteil!"

Dekan Hengel antwortete:

„Gerade hier muß man sehr deutlich unterscheiden: Ein möglichst gerechter Staat ist immer (wie alle Staaten) zugleich ein partiell ungerechter Staat, in dem Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit miteinander kämpfen. Und eben auf Grund dieses Kampfes, der zugleich ein Kampf in unserem Herzen ist, ist in jedem Staat Polizei notwendig. Der Begriff „möglichst" in Ihrer Frage enthält im Grunde genommen bereits die Notwendigkeit der Polizei. Ich würde wünschen, daß die Entwicklung darauf zuläuft, daß unser Staat friedlicher wird, daß es mehr Solidarität, Zärtlichkeit und Gerechtigkeit gibt. Aber hier in dem Papier ist ja davon die Rede, daß Polizisten nicht mehr nötig sein sollen und daß Haß und Gewalt völlig überflüssig sind.

Hier wird eine Utopie gezeichnet, die mit dem Menschenbild des Neuen Testament, mit dem Bild vom eigensüchtigen, bösen Herzen nicht übereinstimmt. Es werden hier in vulgärmarxistischer Weise im Grunde alle Fehler des Menschen auf falsche gesellschaftliche Verhältnisse zurückgeführt. Und wenn die Gesellschaft richtig geordnet ist, dann hören auch das Verbrechen und die Ich-Sucht des Menschen auf. Das halte ich nun freilich für einen Grundirrtum, der dem Menschenbild des Neuen Testament fundamental widerspricht. Das Reich Gottes – im eigentlichen Sinne – kann nur durch Gottes Wunder entstehen, und eben nicht durch menschliches Fortschrittsstreben."

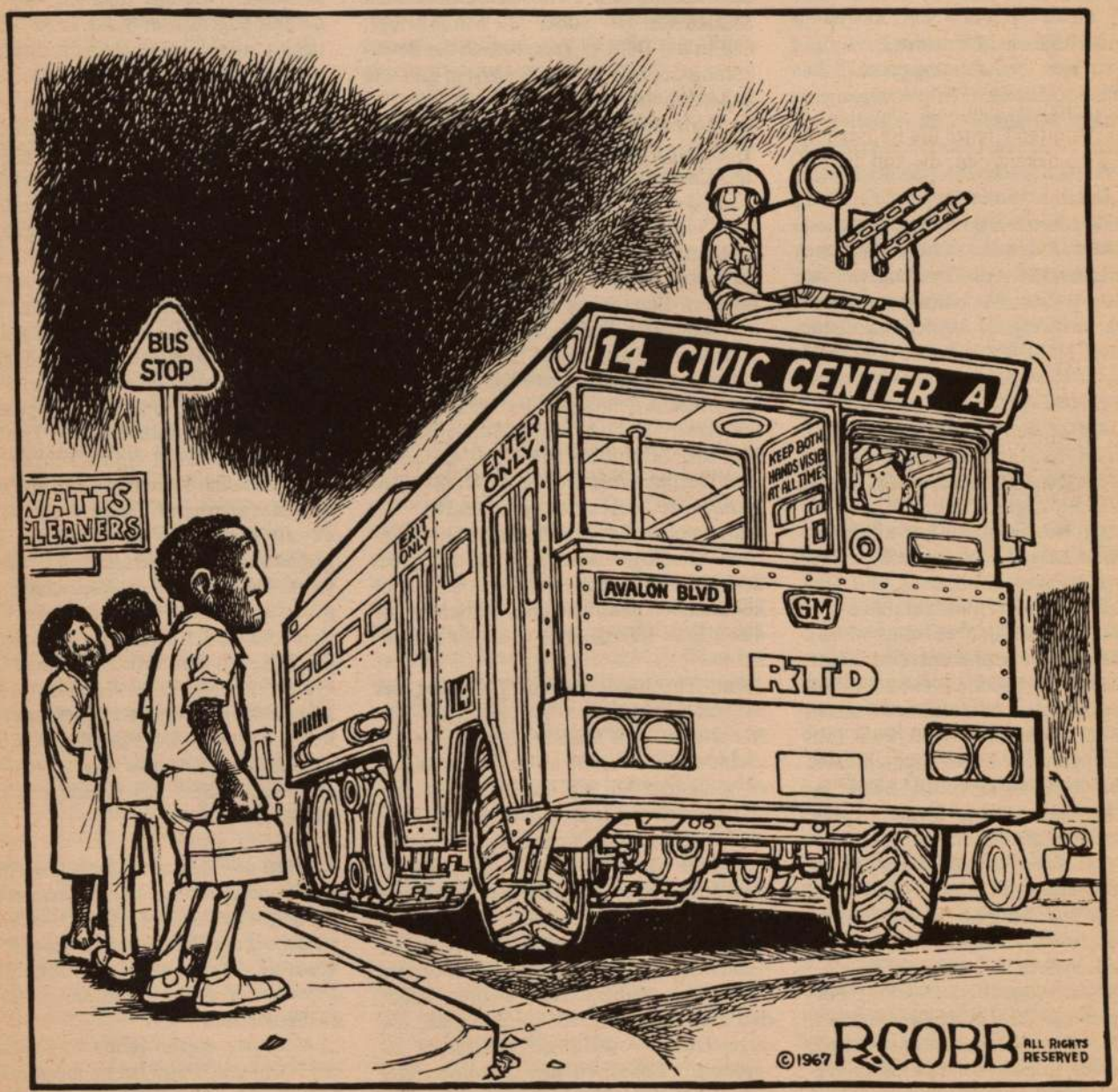
Ein Teil der Tübinger Auseinandersetzung geht sicher zurück auf unterschiedliche theologische Ansätze. Auf einer Vollversammlung der Theologen, an der von 1 200 Studenten 450 teilnahmen, stimmte am 24. Mai die knappe Mehrheit dafür, sich zu distanzieren:

„1. Von der eigenmächtigen Briefaktion des Fachschaftsrates, ohne jedoch die Befürworter zu diffamieren oder gar der persönlichen Verfolgung preiszugeben;

2. von jeder Form des Terrorismus und dem Versuch seiner Rechtfertigung;

3. von pseudo-theologischen Zukunftswünschen, die die Sündhaftigkeit des Menschen außer Acht lassen, da Erlösung – auch wenn sie durch Menschen geschieht – Gottes alleiniges Werk ist."
In Tübingen aber leben derweil die 28 – geknickt, isoliert – in der Furcht des Herrn. Denn der Bischof hat gesprochen; ihre kirchliche Karriere ist in Gefahr. Helmut Class, Vorsitzender des Rates der ev. Kirche in Deutschland:
„Der Brief ist Ausdruck einer tiefgehenden Verwirrung und politischen Verblendung . . . Äußerungen einzelner Studenten können nicht der Kirche als Ganzes angelastet werden. Theologiestudenten stehen noch nicht im kirchlichen Dienst. Damit ist die Kirche nicht von der Verantwortung für ihre künftigen Pfarrer entbunden. Eine Denkweise die politischen Terror als Mittel zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse bejaht, ist unvereinbar mit dem Dienst in der Kirche."

Klaus Figge



„sb objektiv für berufsverbote!"

Sozialistisches Büro „objektiv für Berufsverbote "oder: Ratet mal!

Im Folgenden drucken wir ein Dokument ab, das unter den Funktionären einer Partei, die allen Lesern bekannt sein wird, seit einigen Wochen im Umlauf ist. Wir sind gespannt, ob jeder erkennt, um welche Partei es sich handelt. Diese Partei ist – soviel als Hinweis – nicht im Bundestag vertreten. Die Vermutung liegt nahe, daß einige Funktionäre dieser Partei ihre politische Duldung durch die SPD und Ge-Ausschlüsse aus den Grwerkschaften) dadurch erkaufen wollen, daß sie nur bis zu einer bestimmten Grenze die Repressionsmaßnahmen bekämpfen, die von der SPD und Teilen der Gewerkschaften ausgehen.

INFORMATION zur sog.
„Initiative für ein Russell-Komitee/
Tribunal über die Repression in der BRD"

I.
Auf dem sog. ‚Anti-Repressions-Kongreß' des Sozialistischen Büros (SB), maoistischer und trotzkistischer Gruppierungen (Pfingsten 1976 in Frankfurt) veröffentlichte das nationale Sekretariat der PSU (= Vereinigte Sozialistische Partei, Frankreich) einen Aufruf zur Durchführung eines ‚Russell-Komitees über die Repression in der BRD. In Punkt 3 dieses Aufrufs (vom 22.6.76) heißt es:

> „Die äußeren Streitigkeiten wurden vor allem über die Berufsverbote im öffentlichen Dienst ausgetragen. Aber diese Bewegung enthält Risiken korporatistischer Natur (d.h. daß die Bewegung begrenzt ist auf den Kampf gegen die Berufsverbote). Wir weisen nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß die Berufsverbote Teil einer globalen Strategie der BRD-Regierung sind, die darauf ausgerichtet ist, von jetzt an alle Versuche der Arbeiterklasse auf politische Organisierung zu liquidieren. Diese repressive Strategie zeigt sich genauso im Verbot der Propagierung von Gewalt, in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften, in den Haftbedingungen und der Isolierhaft in den Gefängnissen usw. . . . "

(Zitat nach der KB-Dokumentation ‚Berufsverbote')

Aus dieser ‚Analyse' leitet die PSU dann die Empfehlung ab, „das Niveau und die gegenwärtigen Foren der internationalen Mobilisierung zu überschreiten", und die PSU macht somit klar, daß ihre Initiative zur Durchführung eines Russell-Komitees die demokratische Bürger- und Bündnisbewegung ‚Weg mit den Berufsverboten' entweder vereinnahmen oder ‚überwinden' sollte.

Das hatten in der BRD in den Jahren 1975/76 bereits ohne Erfolg die Gruppierungen versucht, die den o.g. Pfingstkongreß organisiert hatten und die jetzt den Aufruf der PSU aufgriffen:

Das Sozialistische Büro (SB), der Kommunistische Bund (KB) und die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM). Sie fanden sich auf einem ersten Treffen Mitte '76 zur Vorbereitung des ‚Russell-Tribunals' zusammen und wurden ‚gestärkt' durch weitere Gruppierungen, wie:

Das Westberliner Aktionskomitee gegen Berufsverbote, die Evangelische Studentengemeinde (ESG), der Frankfurter Informationsdienst (ID), mehrere Anwaltskollektive, ehemalige Sponti-Arbeitskreise (?) und das Westdeutsche-Irland-Solidaritätskomitee.

Vertreter der genannten Gruppierungen haben im Oktober und November in Paris mit Vertretern der Russell-Peace-Foundation Gespräche über die Durchführung eines Russell-Tribunals geführt.

II.
Die Russell-Peace-Foundation (Russell-Friedens-Stiftung) ist eine zweckgebundene Stiftung aus dem Nachlaß oder mit dem Namen des englischen Philosophen Bertrand Russell. Die Russell-Foundation hat bisher zwei Tribunale durchgeführt: ein Vietnam-Tribunal (1967) und ein Südamerika-Tribunal. Auf diesen Tribunalen wurden die Greueltaten faschistischer Regimes und die sie stützenden imperialistischen Regierungen öffentlich angeklagt und verurteilt. Grundlage dieser Tribunale über Folter, KZ, imperialistische Kriegsführung und Mißachtung internationaler Konventionen waren das Völkerrecht, international anerkannte Rechtsnormen und die jeweiligen Verfassungen.

III.
In den Gesprächen in Paris hat die Russell-Foundation ‚grundsätzliche' Bereitschaft (so SB und KB) gezeigt, die Initiative für ein Russell-Tribunal in der BRD zu prüfen. Die Russell-Foundation macht ihre Unterstützung und eine weitere Prüfung (so das SB) jedoch davon abhängig, daß „sie von gewichtigen Kräften in der BRD dazu aufgefordert werden würde", (Zentrales Rundschreiben des SB). Es ist jedoch anzunehmen, daß die o.g. Gruppierungen die Russell-Foundation lediglich als Aushängeschild für ihre Bemühungen benutzen, die bestehende Bewegung gegen Berufsverbote zu schwächen.

SB, KB, GIM und deren sog. ‚Bündnis-' oder ‚Massen-'Initiativen mobilisieren deshalb ihre Kräfte, um Einzelpersönlichkeiten, Komitees und Bürgerinitiativen für eine Anfrage an die Russell-Foundation zu gewinnen. Sie arbeiten dabei auf zwei Ebenen:

= nationales Unterstützungskomtee
= regionale Vorbereitungskomitees für das nationale Unterstützungskomitee

1. Nationales Unterstützungskomitee

Hauptsächlich zwischen dem SB (z.T. unterstützt von der GIM) und dem KB werden zwei „Modelle der Unterstützung eines Russell-Tribunals" diskutiert:

1.1. KB-Linie:

Bestehende ‚Komitees gegen Repression' (?) wählen ein nationales Unterstützungskomitee, das „über die Unterstützung des Tribunals hinaus eine gemeinsame Kampagne der Linken gegen die Repression zu organisieren" hat. (SB-Organ ‚Links', Jan. 77). Der KB orientiert auf ein breites ‚Anti-Repressionsbündnis' zur ‚Überwindung der Vereinzelung linker Gruppen'.

1.2. SB-Linie:

Da das SB wohl nicht viel von den KB-Komitees gegen Repression hält und sich von einem Organisationskomitee keinen Erfolg (in seinem Sinne) verspricht, orientiert es auf ein Personen-Komitee aus 2o - 3o Personen: „In ihm sollten Repräsentanten, also nicht formelle Delegierte, der anzusprechenden Kräfte sein von: Jugendorganisationen, kirchlichen Gruppierungen, von radikaldemokratischen und sozialistischen Kräften in Gewerkschaften

und SPD und FDP, von Berufsverbote-Komitees, Bürgerinitiativen und linken politischen Organisationen." (SB-Rundbrief).

In einem Artikel des SB-Organs ‚links' heißt es: das Personenkomitee soll aus Personen zusammengesetzt sein, die „bestimmte, gegen die Repression gerichtete Kräfte in den Organisationen repräsentieren", – also SB-, KB- oder GIM-Sympathisanten (zumindest überwiegend) in den genannten Organisationen. Das spiegelt sich dann auch in den Namen wieder, die als Teilnehmer eines ersten Treffens der Unterstützungsgruppe genannt werden (u. a.: Jens Huhn (SB), Sybille Plogstedt, Otmar Schreiner (JUSO, als Beobachter!), Moneta (IGM), Winfrid Wolf (GIM), Detlev zum Winkel (KB), Walter Moßmann, Jüttner (JUSO, Antirevisionisten) u.a.

Die Aufgaben des Personen-Komitees sollen in folgendem liegen:

- Aufruf zur Unterstützung des Tribunals,
- Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit,
- Organisierung einer vorbereitenden Arbeitskonferenz und einer Abschlußveranstaltung nach dem Tribunal.

Die z.T. heftig geführte Kontroverse um das ‚richtige' Modell ist offensichtlich noch nicht abgeschlossen, es scheint sich jedoch ein Kompromiß anzubahnen. Es wird ein Personen-Komitee gegründet, daß neben den auf die Durchführung des Tribunals bezogenen Aufgaben der KB-Konzeption nicht entgegenarbeitet. Hier werden die beteiligten Gruppierungen nach der jeweiligen Konzeption verfahren.

Es ist klar: sowohl das SB-Modell wie das KB-Modell orientiert auf eine Zersplitterung bzw. Schwächung der seit 1973 wachsenden Bürgerinitiative ‚Weg mit den Berufsverboten'. Dabei zielt das SB direkt auf sozialdemokratische, liberale und auch gewerkschaftliche Kräfte, die den Arbeitsausschuß der Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten' mittragen, während der KB wohl stärker auf spontaneistische Bewegungen (neue APO) zielt, die sich in Fraueninitiativen, Bürgerinitiativen z.b. gegen den Bau von Kernkraftwerken oder im Bildungsbereich u.a. entwickeln.

Beiden gemeinsam ist der Versuch, die Kommunistische Position aus dem demokratischen Bündnis gegen Berufsverbote herauszudrängen und die eigenen Organisation zu stärken. Dieses Vorgehen entspricht dem Versuch der rechten SPD-Führung, die Berufsverbots-Bewegung durch sog. „Menschenrechts-Kampagnen" zu liquidieren.

2. Die ‚Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal in der BRD'

Das erste Treffen der Hamburger Vorbereitungsgruppe fand am 5.1.77 statt. An diesem Treffen nehmen Mitglieder folgender Organisationen und Gruppen teil:

SB, KB, GIM, ESG, Jungdemokraten, Projektgruppe ‚Gegen politische Unterdrückung in der BRD', Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe-Elmshorn, Biermann-Solidaritätsinitiative, Hochschullehrerinitiative gegen Berufsverbote. Die Mitglieder der genannten Organisationen hatten in der Regel kein Mandat. Eingeladen, aber nicht erschienen waren DKP, VAN, JUSO, Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten', mit denen Gespräche geführt werden sollen. Weiter sollen noch ‚Frauengruppen' (?) und das Eppendorfer Komitee gegen Berufsverbote (GIM-orientiert) angesprochen werden.

IV.

Das Zauberwort der Russell-Tribunal-Initiativen ist die ‚Repression in der BRD'. Darunter wird jede Form politischer Repression verstanden, ebenso wie die psychologischen Reaktionen (Angst, Einschüchterung) darauf. So werden zentral (SB-Rundbrief) folgende Themen für die Vorbereitung vorgeschlagen:

a) Auswirkung des Radikalenerlasses im weitesten Sinne, also politisches Berufsverbot auf allen Ebenen einschließlich des Betriebsbereichs,

b) Gesetze zur Legalisierung verschärfter Repression,

c) Repressive Anwendung der Gesetze durch die Gerichte,

d) Repressiver Einsatz des Gewaltapparates einschließlich Werkschutz und seine Militarisierung,

e) Haftbedingungen und Beschränkung,

f) Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften unter dem Aspekt, daß in einem Lande mit einer Einheitsgewerkschaft dadurch einem Teil der politischen Kräfte in der BRD die gewerkschaftliche Vertretung genommen wird,

g) Politische Repression gegen Arbeitsemigranten in der BRD.

Unterthemen (im Hamburger Komitee) lauten dann: Behinderung von Anwälten, Unterdrückung der Frau, Repression gegen Ausländer usw. In der Hamburger Vorbereitungsgruppe haben sich bisher folgende Untergruppen gebildet:

- Behinderung der linken Öffentlichkeit
- Polizeiwillkür
- Behinderung der politischen Verteidigung (Treffpunkt: Groenewoldbüro)
- Zur Situation politischer Gefangener.

Das Thema ‚Repression in Ost und West' (eingebracht vom SB) ist zunächst aus taktischen Gründen gestrichen worden, da – so der KB – dadurch die DKP, die VAN und die Initiative ‚Weg mit den Berufsverboten' abgeschreckt werden würde. In einer Vorlage für eine erste Arbeitstagung in Hamburg nimmt jedoch dieses Thema breiten Raum ein.

Es fällt auf, daß über die Verletzung und Außerkraftsetzung verfassungsmäßiger Grundrechte durch die Politik und Praxis der Berufsverbote kein Wort verloren wird. Hier hat sich offensichtlich die maoistische Position durchgesetzt. So wird deutlich, daß es nicht nur ein verbaler Trick ist, wenn das Motto der breiten Berufsverbots-Bewegung: ‚Verteidigt die demokratischen Grundrechte' ersetzt wird durch die Losung: ‚Gegen die Repression in der BRD', unter Einbeziehung innergewerkschaftlicher Fragestellungen.

In dieser inhaltlichen Konzeption drückt sich ebenso wie in der organisatorischen Anlage des Tribunals der Versuch aus, der breiten Bewegung gegen Berufsverbote eine neue Orientierung zu geben, die sie in ein antigewerkschaftliches, sektiererisches und uneinheitliches Fahrwasser treibt. Es wird deutlich, daß die Initiatoren der sog. Anti-Repressions- bzw. Russell-Tribunal-Kampagnen objektiv das Geschäft derjenigen betreiben, die Berufsverbote verhängen und das Anwachsen der demokratischen Protestbewegung im In- und Ausland fürchten.

"....und wünsche ich weiterhin fröhliche rechtsbeugung!"

ein bericht vom siepert-doemeland-prozeß
berlin 10. märz

Donnerstag, der 10.3.; kein besonderer Tag in der Geschichte der Rechtsverdrehung. Wir erinnern uns; im großen Schauspielhaus von Moabit inszeniert das Bundeskriminalamt unter Regie von Buback und Herold die Kriminalgroteske mit dem Titel "Prozeß gegen mutmaßliche Unterstützung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB",

In der Rolle eines vorsitzenden Richters erleben wir den Schauspieler Kupsch, der schon öfter auffiel, weil er mangelnde Rollenkenntnis mit übertriebener Mimik zu überspielen suchte. Großartig jedoch die tänzerischen Leistungen Rzytarski's als Anwalt des Staates. Vollkommen in Nebenrollen abgedrängt leider die Angeklagten, und vor allem ihre Verteidigerinnen, die sich selbst ihrer bescheidenen Rollen nicht immer gewachsen sehen. Waltraud Siepert – zunächst im Programm vorgesehen, hatte zu Recht abgelehnt, in diesem schlechten Stück aufzutreten, weil – wie sie sagte – die Inhalte der Inszenierung völlig verdreht worden seien. Aus einer Groteske mit unhaltbarer Beweislage sei unversehens ein Horrorstreifen, eine Geistergeschichte entstanden, bei denen die Mitwirkenden hinter der Bühne bleiben müßten. In Wahrheit sei der Text geklaut aus einem ganz anderen Stück mit dem Arbeitstitel "Lorenzentführung und andere spannende Geschichten aus dem Archiv des BKA".

Recht hat sie, meinen wir, zumal das Stück keinerlei Spannung enthält. Durch Indiskretion gewöhnlich gut unterrichteter Kreise der linken Bewegung wurde inzwischen auch der Ausgang des Stückes bekannt: Es endet mit Paukenschlag und Vorverurteilung der Bewegung 2. Juni, nur um die Gagen für die Hauptdarsteller zu sparen und eine längst fällige Inszenierung mit grosser Besetzung zu umgehen.

Am Donnerstag war das Haus dennoch gut besucht. Wohl in Erwartung eines kurzen Gastspiels von Fritz Teufel, Andreas Vogel und Till Meyer, die sich ja bekanntlich in verschiedenen Engagements der letzten Zeit einen Namen gemacht hatten. Zunächst aber der Auftritt zweier Zeugen aus dem Volke: Die Angestellte einer Maklerfirma und einer Hauswartsfrau, beide sollen aussagen zu einer Garage in der Otto Suhr Allee, einem Szenenausschnitt, der wieder nicht in dieses Stück gehört. Eine Frau habe mit ihr telefoniert, den Vertrag gemacht und auch später die Schlüssel sagte die junge Angestellte; sie könne sich aber nicht an das Gesicht erinnern. Vor den vorgelegten Bildern kenne sie nur einige aus der Zeitung.
Einen Frau habe sich nach der Garage erkundigt, die Frau Nr. 14 in dem Bilderbuch, ja bei der Polizei habe man ihr auch diese Bilder gezeigt, es sei die gleiche Frau, wie auf den Litfaßsäulen. Aber ein Mann habe die Schlüssel abgeholt, das wisse sie genau – von ihrer Tochter. Ein Wiederspruch, in der Regie nicht vorgesehen, man läßts dabei bewenden – Vereidigung – das Publikum muß aufstehen – Theaterpause.

2. Akt: Die Bühne besetzt. Die Zuschauer nehmen Platz. In der Sonderkulisse links von dem Podium zwischen zwei hünenhaften Vollzugsstatisten der Mann, dem nach der zwangsweisen Rasur zwecks Gegenüberstellung der Bart inzwischen wieder gewachsen ist. Feststellung der Personalien: Ob er der geladene Fritz Teufel sei, der hier auf Antrag der Verteidigung als Zeuge sei.

"Wie kommen sie denn darauf?" sagt dieser, "ich bin der Landesbischof Kruse, geboren am 2. Juni 1867 und dachte ich soll hier in der Rudi Carell Show auftreten!" Und ans Publikum gewandt: "ist das etwa der Richter Kubsch?" Das Publikum geht großartig mit, "ja, det isser", tönts überall. Und der Richter nickt zustimmend. "Aha", sagt der Landesbischof, "der ist mir schon bekannt von seinen kleinkarierten Beschlüssen!" und der Richter "ja, ja, das kann schon sein".

Heiterkeit im Saal. Ein Anlaß für Staatsanwalt Möllenbrock, der unter den Zuschauern im ersten Rang sitzt, sofort vermeintliche Stöerer zu ermitteln. Er erntet aber nur Spott für den mißglückten Auftritt. "Sie haben hier gar keine Erklärungen abzugeben" brüllt nun Kubsch von oben, der sich offenbar auf seine Rolle besinnt.
"Erklärungen für das, was hier geschieht, erwarte ich eigentlich von Ihnen", entgegnet der Bischof, dann zieht sich das Gericht mit wallenden Kostümen zur Beratung zurück.

Nach eingehender Beratung und intensiver Erforschung des Gewissens – darf man vermuten – überrascht die Regie mit einem neuen Einfall: 6 Monate Beugehaft für Landesbischof Kruse in der meisterhaften Rolle des Fritz Teufe. Damit ist auch das schon schlechte Stück völlig zur Schmiere heruntergekommen.

THE HAMBURGER ERLASS

**Feinstes Hirnhacksteak
angereichert mit
kraftvollem Rückgratmark
zubereitet nach einem
1000-jährigen Originalrezept
unter Berücksichtigung
hergebrachter Grundsätze**

Ein Produkt sozialdemokratischer Reformpolitik